

(Beginn: 15.40 Uhr - Ende: 23.07 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 42. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Bevor ich in die Formalien eintrete, möchte ich Ihnen etwas mitteilen. Ich merke ja, dass bei Ihnen hier bereits eine gewisse Stimmung entstanden ist. Viele von Ihnen kennen die gute Nachricht also vielleicht schon. Ich freue mich natürlich sehr darüber, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass die UEFA soeben Deutschland den Zuschlag für die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 2024 erteilt hat.

(Lebhafter Beifall)

Das ist ganz wunderbar. Damit hat die Union Europäischer Fußballverbände wirklich eine gute und richtige Wahl getroffen.

(Beifall)

Um es jetzt auf den Punkt zu bringen, meine Damen und Herren: Diese Entscheidung bedeutet auch, dass bei uns in Köln im Jahr 2024 Spiele der EM stattfinden werden.

(Beifall)

Als Oberbürgermeisterin, aber auch als Bürgerin unserer fußballbegeisterten und weltoffenen Stadt möchte ich im Namen aller Kölnerinnen und Kölner unsere große Freude über dieses Votum zum Ausdruck bringen.

Der Fußball gehört zum Lebensgefühl der Sportstadt Köln. Das Motto der deutschen Bewerbung "United by Football" wird auf den Sport- und Bolzplätzen unserer Stadt gelebt - angefangen bei den Profis über die Kreisliga bis hin zu den unzähligen Freizeitmannschaften.

Das Sommermärchen der Fußball-WM 2006 hat ja deutlich gezeigt, dass die Stadt Köln mit dem RheinEnergieSTADION der perfekte Schauplatz für stimmungsvolle, professionell organisierte und auch sichere Fußball-Großereignisse ist.

Wir freuen uns schon jetzt darauf, allen nationalen wie internationalen Gästen bei der EURO

2024 einen rheinisch-herzlichen Empfang zu bereiten.

Sie dürfen davon ausgehen, dass wir alles tun werden, um zum Gelingen einer mitreißenden, völkerverständigenden Europameisterschaft beizutragen.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu den notwendigen Formalien.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute niemand entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Paetzold, Frau De Bellis-Olinger und Frau Laufenberg.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen allen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE sowie die Ratsgruppen BUNT und GUT haben am 26. September 2018 fristgemäß einen Antrag auf Aktuelle Stunde zum Thema "Hambacher Wald: Klimaschutz beginnt vor unserer Haustür" eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: die nachträglich eingegangenen Anfragen der Fraktionen unter TOP 4.1 bis 4.5, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 6.3.1 und 10.38, die nachträglich eingegangenen Anträge zu Gremienbesetzungen unter TOP 17.6, 17.7 und dieser Antrag ist soeben eingegangen - 17.8 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 24.9 und 24.10.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.6, 10.12, 10.16, 10.39 und 12.3.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen, und zwar zunächst zu einem Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE sowie der Gruppe BUNT vom 25. September 2018 zum Thema "Personal für zügigen ÖPNV-Ausbau einstellen". Das ist der TOP 3.1.9. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit



ist dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Außerdem liegt unter TOP 3.1.10 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP sowie der Ratsgruppen BUNT und GUT vom 27. September 2018 zum Thema "Menschenrechte sind unteilbar!" vor. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Keine. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Dann kommen wir zur Reihenfolge der Tagesordnung. Meine Damen und Herren, ich schlage vor, TOP 3.1.6 und TOP 3.1.10 gemeinsam zu Beginn der Tagesordnung, noch vor der Aktuellen Stunde, zu behandeln. Das ist nicht üblich, aber nach der Geschäftsordnung möglich und entspricht, glaube ich, auch dem aktuellen Interesse an dem Thema.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung insgesamt? - Ich sehe keine.

Abschließend frage ich: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich bitte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, mich zunächst bei der Sitzungsleitung zu vertreten.

(Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beziehungen zwischen Köln und der Türkei sind von besonderer Art. Sie sind geprägt durch die jahrzehntelange Zuwanderung aus der Türkei nach Köln, die große Anzahl türkischstämmiger Mitbürgerinnen und Mitbürger in Köln und natürlich die lebendige Städtepartnerschaft Kölnlstanbul, die mein Vorgänger Norbert Burger und der damalige Bürgermeister von Istanbul und heutige Präsident geschlossen haben.

Nun soll am Samstag die Zentralmoschee in Ehrenfeld offiziell eröffnet werden. Diese Moschee soll - das ist der große Wunsch vieler in unserer Stadt - einladen. Sie soll einladen, sich zu be-

gegnen, sich kennenzulernen und sich natürlich auch gegenseitig zu verstehen. Dafür ist sie einmal gebaut worden. Ich wünsche mir sehr, dass sie diese Funktion auch bald erfüllen möge - zum Wohle der Stadt Köln, zum Wohle aller Kölnerinnen und Kölner, aber auch zum Wohle der Moschee selbst.

Köln hat lange über diese Moschee diskutiert. Ich möchte das an dieser Stelle nicht verschweigen. In dieser Diskussion ist immer der Gedanke in den Vordergrund getreten, dass auch und gerade mit dieser Moschee eine Öffnung innerhalb der Gesellschaft in Köln und eine Gesprächseinladung an alle einhergeht. Offenheit und Einladung: Das dokumentiert sich gerade auch in der baulichen Gestaltung der Moschee von Paul Böhm.

Als Oberbürgermeisterin dieser Stadt wünsche ich mir den Dialog zwischen den Menschen, gerade auch den Menschen mit unterschiedlicher Religionszugehörigkeit. Nach meiner festen Überzeugung ist das einer der wesentlichen Grundsteine, den eine plurale Gesellschaft zwingend braucht, wenn sie sich friedlich und dem anderen zugewandt erfolgreich entwickeln will.

Als Trägerin der größten Moschee in Europa außerhalb der Türkei kommt der DITIB dabei eine ganz besondere Rolle und Verantwortung zu ebenso wie der Kölner Oberbürgermeisterin, die ja auch die Oberbürgermeisterin der Kölnerinnen und Kölner muslimischen Glaubens ist. Deswegen ist es meine Pflicht, an diese Verantwortung zu erinnern.

Aus diesem Grund habe ich in der vergangenen Woche der DITIB wiederholt meine Dialogbereitschaft signalisiert und geduldig eine angemessene Antwort erwartet. Persönlich und als Oberbürgermeisterin habe ich der DITIB immer wieder die Türen geöffnet - zuletzt mit dem Tag der Religionen im Historischen Rathaus, den der Rat der Religionen im März dieses Jahres einstimmig beschlossen hat.

Ich muss aber jetzt leider erkennen, dass die DITIB derzeit ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Über den Umgang mit Vertretern der Stadtgesellschaft rund um die nun stattfindende Eröffnung der Moschee bin ich wirklich enttäuscht. Noch zwei Tage vor der offiziellen Eröffnung sind der Ablauf und unter anderem die Rolle der Stadt noch völlig ungeklärt.

Dabei geht es mir wirklich nicht um mich. Aber es geht um den Respekt vor dem höchsten Amt,



das die Kölnerinnen und Kölner zu vergeben haben.

(Beifall)

Ich bedaure es sehr, dass die Gesamtumstände des Besuchs des türkischen Präsidenten dazu geführt haben, dass ich den Entschluss fassen musste, der Eröffnung der Moschee fernzubleiben

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bedauern bei mir ist groß. Es ist auch deshalb so groß, weil ich den Kölnerinnen und Kölnern muslimischen Glaubens mit meiner Anwesenheit deutlich machen wollte, dass sie Teil unserer Stadtgesellschaft sind und dass ich Respekt vor ihrer Religion habe.

(Beifall)

Denn es ist sicherlich kein Zufall, dass diese Moschee gerade hier in Köln steht. Köln ist in seiner 2 000-jährigen Geschichte immer ein Ort der Vielfalt, der Weltoffenheit und der Toleranz gewesen. Diese Werte gehören zur DNA eines jeden Kölners und einer jeden Kölnerin.

Und ich sage das ja häufiger: Wie es vor vielen Hundert Jahren unsere Stadtmauern waren, die uns vor Feinden und Angreifern geschützt haben, so ist es heute genau diese Identität, die uns vor Anfeindungen und vor Extremismus schützt.

(Beifall)

Wir Kölnerinnen und Kölner stehen immer wieder für die Werte unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft ein.

Wer glaubt, dass man als Gesellschaft, als Land oder auch nur als Stadt in einer globalisierten Welt bestehen kann, indem man sich abschottet oder Freiheiten beschneidet, der irrt sich gewaltig.

(Beifall)

Dennoch steht die Idee der Freiheit weltweit unter Druck - auch in Europa und in Europas Nachbarschaft.

Hier möchte ich gerne den großen Denker und zweiten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, John Adams, zitieren:

Wo immer man Männer, Frauen und Kinder findet, seien sie alt oder jung, reich oder arm, hochstehend oder niederen Ranges, unwissend oder gebildet, stellt man fest, dass jeder Einzelne von dem starken Wunsch bestimmt ist, von den Menschen ringsum und in seinem Bekanntenkreis gesehen, gehört, angesprochen, anerkannt und respektiert zu werden.

Das hat einer der Gründerväter der Vereinigten Staaten vor einigen Hundert Jahren gesagt.

Was er aufgeschrieben hat, gilt auch heute noch ebenso. Es sollte Verpflichtung aller sein, die staatliche Macht in ihren Händen halten. Denn staatliche Macht ist nur so lange positiv, wie sie ein Mittel zur Gestaltung ist. Verkommt Macht aber zum Selbstzweck, ist sie nur noch ein hervorstechendes Merkmal der Tyrannei.

(Beifall)

Denn dann wird Freiheit zerstört - und damit die politische Mitbestimmung des Einzelnen und der Einzelnen.

Wenn wir die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gestalten wollen, brauchen wir eine Freiheit, die auf den Austausch von Meinungen, Ansichten und Ideen setzt.

Für diesen Austausch steht Köln. Köln ist Standort einer der größten katholischen Kathedralen in Europa, Standort einer der größten Synagogen und demnächst auch Standort eines Stadtmuseums, das die jüdische Geschichte in dieser Stadt widerspiegelt. Es ist Standort zahlreicher evangelischer Kirchen, Standort der größten Universität in Deutschland, Standort von Oper, Schauspiel, Philharmonie sowie vielen Museen und natürlich Medienstadt mit zahlreichen Verlagen und Fernsehsendern.

Die Freiheit der Religion, der Kunst, der Wissenschaft und der Presse ist in Köln gelebter Alltag. Das sollte er überall in der Welt sein.

(Lebhafter Beifall)

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker übernimmt wieder die Sitzungsleitung)

Wir sind bei den Tagesordnungspunkten

- 3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3.1.6 Antrag der AfD-Fraktion betr. "Erdogan gehört nicht nach Köln!"



AN/1328/2018

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Gruppen BUNT und GUT betr. "Menschenrechte sind unteilbar!" AN/1361/2018

42. Sitzung vom 27. September 2018

Ich gebe Herrn Tritschler zum Tagesordnungspunkt 3.1.6 das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man in den letzten Tagen in die Kölner Presse blickte und mit den Bürgern unserer Stadt sprach, gab es ein beherrschendes Thema: den Besuch von Herrn Erdogan. Die Bürger waren, vorsichtig ausgedrückt, verwundert über den vorauseilenden Gehorsam, den deutsche Regierungsstellen einem ausländischen Despoten und Kleptokraten entgegenbringen.

Herr Erdogan ist in Deutschland auf Staatsbesuch. Wir brauchen uns an dieser Stelle nicht darüber zu unterhalten, ob er einen ehrenvollen Empfang verdient hat. Diese Entscheidung muss an anderer Stelle getroffen werden.

Wir können uns aber sehr wohl darüber unterhalten, ob Herr Erdogan außerhalb des diplomatischen Protokolls in Köln auftreten und Versammlungen abhalten darf. Er ist kein Bürger unseres Landes und hat keinen Aufenthaltstitel, sondern ist nur als Staatsgast hier. Folglich kann er sich nicht auf die Versammlungsfreiheit oder andere Grundrechte berufen, wenn er hier auftritt. Wenn wir ihm das gestatten, ist das ein bloßes Entgegenkommen unsererseits - und das hat er wahrlich nicht verdient.

Aber die verantwortlichen Stellen üben sich in Appeasement. Als wäre hier der Chef einer Besatzungsmacht zu Besuch, warten die hiesigen Behörden geduldig auf Instruktionen aus Ankara bzw. vom verlängerten Arm, von der DITIB.

Heute dürfen wir der Presse entnehmen, dass der Polizei noch immer kein Sicherheitskonzept für diese Veranstaltung vorgelegt wurde. Jede Kirmes hätte man in einem solchen Fall längst geschlossen.

Die Oberbürgermeisterin hat sich, wie sie erklärte, immerhin entschlossen, entgegen dem ursprünglichen Plan nicht an der Eröffnung der Großmoschee oder, wie Herr Erdogan sie auch schon nannte, seiner Kaserne teilzunehmen.

Immerhin! Späte Einsicht ist besser als keine Einsicht - auch wenn wir natürlich alle wissen, dass das nicht aus Überzeugung geschieht.

Ihr Anbiedern in den Tagen davor, das in der Aussage gipfelte, dass Sie ja die Oberbürgermeisterin der Türken seien, spricht eine ganz andere Sprache, Frau Reker.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß - Christoph Klausing [CDU]: Wunderbar! Sie ist nämlich die Oberbürgermeisterin aller Kölner!)

Frau Reker, in dieser Stadt warten Hunderttausende Deutsche darauf, dass Sie auch mal wieder ihre Oberbürgermeisterin sind. Die sind bei Ihnen aber offensichtlich nur Menschen zweiter Ordnung. Ihre größte Sorge gilt offenbar den Erdogan-Fans, den Linksextremen im AZ, den Sozialmigranten und allen anderen, die unsere Verfassungsordnung nicht wollen, wohl aber unsere Sozialkassen.

Denn wenn Sie die Oberbürgermeisterin der Kölner Mehrheitsbevölkerung wären, hätten Sie von Beginn an - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie bitte zum Thema sprechen? Es geht nicht um die Oberbürgermeisterin, sondern um den Tagesordnungspunkt, den Sie angemeldet haben.

Sven Tritschler (AfD): Ja. Und da spielen Sie eine nicht unwesentliche Rolle, Frau Reker; tut mir leid. Denn wenn Sie die Oberbürgermeisterin der Kölner Mehrheitsbevölkerung wären, hätten Sie von Beginn an gegen diesen Besuch gestimmt. Dann hätten Sie bei den zuständigen Stellen in Bund und Land Druck gemacht.

Stattdessen haben Sie von Dialogbereitschaft fabuliert, obwohl längst klar ist, dass bei DITIB und bei Erdogan kein Dialog erwünscht ist.

> (Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Ein demokratisches Instrument!)

Daran war man dort nur so lange interessiert, wie man noch etwas haben wollte, nämlich die Großmoschee. Jetzt hat die Stadt Köln ihre Schuldigkeit getan, und ihre führende Repräsentantin darf allenfalls noch als stumme Staffage wirken, wenn der wirkliche Chef vorbeikommt. Das ist übrigens die einzige Rolle, die man dort Frauen im Allgemeinen zubilligt.



(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

42. Sitzung vom 27. September 2018

Von der verheerenden Unterwerfungssymbolik, die unsere Politik in Bund, Land und Stadt hier wieder einmal liefert, einmal abgesehen, ist der Besuch auch aus ganz praktischen Gründen eine Zumutung für unsere Bürger. Wir können davon ausgehen, dass sich gefährliche und gewaltbereite Radikale aller Seiten am Wochenende hier versammeln werden. Köln wird wieder einmal Schauplatz fremder Konflikte. Wir können von einem riesigen Verkehrschaos ausgehen. Unsere Polizisten, ohnehin von zahlreichen Großeinsätzen wie am Hambacher Forst geplagt, werden weiter überbeansprucht.

Und warum? Weil die Entscheidungsträger in unserem Land zu feige sind, Nein zu sagen, weil sie zu feige sind, einem Despoten Grenzen aufzuzeigen, weil sie sich lieber in den Staub werfen vor einem Mann, dem unser Land nichts, aber auch gar nichts schuldet.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Meine Damen und Herren, wir jedenfalls stehen auf der Seite derer, die in Deutschland Demokratie, Bürgerrechte und unser Volk verteidigen.

(Lachen bei der CDU - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja lächerlich bis zum Gehtnichtmehr!)

- Hören Sie nur zu. - Wir stehen aber auch ganz klar an der Seite der Menschen türkischer Herkunft, die unser Land, unsere Kultur und unsere Verfassung achten und deshalb Herrn Erdogan verachten.

Leider sind wir damit offenbar in diesem Haus allein. Vielleicht sind wir auch noch nicht mehr. Aber wir werden mehr; seien Sie sich dessen gewiss.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wiener hat das Wort.

Markus Wiener (Ratsgruppe Rot-Weiß): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem etwas längeren Zitat zur DITIB und zu Erdogan beginnen:

Die DITIB verfestigt die türkisch-islamische Parallelgesellschaft in Deutschland. In ihren Einrichtungen ist Türkisch Umgangssprache, und selbst einige ihrer führenden Repräsentanten in unserem Land sprechen kaum ein Wort Deutsch. Sie nehmen an der politischen Entwicklung in der Türkei nachhaltiger Anteil als am politischen Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb dient die DITIB nicht der Integration unserer ausländischen Mitbürger, sondern der Entfremdung vieler Türken von ihrem Gastland.

Die DITIB ist dem Türkischen Amt für Angelegenheiten, dessen Religiöse Haushaltsmittel größer sind als die aller anderen türkischen Ministerien - mit Ausnahme des Militärhaushalts -, unterstellt. Bei dieser Behörde sind die Träger der Religion, die Imame, als Staatsbeamte zu Zigtausenden angestellt. Hunderte von ihnen werden alljährlich mit Zustimmung der Bundesregierung nach Deutschland geschickt und bleiben dort mehrere Jahre. Sie indoktrinieren in uns fremder Sprache die hier lebenden Muslime im Sinne der türkischen Staatsideologie. Selbst die sogenannten Freitagsgebete werden von Ankara vorgegeben. Die Imame haben keinerlei eigenständigen demzufolge Spielraum. Sie verkünden ausschließlich die Botschaft ihrer Auftraggeber.

Über eine außerordentlich machtvolle staatliche Organisation namens DITIB bauen in Nordrhein-Westfalen nicht etwa hier ansässige autonome muslimische Gemeinden, sondern der türkische Staat eine Großmoschee nach der anderen, zum Beispiel auch in Köln-Ehrenfeld. Die DITIB wird unter Verstoß gegen diplomatische Regeln von der türkischen Botschaft in Berlin gesteuert und mischt massiv in der bundesdeutschen Innenpolitik mit. Diese verkündet einen sogenannten Staatsislam und damit die in Deutschland vom Grundgesetz ausdrücklich verbotene Einheit von Religion und Staat.

Erdogan hat klargemacht, dass er Integration in der logischen Schlussphase der Assimilation als Verbrechen gegen die Menschlichkeit ansieht. Er fordert gar die hier lebenden Türken auf, türkische Interessen stärker in Deutschland



durchzusetzen. Das ist eine Bedrohung unseres Landes, der sich die politische Klasse zu stellen hat.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Diese Ausführungen stammen nicht etwa aus einem aktuellen Zeitungsbericht über den Erdogan-Besuch am kommenden Samstag. Vielmehr sind diese mahnenden Zeilen mehr als zehn Jahre alt und wurden von der Bürgerbewegung pro Köln bereits im Jahr 2008 veröffentlicht, also in jenem Jahr, in dem pro Köln zusammen mit den heutigen österreichischen und italienischen Regierungsparteien FPÖ und Lega Nord einen Anti-Islamisierungs-Kongress anlässlich der Kölner DITIB-Großmoschee-Baupläne durchzuführen versucht hatte.

> (Jörg Detjen [DIE LINKE]: Der schmählich ins Wasser gefallen ist!)

- Darauf kommen wir jetzt; genau, Herr Detjen. Wie wir alle noch gut wissen, haben unter anderem Ihre Gesinnungsgenossen diesen Kongress in einer Gewaltorgie der Antifa untergehen lassen.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, da lachen Sie. Das ist bezeichnend für Ihr Verständnis von Demokratie und Rechtsstaat.

Seitdem ist viel Zeit vergangen, pro Köln existiert nicht mehr.

(Zurufe: Gott sei Dank! - Beifall)

- Dafür gibt es jetzt eine bundesweit erfolgreiche AfD, die laut neuesten Umfragen deutschlandweit mit fast 20 Prozent der Stimmen bereits auf Platz zwei liegt. Meine lieben Damen und Herren der Altparteien, ob Sie mit diesem Tausch wirklich zufrieden sind, wage ich zu bezweifeln.

Die damalige Kritik an DITIB, Erdogan und der Gefahr der Islamisierung ist heute aktueller denn je, weil die etablierte Politik all die Jahre nichts gegen diese Gefahr unternommen hat, obwohl es schon frühzeitig vor Jahren kritische Stimmen gegeben hat, die genau darauf hingewiesen haben und nur an Ihrer Borniertheit gescheitert sind.

(Beifall bei der AfD)

All die Jahre hat die etablierte Politik nichts unternommen und stattdessen die Gegner ihrer Politik bis aufs Blut bekämpft.

Aber Ihre Rechnung ist nicht aufgegangen. Das große Pendel schwingt zurück und wird am Ende auch in Köln die Dinge wieder vom Kopf auf die Füße stellen. So wenig, wie Erdogan nach Köln gehört, so wenig wird Ihre Herrschaft des Unrechts auf ewig andauern.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde jetzt gerne über die Anträge abstimmen lassen.

Zunächst stimmen wir über den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.6 ab. Wer ist dafür? - Das sind die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Gegenstimmen? - Ja, da gehen die Hände hoch. Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die Ratsgruppen GUT und BUNT, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die LINKEN. Enthaltungen? - Herr Wortmann enthält sich. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann frage ich, wer gegen den unter Tagesordnungspunkt 3.1.10 vorliegenden Antrag ist. -Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist dieser Antrag beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Aktuellen Stunde. Ich rufe auf:

- Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppen BUNT und GUT betr. "Hambacher Wald: Klimaschutz beginnt vor unserer Haustür"

AN/1360/2018

Als erster Rednerin gebe ich Frau Jahn das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Es gebührt sich sicherlich, Ihnen erst einmal für Ihre klugen Worte eben zu danken, Frau Oberbürgermeisterin. Das hat allen sehr gut getan, glaube ich.

(Beifall)

Ich denke auch, dass ich hier im Namen aller Demokraten sprechen darf. Zur Demokratie gehört nun einmal auch, dass wir die Herrschaften aus den rechten Ecken da hinten akzeptieren müssen. Aber deren Worte haben hier in diesem Haus einfach keinen Wert.

(Beifall)

42. Sitzung vom 27. September 2018



Es ist nicht ganz leicht, jetzt wieder zu einem normalen Sitzungsverlauf zurückzukehren; denn heute stehen wirklich große Themen auf der Tagesordnung. Eben haben wir uns mit den Themen "Frieden" und "gemeinsames Miteinander" beschäftigt. Nun ist es das Thema "Klimaschutz". Das sind Themen der Zukunft, und es sind wichtige Themen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns, die wir den Antrag zur Aktuellen Stunde gestellt haben, ist der Hambacher Wald auch ein großes Thema, ein Zukunftsthema. Wir alle erinnern uns noch an den Sommer 2018 und haben die anhaltende Dürre immer noch vor Augen. Wir alle wissen, dass der Klimawandel zurzeit voll im Gange ist. Wir alle wissen auch, dass es auf uns hier und heute ankommt. Es kommt jetzt darauf an, aktiv zu werden und auch aktiv zu sein.

Heute geht es uns um Klimaschutz. Uns geht es aber auch um gesellschaftlichen Frieden. Wir alle hier haben immer verstanden: Wir brauchen eine Klimawende. Wir brauchen eine Energiewende. Wir müssen aus den alten, überholten Technologien aussteigen.

Dafür brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens und eine Lösung, um diesen großen Änderungsprozess herbeizuführen. Dieser breit getragene Konsens für die großen Aufgaben wird gerade in der Kohlekommission in Berlin verhandelt.

Aber was passiert hier? Vor den Toren unserer Stadt passiert genau das Gegenteil eines gesellschaftlichen Konsenses. Dort findet nämlich ein Skandal auf den unterschiedlichsten Ebenen statt. Es ist ein menschlicher Skandal, es ist ein gesellschaftlicher Skandal, und es ist ein klimapolitischer Skandal.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Die Oberbürgermeisterin hat gerade Herrn Adams zitiert. Hier ist die staatliche Macht leider nicht ein gestaltendes Mittel, sondern ein zerstörerisches Mittel.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Was machen RWE und die schwarz-gelbe Landesregierung zurzeit? Sie lassen den Hambacher Wald räumen, lassen Baumhäuser abreißen, lassen Pfefferspray einsetzen und roden den Wald.

(Beifall von Christoph Klausing [CDU])

Das Ganze machen sie, während die Kohlekommission in Berlin über das Ende der Kohleverstromung berät.

Uns geht es darum, RWE und die Landesregierung aufzufordern, deeskalierend zu wirken und nicht die dringend notwendigen Ergebnisse der Kohlekommission zu gefährden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wir fordern einen Stopp der Räumungen. Wir fordern einen Stopp der Rodungen des Hambacher Waldes. Wir appellieren an alle: Reden statt Roden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich habe eben schon einmal deutlich gemacht, dass der Klimawandel Köln erreicht hat. Wir haben ihn. Die Anzahl der tropischen Nächte war dieses Jahr so hoch wie nie zuvor. Selbst die großen Straßenbäume trockneten aus, und das Laub fiel herunter. Die Grünflächen verbrannten. Der Rheinpegel hatte den tiefsten Punkt erreicht.

Aktuell häufen sich Warnungen von Klimaforschern, die darauf hindeuten, dass das globale Klima sich an einem kritischen Wendepunkt befindet und der Klimawandel stärkere Konsequenzen hat und schneller eintreten wird.

Der Klimawandel ist eben kein Zukunftsszenario für irgendwelche Inseln im Pazifik wie die Fidschi-Inseln, sondern er ist Realität, und er ist in Köln angekommen.

Und alle wissen: Die Braunkohle ist unbestritten der klimaschädlichste Energieträger zur Stromerzeugung, den wir haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Kein Land - nicht Polen, nicht Kanada, nicht die USA, nicht China - fördert so viel Braunkohle wie Deutschland. Aber wir machen das. Warum machen wir das?

Was tun die Landesregierung und RWE? Sie lassen sogar den Hambacher Wald roden, obwohl wir alle wissen, dass 75 Prozent der Menschen in Deutschland gegen die Rodung des Waldes sind. In der Bevölkerung gibt es keine Akzeptanz für das Verhalten der Landesregierung und auch keine Akzeptanz für das Verhalten von RWE.



(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Selbst die Polizei hat kein Verständnis mehr. In den aktuellen Presseäußerungen spricht die Polizei selbst von einer dramatischen politischen Fehleinschätzung.

Die angespannte Einsatzlage wurde heute schon erwähnt. Jetzt kommt noch der Erdogan-Besuch dazu. Außerdem haben wir ein Bundesliga-Wochenende. Unsere Beamtinnen und Beamten sind aktuell mit der Situation einfach überfordert, und die normalen Aufgaben können nicht mehr wahrgenommen werden.

(Zurufe von der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Die Polizeipräsenz in der Innenstadt - das hat Herr Jacob heute selber gesagt - ist nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Und das Ganze für was? Das Ganze für Beschlüsse aus den 1970er-Jahren, die damals von der rot-gelben Landesregierung gefällt worden sind.

(Zurufe von der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Mittlerweile wissen wir alle, dass die ökologische Situation sich dramatisch verschlechtert hat. Wir wissen auch alle, dass die Bundesregierung 2015 das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet hat.

Ich kann hier und heute nur noch einmal an RWE und an die aktuelle Landesregierung appellieren, dass sie deeskalierend wirken und dass sie den Ergebnissen der Kohlekommission nicht vorweggreifen, sondern der Kohlekommission eine Chance geben.

Außerdem möchte ich mich bedanken. Ich möchte mich bei den Aktivistinnen und Aktivisten im Hambacher Wald bedanken,

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN - Lachen bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

und ich möchte mich bei deren Unterstützerinnen und Unterstützern bedanken, weil sie seit sechs Jahren für uns und unsere Kindeskinder kämpfen und den Klimaschutz ernst nehmen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Akbayir hat das Wort.

Hamide Akbayir (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Gästetribüne! Mit unserem heutigen Antrag auf eine Aktuelle Stunde möchten wir auf ein wichtiges Thema aufmerksam machen, das medial zunehmend an Aktualität gewonnen hat, nämlich den Hambacher Wald mit seiner mehrere Jahrtausende alten Geschichte.

Dieser Geschichte steht heute eine totale Rodung gegenüber. Dabei ist der Wald der eigentliche Reichtum - nicht das, was unter ihm begraben ist.

Baumschützer und Umweltaktivisten aus dem ganzen Bundesgebiet bewohnen selbst gebaute Baumhäuser und versuchen, die Abholzung zu verhindern, die der RWE-Konzern begonnen hat. Betroffen sind von dieser Abholzung auch etwa 5 200 Menschen, die aus ihren Dörfern vertrieben werden.

(Sven Tritschler [AfD]: Freiwillig vertrieben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bisher gab es verschiedene Formen des Widerstandes. Dafür möchten wir uns auch bedanken, genauso wie Frau Jahn.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ohne diesen Widerstand wären wir nicht hier, um zu diesem Thema zu debattieren.

Eine wichtige Aktion war die Petition von Campact "Stoppen Sie die Waldrodung - der Hambacher Wald muss erhalten bleiben!", die innerhalb circa eines Monats schon über 750 000 Unterschriften erreichte. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein ernst zu nehmendes Signal und darf nicht außer Acht gelassen werden. Deshalb müssen die Rodungen mindestens bis zum Abschluss der Arbeit der Kohlekommission gestoppt werden.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal ausdrücklich Folgendes sagen: Wir bedauern sehr, dass ein Journalist im Hambacher Forst sein Leben lassen musste.



Gerade jetzt, wo die Kohlekommission einen Plan zum Strukturwandel erarbeiten soll, würde die Wiederaufnahme der Rodungen gegebenenfalls das Ende dieser Kommission bedeuten. Mit dem Ende der Kohlekommission wäre jedoch eine wichtige Chance für einen im gesamtgesellschaftlichen Konsens erarbeiteten Strukturwandel mit seinen positiven Auswirkungen für Wirtschaft und Beschäftigung vertan worden.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das Jahr 2018 mit seinen lang andauernden Hitzeperioden lässt uns letztendlich nur erahnen, was auf uns zukommen wird, wenn wir die Energiewende nicht rechtzeitig stemmen.

Umso weniger können wir die Vorgänge im und um den Hambacher Forst verstehen. Denn die Kohle unter dem Forst wird nach unserer Ansicht nicht mehr gebraucht.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wie begründet sich das? Im Laufe der letzten Jahre wurden die erneuerbaren Energien zunehmend ausgebaut. Dennoch laufen die Braunkohlekraftwerke weiter und produzieren weiterhin große Überschüsse, die dann ins Ausland exportiert werden. Mittlerweile sind das fast 9 Prozent unserer Bruttostromproduktion - Tendenz steigend.

Letztendlich führen die viel zu großen Mengen unseres Braunkohlestroms zum Abschalten der weniger umweltschädlichen Gaskraftwerke, auch in unseren Nachbarländern. Der im Übermaß vorhandene Braunkohlestrom dient daher nicht der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. Im Gegenteil: Er belastet das Stromnetz und verhindert das Erreichen unserer Klimaziele.

Auch die begonnene Räumung der Waldbesetzung im Hambacher Forst zu diesem Zeitpunkt ist schlichtweg skandalös.

Der Skandal beginnt schon mit der Begründung. Laut Aussage der Landesregierung geht es ja nicht darum, dass RWE ab Oktober wieder roden kann. Nein, es geht angeblich um den Brandschutz. Da scheint es auch bedeutungslos zu sein, dass die meisten der Baumhäuser dort schon seit Jahren existieren.

Außerdem steht noch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Ausweisung des Hambacher Waldes als Fauna-Flora-Habitat aus. Sie sollte bis Mitte Oktober 2018 fallen. Uns stellt sich nun die Frage, ob der Wald bis dahin nicht schon so geschädigt wurde, dass eine derartige Ausweisung daher nicht mehr möglich ist.

Wir befürchten auch, dass RWE unmittelbar nach der vollzogenen Räumung die Rodungsarbeiten aufnehmen wird. In der Vergangenheit hat sich ja immer wieder gezeigt, dass RWE vor allem auf Eskalation setzt.

Ich komme zum Schluss, Frau Oberbürgermeisterin. Wir fordern RWE auf, sich im Konflikt um den Hambacher Wald deeskalierend zu verhalten und die Rodungen bis zum Abschlussbericht der Kohlekommission auszusetzen.

Die Fraktion DIE LINKE ist nicht bereit, hinzunehmen, dass sich unsere Landesregierung zum Handlanger eines Energiekonzerns macht, der ohne Rücksicht auf Verluste Fakten schaffen will.

Wir bitten daher den Rat - eigentlich die Politik insgesamt und die Verwaltung - um die Verabschiedung der heutigen Resolution im Sinne des Klima- und Naturschutzes. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gerlach das Wort.

Lisa Hanna Gerlach (Ratsgruppe BUNT): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und im Stream! Ich bin sehr froh darüber, dass wir heute im Rat über den Polizeieinsatz im Hambacher Forst und die geplante Rodung des Hambacher Forstes reden. Wir hatten selbst eine Aktuelle Stunde vorbereitet, konnten diese aber als kleine Gruppe laut GO nicht beantragen.

Wenn das so weitergeht, wird der Hambacher Forst ein politischer Dauerbrenner für die nächsten Monate werden. Tausende Polizisten werden bei Millionenkosten unter Vernachlässigung der Sicherheit der Bürger den Wald bis Rodungsbeginn bewachen müssen. Die Rodung wird von massiven Störungen und vielen Demonstrationen begleitet werden. Und sobald RWE zu baggern beginnt, werden die Proteste auch nicht plötzlich aufhören. Die dramatischen Bilder werden dann nicht weniger werden.



Wie konnte es denn so weit kommen? In den letzten Jahren zeigte sich, dass Braunkohleverstromung politisch und von den Bürgern nicht mehr gewünscht ist. RWE wird im Hambacher Forst seiner gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht. Seine Anliegen sind nicht schutzwürdig.

Die Verstromung der Braunkohle gilt als der Klimakiller unter den Energieerzeugungen. Das Umweltbundesamt gibt Umweltkosten in Höhe von 19,19 Cent pro produzierte Kilowattstunde an. Umweltbelastungen durch Tagebaue sind dabei noch gar nicht inbegriffen.

Das bedeutet: Allein RWE hat durch Braunkohleverstromung im Jahr 2017 Umweltkosten in Höhe von mehr als 14 Milliarden Euro verursacht. Diese Kosten trägt die Allgemeinheit. Sie werden nicht von RWE getragen. Die These, Braunkohle sei nicht subventioniert, stimmt also überhaupt nicht. Uns kostet es sehr viel Geld.

Jetzt gibt es auch viele gute Gründe für die Besetzung des Hambacher Forsts. Wir wehren uns gegen die Kriminalisierung derjenigen, die sich für ein nachhaltigeres Wirtschaften, für die Einhaltung der Klimaziele und für Naturschutz engagieren. Eigentlich wäre das Aufgabe der Politik. Deswegen sage ich hier auch deutlich: Umweltschutz ist kein Terrorismus; Umweltschutz ist Bürgerpflicht.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT, dem Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und der Ratsgruppe GUT)

Wir reden über einen gesellschaftlichen Konflikt. Er ist nicht durch das stoische Durchsetzen von Recht und Gesetz lösbar. Wenn wir als Rat der Stadt Köln jetzt nicht ein Signal an die Landesregierung schicken, das zeigt, dass wir die Bedürfnisse und Willenserklärungen der Bürgerinnen und Bürger gehört und verstanden haben, riskieren wir die noch weitere Entfremdung der Politik von der Gesellschaft.

Ich möchte an dieser Stelle auch auf die Ängste derjenigen eingehen, die befürchten, dass die Versorgungssicherheit nicht mehr gegeben sein sollte, wenn der Abbau der Braunkohle nicht fortgeführt wird. Es gibt Berichte, nach denen wir auch ohne Erweiterung der Abbaugebiete noch für mindestens drei Jahre Braunkohle haben.

Wir könnten sogar unsere Klimaziele 2020 einhalten und die Versorgung sichern, wenn wir gerade die alten und ineffizienten Kohlekraftwerke abschalten bzw. drosseln würden. Im Übrigen ist

der Tagebau Hambach per Bahn mit den Kraftwerken Niederaußem, Neurath und Frimmersdorf verbunden. Diese Kraftwerke sind auf Platz sechs, Platz fünf und Platz eins der schädlichsten Kohlekraftwerke in Deutschland. Deren Stilllegung ist ohnehin teilweise schon geplant.

Oh, woher kommt denn sonst unsere Energie? Betrachtet man die installierte Leistung im Vergleich mit der tatsächlich produzierten Energie, kann man feststellen, dass erneuerbare Energien häufig gar nicht genutzt werden und die wesentlich weniger umweltschädlichen Gaskraftwerke häufig gar nicht laufen, weil die Produktion von Kohlestrom heute noch viel zu profitabel ist. Dabei exportierten wir in 2017 immerhin 52,5 Terawattstunden Energie. Das entspricht ungefähr 10 Prozent unseres Energieverbrauchs.

Des Weiteren gibt es schon seit 2007 Modellversuche, die zeigen, dass eine Versorgung über erneuerbare Energien stabil und sicher gestaltet werden kann. Durch eine geschickte Kombination verschiedener erneuerbarer Energien kann die Grundlast bereitgestellt werden. Netzschwankungen stellen tatsächlich wesentlich weniger Probleme dar, weil erneuerbare Kraftwerke sehr viel leichter regulierbar sind als die konventionellen Kraftwerke.

Zusammenfassung: Die Kohle aus dem Hambacher Forst wird gar nicht mehr gebraucht. Die Klimaziele 2020 erreichen wir nur, wenn die alten Kohlekraftwerke abgeschaltet oder gedrosselt werden. Viele davon liegen im Bereich des Tagebaus Hambach. Seit der Atomausstieg 2011 beschlossen wurde, wurde in Deutschland viel für die Energiewende erreicht. Bei der aktuellen Lage haben wir noch mehrere Jahre Zeit, um unsere Energieversorgung umzustellen und sie nachhaltig zu gestalten. Die Bilder aus dem Forst sind schockierend und sorgen für Unmut. Viele Bürger würden Deeskalation jetzt sehr schätzen.

Darum sage ich Ihnen: Solidarität mit den Aktivisten! Hambi bleibt! - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT, dem Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und der Ratsgruppe GUT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tri-



büne und im Livestream! Ich möchte einerseits ein bisschen Wasser in den Wein gießen, in die guten vorgetragenen Reden unserer Mitantragsteller, und andererseits auch einmal auf Folgendes hinweisen - speziell an die Vertreter von SPD und CDU im Saal gerichtet -: Wir beschließen hier nicht die Stilllegung von Niederaußem oder Neurath. Wir beschließen hier auch nicht ein Ende des Tagebaus. Das Einzige, worum wir hier den Rat in seiner Mehrheit bitten, ist ein Moratorium. Wir bitten ihn um ein Aussetzen der Rodung unter dem Motto: Reden statt Roden.

42. Sitzung vom 27. September 2018

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, dem Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und der Ratsgruppe BUNT)

Wenn das in diesem Rat nicht mehrheitsfähig sein sollte, wäre ich schon extrem erstaunt. Wie wollen Sie es denn der Bevölkerung erklären, wenn Sie sagen, dass Sie sich noch nicht einmal die Zeit nehmen, das Ergebnis der Kohlekommission abzuwarten, sondern lieber darauf setzen, Fakten zu schaffen, einen Wald zu roden und der Braunkohle weiter den Weg zu ebnen?

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, dem Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und der Ratsgruppe BUNT)

Wir haben letztes Jahr eine eigene kleine Klimaschutzveranstaltung durchgeführt. Dort hatten wir mit George Marshall einen Redner zu Gast, der sich auch mit Klimapsychologie beschäftigt. Wir haben ihn gefragt, wie wir es eigentlich schaffen können, die anderen mitzunehmen, die noch an der Kohle hängen und nicht bereit sind, auszusteigen, und zwar besser heute als morgen. Er sagte, ein ganz wichtiger Schlüssel sei Akzeptanz. Das möchte ich hier auch einmal erwähnen.

Natürlich wissen auch wir, dass die Kumpel, ob im Ruhrgebiet im Untertagebau oder im Hambacher Forst, mit zum Wohlstand unseres Landes und auch zum Wohlstand Kölns beigetragen haben. Für diese Leistungen gilt den Generationen, die daran mitgearbeitet haben, auch ein herzlicher Dank.

Aber wissenschaftliche Erkenntnisse und die Herangehensweise haben sich in den letzten Jahrzehnten geändert. Es ist vollkommen klar, dass die Braunkohle der Klimakiller schlechthin

Wie wir in unserem Antrag formuliert haben und wie Kirsten Jahn auch schon sagte, ist das Ganze keine abstrakte Bedrohung, sodass man sa-

gen könnte, um die CO2-Vermeidung sollten sich doch erst einmal die Chinesen kümmern. Es findet tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes vor unserer Haustür statt. Mit der S-Bahn sind es nur ein paar Minuten von Ehrenfeld nach Buir.

Wir können mit unserer Resolution einen kleinen Appell an die Landesregierung und an RWE senden, das Ganze zumindest einmal so lange zu überdenken, bis die Ergebnisse der Kohlekommission vorliegen.

> (Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Niederaußem und Neurath - Kollegin Gerlach erwähnte es gerade - sind nicht nur, was CO2 angeht, Dreckschleudern. Zwar wird immer von Nachrüstung etc. gesprochen. Das stimmt alles. Aber es gibt auch noch einige alte Blöcke, die in Betrieb sind. Die Gegner fordern ja auch nicht, dass alles sofort abgestellt wird. Lasst uns aber wenigstens einmal die dreckigsten Blöcke abstellen. Denn sie pusten nicht nur CO2 aus, sondern produzieren auch eine ganze Menge Feinstaub, Quecksilberemissionen etc.

Das geschieht direkt vor unserer Haustür. Frau Reker, wir debattieren hier über Luftreinhaltepläne und bekommen in diesem Saal ein Gutachten präsentiert, das zu folgendem Ergebnis kommt: Es ist egal, was wir hier tun; die Hintergrundbelastung ist so hoch, dass wir die Ziele der WHO -30 µg/m³ oder wie viel es genau waren - gar nicht erreichen können.

Diese hohe Hintergrundbelastung entsteht unter anderem unter dem Hambacher Forst, also im Hambacher Loch, im Tagebau, und auch in Niederaußem und in Neurath. Allein das ist schon ein Grund, über den Betrieb dieser Kraftwerke und darüber, wie lange diese Kraftwerke laufen sollen, nachzudenken.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, dem Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und der Ratsgruppe BUNT)

Wir sind ia auch nicht alleine. An unserer Seite steht die Gewerkschaft der Polizei, der Bund Deutscher Kriminalbeamter, die Kirchen etc. Alle fordern ein Nachdenken über die Braunkohle. Alle fordern ein Moratorium.

Wenn heute die Mehrheit dieses Rates sagen sollte: "Nein, wir brauchen kein Moratorium; wir machen einfach weiter", würden wir dies extrem bedauern. Daher bitten wir Sie um Ihre Zustimmung.



Man sagt immer, man solle vor seiner Haustür kehren. Wir machen das heute. Wir wollen das gerne tun. Unterstützen Sie daher bitte unsere Resolution und stimmen Sie mit - für die Option "Reden statt Roden", für ein Moratorium für den Hambacher Forst. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, dem Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und der Ratsgruppe BUNT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Struwe das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Antragstellerinnen und -steller! In der Tat ist Braunkohle der schmutzigste Energieträger, den wir haben. Mittlerweile steht fest, dass Deutschland seine Klimaziele deutlich verfehlen wird. Die Braunkohle ist mit etwa 240 Millionen Tonnen für mehr als ein Viertel der jährlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Wenn wir es wirklich schaffen wollen, bis 2030 unseren Ausstoß an Treibhausgasen um 55 Prozent zu reduzieren, muss uns klar sein: Das wird wohl nur gelingen, indem wir schneller aus der Braunkohle aussteigen, als das bislang geplant ist.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Das sind Fakten, an denen, glaube ich, wenig vorbeigeht.

Laut einer aktuellen DIW-Studie ist es in der Tat auch möglich, einen schnelleren Ausstieg bis 2030 hinzubekommen. Diese Studie stellt auch infrage, ob der Hambacher Tagebau wirklich nötig ist. Das ist alles völlig richtig.

Gleichwohl muss man sagen: Es gibt eine Genehmigung. Da geht auch noch einmal ein schöner Gruß an den ehemaligen Umweltminister Remmel. Er hat dem ja zugestimmt. Vielleicht können die Kollegen der Grünenfraktion sich da noch einmal nach den genauen Hintergründen erkundigen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich glaube, Herr Duin weiß da mehr!)

Das wäre sicher auch interessant. Er wird das ja nicht ohne Grund gemacht haben.

(Zuruf: Herr Duin steht ja heute unter TOP 17.8 zur Wahl!)

- Ja. Dann können Sie ihn ja künftig einmal persönlich fragen.

Die Braunkohlewirtschaft in NRW hatte vormals 27 000 Arbeitsplätze. Heute sind es noch etwa 9 000 Arbeitsplätze, die direkt an der Braunkohle hängen. Der Ausbau von Photovoltaik und Windenergie hat erhebliches Beschäftigungspotenzial. Das ist völlig klar. Aber hier geht es immer um Menschen und Familien, die an diesen Arbeitsplätzen hängen. Daher ist es für uns als SPD auch ganz wichtig, dass dieser notwendige Strukturwandel selbstverständlich sozial verträglich und auch für die Region verträglich gestaltet wird.

Das Vorgehen, das die Landesregierung jetzt an den Tag legt, ist mehr als fragwürdig. Wie bereits angeführt worden ist, soll das Oberverwaltungsgericht Mitte Oktober 2018 entscheiden, ob der Wald gerodet werden darf oder nicht. Jetzt will man da auf einmal schon hektisch Fakten schaffen. Dann überlegt man: Was ist das schärfste Schwert des deutschen Verwaltungsrechts? Das ist natürlich der Brandschutz.

Übrigens hat der Brandschutz - wir erinnern uns - vor ein paar Jahren schon einmal AKP-Auftritte in Deutschland verhindert. Insofern möchte ich einen Vorschlag machen. Vielleicht kann man ihn auch bei der DITIB-Moschee noch einmal intensiv prüfen.

(Heiterkeit bei der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen): Die Moschee hat doch gar keine Bauabnahme!)

Gleichwohl muss man sagen: Es ist ein privates Gelände. In diesen privaten Wald der Firma RWE werden jetzt jeden Tag 1 500 Polizeibeamte geschickt - mit der Argumentation, man müsse dort aus Sicherheitsgründen den Brandschutz durchsetzen. Entschuldigung! Da frage ich einmal die Landesregierung: Ist denn geprüft worden, ob Barrierefreiheit vorliegt?

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oder an die Adresse der Grünen: Gilt in den Baumhäusern der Passivhausstandard? - Das sind alles gute Fragen, aber keine Fragen, die unbedingt einen Polizeieinsatz rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD)



Die schwarz-gelbe Landesregierung macht hier wirklich einen riesigen politischen Fehler, gerade weil die Kohlekommission demnächst eine Entscheidung treffen soll.

Die Gewerkschaft der Polizei hat auch schon ganz klar Stellung bezogen. "Erst reden, dann roden!" war das Stichwort.

Ja, selbstverständlich werden dort auch von Einzelnen Straftaten begangen. Das geht auch überhaupt nicht.

(Beifall von Katharina Welcker [CDU])

Allerdings sind das ja nicht irgendwelche irren Straftäter.

Laut den Umfragen sind 70 Prozent der Deutschen gegen die Rodung.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: 75 Prozent!)

Das muss man auch einmal anerkennen. - Da brauchen Sie in der rechten Ecke gar nicht so hämisch zu grinsen. Sie behaupten doch immer, die Mehrheitsbevölkerung zu vertreten. Dann können Sie da einmal anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl muss man sich eine Frage sehr kritisch stellen, meine Damen und Herren: Was hat dieses Thema, so interessant und wichtig es ist, denn mit Köln zu tun?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz viel!)

Die Gemeindeordnung kennt zwar die Universalzuständigkeit des Rates. Sie endet aber nun einmal leider an den Stadtgrenzen. Wir sind hier zwar der Nabel der Welt. Aber da sagen die Bürgerinnen und Bürger zu Recht, dass wir genug Probleme haben, für die wir wirklich zuständig sind - Wohnungsbau, Schulbau, Verkehr und was weiß ich was. Sie erwarten jetzt nicht, dass wir hier das globale Klima retten.

> (Beifall bei der SPD - Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Frau Kollegin, jetzt möchte ich einmal auf eines hinweisen, was mich wirklich aufgeregt hat. In dieser Resolution steht, dass das Ganze negative Auswirkungen auf lokale Entwicklungen des Klimawandels hat. Entschuldigung! Klimawandel ist eine Folge der globalen Erderwärmung, also davon, dass wir zu viel CO₂ in die Erdatmosphäre ausstoßen. "Lokaler Klimawandel" ist bar jeder

wissenschaftlicher Fakten. Entschuldigung! Wir müssen wirklich aufpassen, dass wir hier nicht solche Fake News verbreiten.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich sehe, dass meine Redezeit vorbei ist. Meine Damen und Herren, so sehr wir das Ziel teilen, das hier formuliert wird: Aus Gründen der Zuständigkeit können wir dieser Resolution leider nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war die schwächste Begründung seit langem!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, möchten Sie noch eine Bemerkung machen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Eine Nachfrage!)

- Es gibt nur Zwischenfragen. Das ist aber noch eine Zwischenfrage. Herr Struwe hat ja so eine Punktlandung gemacht. Bitte stellen Sie die Zwischenfrage.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe an Herrn Struwe, der zugleich Vorsitzender des Umweltausschusses ist, die Nachfrage, ob ihm bekannt ist, dass der Wind als Hauptwindrichtung aus Westen kommt, sodass der Feinstaub hier zu uns geweht wird, und dass bei der Stickoxidbelastung im Wesentlichen der Braunkohleabbau die Hintergrundbelastung darstellt. Ich wollte doch gerne wissen, ob das dem Vorsitzenden des Umweltausschusses bekannt ist, also die Windrichtung und die Stickoxidbelastung.

(Beifall bei der LINKEN und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Rafael Struwe (SPD): Vielen Dank für die Nachfrage. Erstens habe ich da eine Gegenfrage an den Fragesteller: Ändert die Windrichtung etwas an der Zuständigkeit des Rates der Stadt Köln?

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Zweitens. Wenn es um Feinstaubbelastung geht: Warum schreiben Sie das dann nicht hinein? Warum schreiben Sie hier nur etwas von lokalem Klimawandel? Das ist etwas völlig anderes.

(Beifall bei der SPD)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine weitere Zwischenfrage. Aber damit sind die Zwischenfragen dann abgeschlossen. Eine kurze Zwischenfrage, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ich hatte mich schon sehr lange gemeldet, weil mir eine ähnliche Frage wie Herrn Weisenstein unter den Nägeln brannte. Herr Struwe, Sie können sie ja auch vom Platz aus beantworten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Bit-

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Ist Ihnen bekannt, dass der Klimawandel und die Luftverschmutzung auch Auswirkungen auf das Leben in Köln haben, und sehen Sie da keine Zuständigkeit?

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT)

Rafael Struwe (SPD): Noch einmal: Die Auswirkungen des Klimawandels sind lokal, aber das Phänomen des Klimawandels beruht auf der globalen Erderwärmung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Aktuellen Stunde ist sicherlich ein wichtiges und ernstes, hat aber heute und hier nicht den Anspruch, ordnungsgemäß diskutiert zu werden.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, natürlich!)

Denn es ist der falsche Platz, und es ist der falsche Zeitpunkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Weder, noch!)

Der richtige Platz wäre der Landtag in Düsseldorf gewesen, und der richtige Zeitpunkt wäre der 5. Juli 2016 gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Denn genau zu diesem Zeitpunkt hat die damalige Landesregierung - und zwar, wie der Vorredner schon gesagt hat, deren Klimaschutzminister Johannes Remmel; ich sage jetzt nicht, welcher Partei dieser Mann angehört hat - entschieden, die Abbaugenehmigung von RWE für den Hambacher Bereich unverändert zu lassen. Das Ganze ist gerade einmal zwei Jahre her.

(Ulrich Breite [FDP]: Hört! hört!)

Jetzt ist die Frage: Was ist denn in diesen zwei Jahren passiert? Inzwischen ist Rot-Grün in Düsseldorf in der Opposition. Dann ist es natürlich ein Leichtes, sich zurückzulehnen, zu sagen: "Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?" oder "Was interessieren mich meine Taten von gestern?" und jetzt entsprechend dagegenzuhalten.

Fakt ist: Die Entscheidung ist von Rot-Grün getroffen worden.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Entsprechend hat RWE eine rechtsgültige Abbaugenehmigung. Und jede Landesregierung, egal ob es eine rot-grüne, eine schwarz-gelbe oder eine wie auch immer zusammengesetzte ist, hat in unserem Rechtsstaat erst einmal die Verpflichtung, diesen Rechtsanspruch umzusetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Und das ist das, was passieren muss.

Ich möchte an dieser Stelle im Übrigen noch einen deutlichen Appell an alle Beteiligten richten. Er betrifft das Thema Gewaltfreiheit. Denn es ist ganz wichtig - der Vorredner hat es auch schon gesagt -, dass die vielen Polizistinnen und Polizisten, die hier im Auftrag unserer Gesellschaft und unseres Rechtsstaats ihren Dienst leisten, auch adäquat behandelt und nicht regelmäßig Opfer von Straftaten werden. Das gehört auch mit dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP -Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Nein, jetzt nicht; Fragen gerne zum Ende. - Es ist wichtig, dass dieser Prozess jetzt weitergeht und wir gleichzeitig - - Und da hat die CDUgeführte Bundesregierung genauso Führungskompetenz bewiesen wie damals beim Atomausstieg. Denn auch dort war es so, dass die rotgrüne Bundesregierung jahrelang über den



Atomausstieg diskutiert hat, aber überhaupt nichts gemacht hat. Es war Angela Merkel,

(Christian Joisten [SPD]: Das sind auch Fake News!)

die die Dinge vorangetrieben hat und das entsprechend entschieden hat. Genauso ist es auch hier. Es ist die CDU-geführte Bundesregierung, die jetzt einen geordneten Ausstiegsprozess für die Kohle umsetzt.

(Unruhe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte um Ruhe.

Bernd Petelkau (CDU): In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass in dem Dreiklang zwischen erstens Versorgungssicherheit, zweitens Sicherheit der Arbeitsplätze - die Sicherheit der Arbeitsplätze dürfen wir ja auch nicht vernachlässigen, gerade weil RWE Power ein Kölner Unternehmen ist; das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen - und drittens Klimaschutz eine vernünftige Lösung gefunden wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wichtig, dass das passiert und wir hier einen geordneten Prozess bekommen, der diese Dinge entsprechend in Einklang bringt, damit wir hier eine gute Zukunft haben.

Denn was wäre die Folge, wenn man nur einen Baustein herausbrechen würde? Da müssen wir ja auch einmal ehrlich sein. Wir haben vor einigen Monaten darüber diskutiert, was passieren würde, wenn wir die Kohlekraftwerke heute abschalten würden. Woher würde denn dann der Strom kommen? Er würde aus den belgischen und französischen Atomkraftwerken kommen.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und genau das wollen wir nicht haben, meine Damen und Herren. Wir wollen eine dauerhafte Versorgung haben, die auch ökologisch vernünftig organisiert ist. Es braucht aber seine Zeit, bis man eine Volkswirtschaft und auch die Energieversorgung umgebaut hat. Genau dafür werben wir. Deshalb lehnen wir die Resolution heute ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darf er jetzt fragen?

Bernd Petelkau (CDU): Ja, Zwischenfragen dürfen jetzt gerne gestellt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zwischenfragen dürfen gestellt werden. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Herr Petelkau, weil Sie über Geschichte doziert haben und völlig zu Recht darauf hingewiesen haben, dass 2016 ein Beschluss gefasst wurde, möchte ich Sie doch noch einmal fragen, ob Sie sich daran erinnern können, dass eine rot-grün geführte Bundesregierung einen Atomausstiegsbeschluss gefasst hatte, der anschließend von einer schwarzgelben Bundesregierung wieder kassiert wurde, damit er wenig später ebenfalls von einer schwarz-gelben Bundesregierung in einem völlig neuen Verfahren, und zwar einem verkürzten Verfahren und für die Energiesicherheit Deutschlands vielleicht sogar problematischen Verfahren, wieder neu aufgesetzt wurde. Das möchte ich nur in Erinnerung rufen, damit wir hier ein bisschen Klarheit über die Abläufe haben. Sie haben das nämlich eben etwas anders dargestellt. Also: Können Sie sich an diesen Beschluss von Rot-Grün erinnern? - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bernd Petelkau (CDU): Dieser Umsetzungsbeschluss war damals nicht praktikabel. Deshalb wurde er aufgehoben.

(Lachen bei der SPD)

- Genauso ist es. - Frau Oberbürgermeisterin, Herr Zimmermann hat sich gemeldet.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrter Herr Petelkau, ich setze voraus, dass Ihnen der Inhalt der Resolution bekannt ist. Daher frage ich Sie: Glauben Sie ernsthaft, dass als Folge dieser Resolution, die ein Moratorium bis zum Ende der Arbeit der Kohlekommission fordert - dieses Ende ist ja für Ende 2018 termi-



niert -, bei uns die Lichter ausgehen? Glauben Sie, dass das bei uns Stellen kostet?

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe BUNT)

Bernd Petelkau (CDU): Herr Kollege, wenn Sie sich mit den Details beschäftigen, wissen Sie auch, dass der Tagebau sich in seinem Fortschritt dem Wald regelmäßig nähert. Wenn die Prozesse dort nicht eingehalten werden, hat das Folgen. Sie kennen auch die Schutzzeiten und wissen, wann in Deutschland Bäume gefällt werden dürfen und wann nicht. Es gibt gewisse Zeitfenster, die dafür vorgesehen sind, etc. Und hier gibt es einen genau hinterlegten Zeitplan, der Teil der Abbaugenehmigung ist. Vor diesem Hintergrund - -

Ich kann die Argumente verstehen. Aber diese Entscheidung kommt zu spät. Sie hätte vor zwei Jahren getroffen werden können. Die damalige Regierung hat das anders entschieden. Jetzt sind wir in der Umsetzungsphase und kämpfen im Übrigen in der Kohlekommission insgesamt dafür, dass wir einen beschleunigten Ausstieg bekommen. Über die Details wird in den nächsten Monaten entschieden. Ich bin guter Dinge, dass wir hier auch eine für unser Land und für unsere Erde vernünftige Lösung bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben viel Betroffenheitsrhetorik gehört. Insbesondere die ersten vier Beiträge waren wenig von Sachkenntnis getrübt. Aber mit Bauchgefühl lässt sich schlecht Energiepolitik machen, meine Damen und Herren.

Liebe Kirsten Jahn, wenn man die Situation der Polizei bedauert, aber dann den Besetzern dankt,

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Baumbesetzer? Man kann ein Haus besetzen, aber keinen Baum!)

die die Polizisten mit Fäkalien bewerfen,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

dann ist das an Schizophrenie nicht zu überbieten.

In meiner neuen beruflichen Funktion als Geschäftsführer der Zukunftsagentur Rheinisches Revier habe ich an allen Sitzungen der Energiekommission beim Bundeswirtschaftsministerium teilgenommen und seit Juni dieses Jahres zahlreiche Gutachten sowohl über den Klimawandel als auch über die Fragen der Energieversorgung gehört.

Keiner fällt gerne Bäume, nicht an der Bonner Straße und nicht im Hambacher Forst. Aber es gibt manchmal Sachzwänge, die uns in unserer Industriegesellschaft dazu zwingen. An der Bonner Straße zum Beispiel war es die Mobilität für Köln, die wir brauchten. Im Hambacher Forst geht es um die zuverlässige und günstige Energieversorgung, insbesondere für die energieintensive Industrie.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Günstige?)

Von ihr hängen alleine in unserer Region 90 000 Arbeitsplätze ab. In Nordrhein-Westfalen und in Deutschland sind es Hunderttausende.

Der Atomausstieg, der hier schon mehrfach angesprochen wurde, ist auch noch nicht vollzogen, sondern steht erst für 2022 an. Ja, es gibt Zeiten, in denen heute von Deutschland Strom exportiert wird. Spätestens 2022 wird Deutschland aber zum Stromimporteur. Dann importieren wir - das ist eben auch schon gesagt worden - in Deutschland französischen Atomstrom oder polnischen Kohlestrom. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ob damit der Sicherheit und dem Klima wirklich etwas Gutes getan worden ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das Prinzip Hoffnung ist für eine Industrienation wie Deutschland kein guter Berater. Darum haben wir dieses Problem. Wir haben sehr viel in erneuerbare Energien investiert. Leider gibt es aber noch keine Technologie und keine Kapazitäten, um diese Sonnen- oder Windenergie zuverlässig zu speichern, nämlich für die Zeiten, in denen keine Sonne scheint und kein Wind weht.

Die Energieversorgung selbst leistet ihren Beitrag zur CO₂-Minimierung. Es sind andere Bereiche, die hier ausfallen, insbesondere die Bereiche des Verkehrs und der Wärme. Gerade im Rheinischen Revier werden durch die Stilllegung des Tagebaus in Inden im Jahre 2030 die Emis-



sionen um 40 bis 50 Prozent reduziert. Das ist der Beitrag des Rheinischen Reviers für den Klimaschutz.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Die Kraftwerke, die hier teilweise auch angesprochen wurden, zum Beispiel Frimmersdorf, sind heute gar nicht mehr in Betrieb, sondern nur noch in der Reserve.

Ja, es haben zwischen RWE und den Baumbesetzern Gespräche über die Frage stattgefunden, ob es ein Moratorium geben kann. Dabei ging es aber natürlich auch darum, inwieweit die Baumbesetzer denn eine entsprechende Entscheidung der Kohlekommission auch akzeptieren würden und den Wald dann räumen würden. Das wurde vonseiten der Waldbesetzer abgelehnt.

Meine Damen und Herren, so funktioniert Politik nicht. So kann man solche Verhandlungen nicht führen. Deswegen ist es richtig, dass hier der Rechtsstaat gilt.

(Beifall bei der FDP)

Wie der Kollege Petelkau eben richtig angesprochen hat, ist es eine rot-grüne Entscheidung, liebe Kirsten Jahn, auch wenn du das nicht wahrhaben willst,

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

und zwar von 2016. Die Grünen hätten alle Chancen gehabt, sie entsprechend zu ändern.

Das jetzt bei der aktuellen Landesregierung abzuladen, die sich nur dazu bekannt hat, diesen rot-grünen Beschluss weiter umzusetzen, ist nicht richtig. Wir brauchen Vertrauensschutz. Wir brauchen Rechtssicherheit. Das gilt auch für den Hambacher Forst. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon eine besondere Koalition, die sich hier zusammengefunden hat, um den Antrag für diese Aktuelle Stunde einzureichen. Das sind nämlich im Wesentlichen die LINKEN und die Grünen.

Gut; dass die LINKEN ein solches Spiel mitmachen, ist nicht weiter verwunderlich.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist kein Spiel!)

Sie haben ja eine notorische Nähe, latente Nähe zu Chaoten, zu Linksterroristen und zu militanten Rechtsbrechern. Das überrascht überhaupt nicht.

Und dann regen sich die LINKEN darüber auf, dass Polizei in den Hambacher Forst einrückt. Sie vergessen aber, zu berücksichtigen, dass über 80 - über 80! - schwere Straftaten aus den Reihen der Baumbesetzer begangen wurden.

Das lässt wieder tief auf Ihr Rechts- und Demokratieverständnis blicken. Denn die Rodung des Hambacher Forsts ist nicht nur durch einen Kabinettsbeschluss abgesichert; es gibt auch Gerichtsurteile, die diesen Beschluss bestätigen, und es gibt einen breiten demokratischen Prozess zur Absicherung dieser Vorgehensweise. Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Ihr Rechtsverständnis, Ihr Demokratieverständnis geht aber dahin, dass Sie sagen: Nein, das passt mir trotzdem nicht; deshalb bin ich dagegen. - Das geht nicht. Da müssen Sie an sich arbeiten und wirklich einmal über Ihre Einstellung zu unserem Rechtsstaat nachdenken.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Jetzt komme ich zu den Damen und Herren von den Grünen. Hier ist ja schon mehrfach die Frage gestellt worden: Wer saß denn 2016 am Kabinettstisch?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht um 1977!)

- Nein, die Entscheidungen sind 2016 gefällt worden. Gemeinsam mit den Grünen ist seinerzeit der Ausstieg aus der Steinkohle vereinbart worden - der hoch subventionierten Steinkohle; vollkommen richtig. Im Gegenzug wurde eine Bestandsgarantie für die Braunkohle bis 2045 verabschiedet - mit Ihrer Zustimmung. Und noch im Februar 2017 - das ist gerade einmal anderthalb Jahre her - haben Sie den Landesentwicklungsplan mitgetragen, in dem Inden und Hambach eine Garantie bekommen haben.

Meine Damen und Herren, hier sitzt also eine Fraktion von Grünen, die offensitchtlich unter politischem Alzheimer leiden, wenn sie sich noch nicht einmal an das erinnern können, was ihre



Spießgesellen auf Landesebene beschlossen und mitgetragen haben.

42. Sitzung vom 27. September 2018

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Im Grunde genommen ist es dieses Thema gar nicht wert, hier in Köln groß thematisiert zu werden. Wir haben in dieser Sache ohnehin nichts zu entscheiden.

Eine Bemerkung in Richtung der CDU sei mir allerdings noch gestattet: Sie haben mit den Grünen wirklich einen bemerkenswert aufgestellten Koalitionspartner, der ja offensichtlich ganz auf einer Linie mit Ihnen ist. Also viel Erfolg weiterhin mit den Grünen!

Wir als AfD lehnen auf jeden Fall diesen Antrag ab. Er ist unnötig, er ist nicht zielführend, und er hat hier in Köln überhaupt nichts zu suchen. -Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Brust.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wieso das denn?)

- Ich lasse gerade prüfen, wie weit wir sind.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es gab hier ja eine seltsame Koalition von SPD bis AfD, die uns Grünen vorwirft, wir hätten 2016 für Hambach gestimmt. Wenn Sie einmal die Protokolle nachlesen würden, würden Sie sehen, dass 2016 im Landtag ausschließlich über eine Leitentscheidung zu Garzweiler verhandelt wurde. Es ging damals um die Umsiedlung oder Nichtumsiedlung des Dorfes Holzweiler. Das war für uns Grüne die Möglichkeit, einzugreifen und durchzusetzen, den Tagebau Garzweiler zu verkleinern. Wir haben damals den großen Erfolg gehabt, dass uns das in Garzweiler gelungen ist.

In Hambach gab es leider keinen Angriffspunkt, um hier die Genehmigung, die aus dem Jahr 1977 stammt - da gab es die Grünen noch gar nicht -, anzufechten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber es wird in den nächsten Jahren für Herrn Petelkau und Herrn Börschel im Landtag die Möglichkeit geben, das zu ändern. Die Kohlekommission tagt ja und will bis Ende dieses Jahres Vorschläge machen, wie es mit der Braunkohle weitergeht.

Wenn man das Pariser Klimaziel einhalten will, wird das unabweisbar zur Folge haben müssen, dass man die Leitentscheidung zu Hambach ändert. Denn wenn man die Braunkohle, die dort liegt, verfeuerte, könnten wir das Klimaziel von Paris mit 2 Prozent - und erst recht mit 1,5 Prozent - nicht einhalten. Da sind sich alle Wissenschaftler einig. Deswegen muss diese Leitentscheidung zu Hambach geändert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Herr Sterck, Sie haben hier von Arbeitsplätzen gesprochen. Außerdem haben Sie angedroht, dass wir 2022, wenn die letzten AKWs abgeschaltet werden, Strom importieren müssen. Das könnte passieren, wenn die Bundesregierung und die Landesregierung ihre Politik der Vernichtung von Arbeitsplätzen bei den Erneuerbaren weiter so treiben wie bisher.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wenn wir, wie das möglich wäre, Sonnen- und Windenergie weiter ausbauen, haben wir bis 2022 genug erneuerbare Energien zusätzlich, um die AKWs zu ersetzen, die dann vom Netz gehen können. Aber Sie tun auf Landes- und auf Bundesebene alles, um das zu verhindern, und vernichten dabei viel mehr Arbeitsplätze, als es bei der Braunkohle überhaupt gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Alleine der Windenergieanlagenhersteller Enercon hat jetzt angekündigt, 800 Arbeitsplätze abbauen zu müssen, weil die Bundesregierung ihre Koalitionsvereinbarung einer Sonderausschreibung für Windkraft dieses Jahr nicht umsetzt.

Die Landesregierung geht hin und erlässt einen Erlass, nach dem demnächst 1 500 Meter Abstand zu jeder Windanlage eingehalten werden müssen. Damit wird praktisch das Ende des Windkraftausbaus in NRW besiegelt, weil die Einhaltung dieser Abstände meist nicht machbar ist. Das betrifft auch unsere RheinEnergie, die gerne in Erftstadt bauen würde und dann wahrscheinlich nicht mehr dort bauen darf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)



Wenn Sie Arbeitsplätze retten wollen, dann retten Sie also bitte die Arbeitsplätze, die man sofort retten kann, in der Windindustrie und bei den Photovoltaikherstellern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Besonders enttäuscht hat mich die Rede von Herrn Struwe. So etwas Dämliches habe ich lange nicht mehr gehört.

> (Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nein, im Ernst: Wie kann man denn ernsthaft bestreiten, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Tagebau und dem Klima in Köln gibt? Das örtliche Klima in Köln gibt es ja auch. Es gibt doch nicht nur das globale Klima. Wir sind hier darauf ist schon hingewiesen worden - extrem darauf angewiesen, dass der Hambacher Wald als Schutz gegen die Staubemissionen aus dem Hambacher Loch stehen bleibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wenn der Wald weg wäre und das Loch noch näher an Köln rückte, würde sich - das weiß jeder - die Feinstaubbelastung in Köln erhöhen.

(Rafael Struwe [SPD]: Aber wieso schreiben Sie dann etwas von Klimawandel?)

Wir wissen auch - es ist ja eben schon gesagt worden -: Bei NO_x ist die Hintergrundbelastung in Köln so hoch, dass alle Maßnahmen, die wir im Verkehrsbereich treffen können, nicht ausreichen werden, um unter den Wert von $40~\mu g/m^3~zu$ kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen ist es unabdingbar - das habe ich schon seinerzeit in meiner Rede zum Luftreinhalteplan gesagt -, auch über die Stilllegung von Braunkohlekraftwerken zu reden, um in Köln diese Ziele einhalten zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Letzte Bemerkung: Am 12. September dieses Jahres gab es in Düsseldorf einen Festakt zum Ende der Steinkohle. Ich wünsche mir, dass wir einen solchen Festakt zum Ende der Braunkohletagebaue dann im Hambacher Forst feiern können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Jetzt vielleicht noch eine Zwischenfrage.

(Zurufe: Irgendwann ist es auch einmal gut! - Wir haben eine Geschäftsordnung!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, wir haben eine Geschäftsordnung. Die Aktuelle Stunde dauert noch genau fünf Minuten. - Aber nur eine kurze Zwischenfrage. Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Herr Brust, ich hoffe, wir sind uns einig, dass wir in diesem Rat respektvoll miteinander umgehen und Kolleginnen und Kollegen nicht Dummheit oder Ähnliches unterstellen und sie entsprechend beleidigen.

Insofern möchte ich Sie bitten, doch diese Aussage, die Sie eben getätigt haben, zurückzunehmen. Man kann in den Sachfragen unterschiedlicher Meinung sein. Aber an dieser Stelle waren Sie zu übergriffig, meine ich. Da bitte ich um eine Entschuldigung. - Danke.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe nicht gesagt, dass Herr Struwe dumm ist. Das würde ich nie sagen.

(Christian Joisten [SPD]: Aber "dämlich"! Das ist auch nicht viel besser!)

Aber inhaltlich ist das, was er gesagt hat, völliger Quatsch. Dabei bleibe ich.

(Christian Joisten [SPD]: Das war keine Entschuldigung! Okay! Das nehmen wir dann einmal so zur Kenntnis!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich gerne die Aktuelle Stunde abschließen - nach § 5 Abs. 10 der Geschäftsordnung mit dem Beschluss, dass die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung überwiesen wird.

Damit müssen wir über die von Ihnen eingebrachte Resolution abstimmen. Ich bitte diejenigen um ein Handzeichen, die dieser Resolution



zustimmen möchten. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ratsgruppen GUT und BUNT sowie die LINKEN. Gegenstimmen? -Der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der FDP, der AfD und von Rot-Weiß. Und Herr Wortmann? Enthaltung? - Ja, hatte ich eben gefragt. Okay. -Damit ist die Resolution abgelehnt.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Wir kommen zu:

Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

Tagesordnungspunkt

2.1 Aufstellung einer Gewitterwarnanlage im Bereich des Sportparks Müngersdorf hier: Annahme einer Schenkung durch die Kölner Grün Stiftung 2202/2018

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich möchte Ihnen den Hinweis geben, dass die von der Bezirksvertretung Lindenthal angeregte Abstimmung des Aufstellungsortes mit dem Stadtkonservator erfolgt ist und er keine Bedenken hat. Deswegen würde ich auch gerne wie Vorlage abstimmen lassen.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, die LINKEN, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die AfD und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? -Von der Ratsgruppe GUT. Damit ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich bei der Kölner Grün Stiftung herzlich für die Schenkung der Gewitterwarnanlage im Sportpark Müngersdorf.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

2.2 Ankauf eines Kunstwerkes der Künstlerin Gabriele Münter für das Museum Ludwig und Annahme einer Geldzuwendung 2519/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Nein.

Dann lasse ich abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, GUT und BUNT. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und von Rot-Weiß. Enthaltungen? - Kann es eigentlich keine mehr geben. Damit ist diese Schenkung angenom-

Ich bedanke mich herzlich bei dem Förderverein Freunde des Wallraf-Richartz-Museum und des Museum Ludwig e. V. sowie der Kulturstiftung der Länder für diese Schenkung.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

2.3 Annahme einer Schenkung von 95 Schmuckstücken und Textilien aus Nordafrika und Westasien 2769/2018

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gibt es Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Enthaltungen? - Von AfD und Rot-Weiß. Damit ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich herzlich bei Herrn Günther für die Schenkung an das Rautenstrauch-Joest-Museum.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

2.4 Innerer Grüngürtel in Köln-Nippes 2477/2018

Ich freue mich sehr darüber, dass wir heute mit der Annahme der Schenkung dieses gemeinsame Projekt mit der Kölner Grün Stiftung auf den Weg bringen können.

Sie wissen vielleicht, dass die Bezirksvertretung Nippes am Montag bereits der konkreten Ausgestaltung des neuen, erweiterten Sportangebots zugestimmt hat und sich für die Umsetzung, natürlich auf der Grundlage des Gesamtkonzepts, ausgesprochen hat.

Punkt 1 der Vorlage ist damit beschlossen worden. Dabei hat die Bezirksvertretung Nippes die Anregung des Sportausschusses für die Umsetzung der Maßnahme übernommen, sodass wir den Punkt 2 jetzt wie Vorlage abstimmen kön-

(Christan Joisten [SPD]: Also wie Sportausschuss?)

Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Zimmer-

42. Sitzung vom 27. September 2018



Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, wir wollen die Schenkung - wie sagt man? - ablehnen oder nicht annehmen. Ich möchte das ganz kurz begründen.

Zum Ersten haben wir trotz der Verbesserungen immer noch große Probleme mit der Versiegelung von Bodenflächen, die dort im Inneren Grüngürtel stattfinden soll.

Zum Zweiten ist uns in allen Sitzungen immer wieder aufgefallen, dass in allen Gremien eine schriftliche Stellungnahme des Denkmalschutzes fehlt. Der Innere Grüngürtel ist ja nun ein denkmalgeschütztes Areal. Sie finden aber nichts Schriftliches dazu. Das alleine ist schon ein Grund, diese Vorlage eigentlich mindestens zu schieben. Wir lehnen sie in dem Fall heute ab. -Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. -Dann bitte ich, abzustimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die AfD und die Ratsgruppe BUNT. Gibt es Gegenstimmen? -Der Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Kann es dann nicht mehr geben. Damit ist die Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich herzlich bei der Kölner Grün Stiftung für diese Schenkung.

(Beifall)

Wir kommen zu:

- Anträge des Rates/Vorschläge und An-3 regungen der Bezirksvertretungen
- Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 3.1.1 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP betr. "Mehr Parkand-ride-Plätze für Köln" AN/1177/2018

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT AN/1364/2018

Zunächst hat Herr Michel das Wort.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! In einer Großstadt wie Köln haben 350 000 Einpendler und 400 000 Binnenpendler natürlich einen großen Einfluss auf unsere Verkehrsverhältnisse. Zudem ist die Mobilität im Umland eine andere als bei uns in der Stadt. Viele Pendler aus dörflicheren Strukturen nutzen mehr das Auto als den Umweltverbund. Durch intelligente Parkraumbewirtschaftung und Park-and-ride-Angebote können wir deren Wege und das Verkehrsverhalten beeinflussen.

Bei der Überprüfung der Kapazitäten unserer bestehenden P+R-Anlagen werden wir feststellen, dass es hier außer beim Haus Vorst schon lange Erweiterungsbedarf gibt. Wir haben hier einen großen Nachholbedarf und wollen mehr Parkflächen. Die Übertragung der Grundbücher von der Stadt Köln auf die KVB hat uns leider schon viel Zeit gekostet. Deswegen müssen wir jetzt Tempo machen.

In einer dicht besiedelten Stadt hält sich die Akzeptanz vor Ort oft in Grenzen. Durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen oder eine eingeschränkte Sicht gibt es bei Bürgerinitiativen wie an der Arnoldshöhe Widerstände. In Sürth, wo uns sogar ein Grundstück wegfällt, freuen sich unsere Bürger auch nicht über eine zusätzliche Parkpalette, genauso wenig in Thielenbruch in einem Wohngebiet.

Es ist von Bedeutung, dass wir auf ein gutes Design Wert legen oder die Orte lebendiger machen.

Neue Flächen für Park-and-ride-Plätze machen vor allem im Umland Sinn. Für die benötigte regionale Abstimmung beauftragen wir den NVR.

Erfolgreiche Standorte sind abhängig von Autobahnausfahrten in Schienennähe und kurzen Fahrzeit mit dem ÖPNV zum Ziel. Bei einem Stadtbahnausbau der Linie 1 nach Moitzfeld wären die Voraussetzungen zum Beispiel erfüllt.

Wenn P+R-Anlagen auch Verknüpfungspunkte sind, werden sie automatisch zu Mobilstationen. Die Parkangebote haben die wichtige Funktion, den Modal Split auch auf den Arbeitswegen zu verändern. - Bitte unterstützen Sie unseren Antrag.

> (Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner, Dirk Michel, hat schon gesagt, welche Wichtigkeit gute P+R-Plätze für uns hier in der Stadt haben. An dieser Stelle möchte ich dem Kollegen Struwe auch kurz widersprechen. Gerade wenn wir die Verkehrsprobleme mit dem Umland zusammen lösen wollen, betrifft uns sehr wohl auch das Geschehen, das außerhalb der Stadtgrenzen von Köln liegt. Dann können wir auch lokal handeln und das Umland, wie gesagt, mitnehmen.

P+R-Plätze sind nur ein Baustein für eine Verkehrswende. Das ist sicherlich klar. Sie sind aber ein durchaus wichtiger Baustein für die Verkehrswende.

Klar ist auch, dass wir selbstverständlich nicht die P+R-Anlagen in den innenstadtnahen Bereichen noch ausbauen wollen. Am S-Bahnhof Nippes, an dem es meines Wissens 36 offizielle P+R-Plätze gibt, ist das Potenzial für eine Erweiterung wahrscheinlich deutlich geringer als an anderen Standorten in dieser Stadt, die dann auch eher am Stadtrand liegen bzw. gemeinsam mit dem Umland gesucht werden müssen.

P+R-Plätze müssen selbstverständlich auch weiterentwickelt werden. Es reicht nicht, dass man dort nur sein Auto abstellt und dann in die Bahn steigt. Wir müssen da weiter Tempo machen und schauen, dass wir sie zu Mobilstationen weiterentwickeln. Wir müssen dort Ladeinfrastruktur für E-Mobilität - sei es das Fahrrad oder sei es das Auto - hinbekommen. Wir müssen auch große Leihradflotten aufstellen, damit der Umstieg von dem einen Verkehrsmittel auf das andere Verkehrsmittel möglichst leicht ist.

P+R-Plätze brauchen aber auch Bäume. Wer bisherige P+R-Plätze kennt, weiß, dass es oft nur Asphaltwüsten sind. Wir haben 2014 mit dem Konzept zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels auch schon Ideen vorgelegt bekommen, wie man denn mit so großen Brachflächen umgeht. Das heißt: Wir müssen selbstverständlich schauen, dass wir diese großen Parkplätzedas gilt nicht nur für P+R-Plätze, sondern auch für Supermarktparkplätze etc. - noch entsprechend mit Bäumen versehen.

Wie ich schon gesagt habe, geht P+R nur zusammen mit dem Umland. In diesem Zusammenhang müssen wir uns - ich habe es an dieser Stelle und an anderer Stelle immer wieder gesagt - ernsthaft Gedanken darüber machen, wie wir eigentlich mit den Tarifsprüngen umgehen, damit es für die Pendlerin und den Pendler auch attraktiv ist, das Auto außerhalb des Kölner Stadtgebietes stehen zu lassen, anstatt gefühlt doppelt so viel für die einzelne Fahrt zu bezahlen wie dann, wenn man noch die letzten 2 Kilometer ins Stadtgebiet hineinfährt.

Jetzt liegt noch ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, der darauf abzielt, für die bestehenden und neu entwickelten P+R-Plätze auch die Umsetzung des Konzeptes zu prüfen, das wir im Verkehrsausschuss schon einmal für Supermarktparkplätze etc. beschlossen haben, nämlich, das Ganze dort noch mit Wohnbebauung, Kleingewerbe etc. aufzustocken.

Meines Erachtens werden wir aber entweder aufgrund der Kapazitäten, die wir benötigen, wirklich um ein, zwei Etagen aufstocken müssen, sodass wir gar keinen Platz für eine solche Bebauung haben werden, oder, wenn wir nicht aufstocken, das Ganze entsprechend begrünen wollen, sodass man dort auch nicht noch mit Bebauung nachverdichten kann.

Daher werden wir Ihren Änderungsantrag ablehnen. Ich werbe trotzdem um Zustimmung zu unserem Ursprungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Unser neuer Referent, Sebastian Diener, den ich hier herzlich begrüße, wohnt in Waldbröl. Er hat auf dem Weg ins Rathaus natürlich brav sein Auto weit vor der Stadt an der Bahn abgestellt und ist mit der Bahn in die Stadt gekommen. Unsere Sekretärin kommt Rommerskirchen, und unser Internet-Redakteur pendelt aus Düsseldorf - alle brav mit der Bahn, wie sich das gehört. Sie sehen: Selbst in einem so kleinen Unternehmen wie unserer Fraktionsgeschäftsstelle sind drei von fünf Mitarbeitern Pendler, die jeden Tag in unsere Stadt pendeln. Bei diesen Entfernungen - Waldbröl, Rommerskirchen, Düsseldorf - wird auch kein noch so hartgesottener Radfahrfreund verlan-



gen, dass diejenigen mit dem Fahrrad in die Stadt kommen.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Das ist das Problem, das wir als Stadt Köln haben. Die IHK-Studie zur Pendlermobilität - der Kollege Michel hat es eben schon angedeutet hat festgestellt, dass es bei uns in Köln jeden Tag 316 000 Einpendler und 400 000 Binnenpendler innerhalb der Stadt gibt. Gerade um diese Personen geht es hier. Für sie brauchen wir attraktive Angebote im ÖPNV, und zwar gekoppelt mit entsprechenden P+R-Flächen, um sie auf die Schiene zu bringen.

Der Kollege Michel hat eben das Stichwort "Moitzfeld" genannt. Das erinnert mich an eine meiner Lieblingsanekdoten. Wir hatten einen Termin beim Bürgermeister von Bergisch Gladbach, Herrn Urbach, bei dem es darum ging, wie man Bergisch Gladbach besser mit dem ÖPNV an Köln anbinden kann. Da ging es natürlich um die Verlängerung der Linie 1 bis Moitzfeld. Herr Höhn von der KVB, den ich auch sehr schätze, lieber Herr Fenske, sagte dann: Ja, lieber Herr Bürgermeister, wir machen das; wir verlängern die Straßenbahn bis Moitzfeld und bauen dort an der Autobahn einen schönen großen P+R-Platz. Das ist wunderbar. Wir haben nur ein einziges Problem, lieber Herr Bürgermeister: Ihre Bürger aus Bergisch Gladbach müssen leider in Brück aussteigen; denn für beide haben wir nicht genug Kapazitäten.

Damit sind wir also wieder bei den anderen Fragen, vor denen wir hier stehen: der Frage der Dreifachtraktion, der Frage, wie wir mehr Kapazitäten für den ÖPNV hinbekommen, der Frage, wie wir mehr Kapazitäten für die KVB hinbekommen.

Die Entscheidungen für P+R-Plätze sind nicht immer leicht. Es tut manchmal auch weh, solche Flächen auszuweisen. Wir haben als FDP zum Beispiel den Antrag gestellt, den P+R-Platz am Bahnhof Rodenkirchen zu erweitern, weil dort schon frühmorgens kein Platz mehr zu finden ist, sodass sich die Pkws dann in die Nachbarstraßen verteilen und die Leute am Ende doch mit dem Auto in die Stadt fahren, wenn sie keinen Parkplatz bekommen. Leider ist der Antrag, dort eine Parkpalette zu errichten, damals abgelehnt worden.

Wir haben zwei Initiativen in Vorbereitung, die wir - möglicherweise mit den Kolleginnen und Kollegen zusammen - in den nächsten Verkehrsausschuss einbringen wollen. Zum einen ist am Bayer-Werk, also in Flittard/Stammheim, eine Fläche privatisiert und eingezäunt worden, die

vorher zum Umsteigen in die S-Bahn genutzt wurde. Da gilt es, eine Ersatzfläche zu schaffen. Zum anderen reichen auch im Bereich Königsforst die Kapazitäten nicht aus.

Wie gesagt, tut es manchmal weh, solche Flächen auszuweisen. Wir haben zum Beispiel an der Luxemburger Straße eine sehr attraktive ÖPNV-Verbindung. Spätestens nach Fertigstellung der Unterführung unter dem Militärring fährt die KVB dann im Fünfminutentakt bis nach Hürth. Dort liegt die Abfahrt der A 4 direkt vor der Tür. Auch an solchen Stellen müssen wir schauen, wie wir P+R-Flächen anbieten können, weil es natürlich nicht sein kann, dass sich die Pendler dann in Klettenberg in den Anwohnerstraßen die entsprechenden Parkplätze suchen.

Das ist das Ziel dieses Antrags, den wir hier heute gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen einbringen. Es geht darum, sich hier Gedanken zu machen, um das Netz der P+R-Flächen zu erweitern.

Leider ist der Änderungsantrag der SPD nicht zielführend. Mit dem Thema "Wohnungsbau und Überdachungen" überfrachtet er das Ganze einfach. Die Standorte von P+R-Flächen in Köln, die wir alle vor Augen haben, die es schon gibt oder die dafür infrage kommen, sind auch wenig geeignet für eine Überbauung durch Wohnungsbau oder Geschäftsbauten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen hat das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen diese sinnvolle Initiative, die wunderbar in den Verkehrsausschuss gehört hätte, und stimmen ihr heute zu.

Ich kann mich vielem, was von den Kollegen gesagt wurde, nur anschließen und möchte insbesondere zu der Umlandbedeutung, die Herr Michel und Herr Hammer angesprochen haben, noch etwas ausführen.

Die Sonderauswertung der neuen Zahlen von Mobilität in Deutschland für Köln hat gezeigt, dass die Kölnerinnen und Kölner die Verkehrswende betreiben. Gleichzeitig spüren wir auf den Straßen, dass es voll ist, dass sie verstopft sind und dass die Situation nicht besser wird. Nur der Kampf unter den Fahrradfahrern ist mehr gewor-



den; denn das sind in der Regel die Kölner, die umgestiegen sind.

Also müssen wir - das ist vollkommen richtig so, wie Herr Michel es gesagt hat - die Region mitdenken; denn drei Viertel Menschen aus der Region nutzen den Umweltverbund eben nicht, sondern kommen mit dem Auto. An dieser Stelle müssen wir attraktive Angebote machen. Deswegen geben wir diesem Antrag heute unsere Zustimmung.

Das heißt aber nicht, dass man einen guten Antrag nicht noch besser machen könnte. Da möchte ich direkt auf den Kollegen Sterck eingehen, der an dieser Stelle einfach nicht zielgenau argumentiert hat. Denn es ist nun einmal so, dass wir heute viel zu wenige P+R-Anlagen haben. Wenn man dieses Wort benutzt, hat man natürlich ein Bild von diesen Riesen-Mega-Tankern im Kopf. Wir haben aber auch kleinere Anlagen. Ich erinnere einmal an Dellbrück. Dort ist darüber noch Platz.

Die Vision muss doch eigentlich sein, dass wir möglichst an jeder Stelle am Stadtrand eine Umsteigemöglichkeit haben, damit die Region umsteigt. Daher werden wir nicht über vier oder fünf große Tanker reden müssen, die wir bauen müssen. Vielmehr müssen wir eine Strategie aufsetzen, wie wir mittel- und langfristig an jeder Stelle des Standrands ein anständiges Umsteigesystem schaffen. Die Debatte um Mobilitäts-Hubs wird ja aktuell geführt; dieses Trendwort ist gerade in aller Munde.

Deswegen müssen wir ganz deutlich machen: Wenn wir an eine solche kleinteilige, dezentrale Lösung herangehen, müssen wir uns in der Politik aufgrund der knappen Flächen auch den zentralen Herausforderungen dieser Stadt stellen und können nicht einfach eine Fläche nur für ein Thema reservieren. Und die Schaffung von Wohnraum ist die zentrale Zukunftsherausforderung dieser Stadt. Das haben wir oft genug diskutiert. Für die SPD-Fraktion ist es das zentrale Anliegen, Wohnen bezahlbar zu machen.

Daher müssen wir uns an jeder Stelle in der integrierten Planung fragen, wie wir dieses Ziel erreichen können. In der Flächendiskussion brauchen wir dann kreative Lösungen. Deswegen haben wir auch - da sind wir ja gar nicht so weit auseinander - gemeinsam beschlossen, dass die Stadtverwaltung auf Besitzer von Kundenparkplätzen zugehen soll, um eine Überbauung nach dem Münchener Beispiel möglich zu machen.

Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie sich hier derart dagegen sperren.

In Richtung des Kollegen Hammer füge ich hinzu: Eigentlich war das Feedback aus der Fachabteilung der Fraktion positiv. Man hat gesagt: eine ganz gute Initiative; könnten wir machen; ist aber im Koalitionsausschuss gescheitert. - Deswegen finde ich es ein bisschen schwierig, das hier als sachlich nicht richtige Lösung abzutun.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Haben die denn einen Koalitionsausschuss?)

- Nach allem, was man hört, reden die noch miteinander, ja.

(Christoph Klausing [CDU]: Du redest auch ganz schön viel!)

Aufgabe ist es ja, idealerweise heute direkt einen Sowieso-Beschluss noch einmal umfassend in Erinnerung zu rufen. Ich möchte da noch einmal die Worte des Kollegen Michel aufgreifen, der gesagt hat: Diese Plätze brauchen auch ein gutes Design; ein solcher Park-and-ride-Parkplatz muss auch ein lebendiger Ort sein. - Dafür sind eine Kita und Wohnungsbau genau der richtige Ansatz, um eine Belebung hinzubekommen.

Deswegen sage ich: Schade, dass Ihr neuer Politikstil mal wieder keinen Eingang in Ihre Beratungsdisziplin im Stadtrat findet - wirklich schade.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein hat das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag hat die Intention, mehr Menschen vom Auto in die Bahn und aufs Rad zu bringen. Deswegen findet er hier auch unsere Unterstützung.

Wir müssen uns den Antrag aber ein bisschen genauer angucken. Sie fordern darin, dass nachgeforscht wird, wo in der Region Park-andride-Plätze und auch Mobilitätsstationen neu errichtet werden können. Ich möchte darauf hinweisen, dass der NVR, der Nahverkehr Rheinland, gerade im Moment dabei ist, eine solche Studie zu erstellen.

Daher wundert es schon ein bisschen, dass das jetzt hier wieder mit einem Antrag eingebracht werden muss. Es drängt sich ein wenig der Ver-



dacht auf, dass Jamaika nicht die richtigen Themen hat, um neue Dinge einzubringen, sondern immer wieder Sachen beschließen lässt - wir hatten das ja in der letzten Ratssitzung auch schon -, die schon beschlossen sind bzw. die schon laufen.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Nichtsdestotrotz bietet der Antrag meiner Meinung nach den einen oder anderen Ansatz, bei dem man noch einmal ein bisschen nachbohren muss. Wir haben hier ja Kolleginnen und Kollegen, die zugleich im NVR sind. Sie würde ich bitten, diese Anliegen, die wir hier in Köln dringend voranbringen müssen, dort auch tatsächlich einmal zu thematisieren.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Stadtbezirk, in dem es nicht ein einziges Carsharing-Fahrzeug gibt, geschweige denn eine Mobilitätsstation. Das ist Chorweiler. Ich möchte diejenigen bitten, die im NVR mit ihren Fraktionen die Mehrheit haben, endlich einmal im Konkreten etwas dafür zu tun, dass sich da etwas ändert, anstatt hier immer wieder Anträge vorzulegen, mit denen wir beschlossene Sachen noch einmal beschließen.

> (Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Lieber Herr Michel, lieber Herr Hammer, Sie beide sitzen im VRS und haben da auch wesentlichen Einfluss.

(Zuruf)

- Ja, mit Ihren Fraktionen haben Sie beim VRS doch wesentlichen Einfluss. Ich sitze da ja als einsamer Hempel und kann nicht viel ausrichten.

> (Jörg Detjen [DIE LINKE]: Alleine, nicht als Hempel!)

- Ja, ich sitze alleine da. Ich kann mir die Sachen - - Jetzt hat mich mein Fraktionsvorsitzender aus dem Konzept gebracht. Das kläre ich nachher mit ihm.

Ich wollte eigentlich Herrn Hammer und Herrn Michel noch einmal konkret ansprechen. Wir haben in der ganzen Frage der Park-and-ride-Plätze ja nicht nur das Problem, dass wir zu wenige davon haben, sondern auch ein großes Tarifproblem, sobald wir sie ein Stück weit aus der Stadt herausbringen. Daran müssen wir herangehen. Wir können von einem Autofahrer, der sein Auto beispielsweise auf dem großen Parkplatz in Bergisch Gladbach-Duckterath abstellt und eine Station mit der S-Bahn nach Dellbrück fährt, nicht erwarten, dass er dann ein Ticket der

Preisstufe 2b lösen muss. Das sind 3,90 Euro. Jetzt kommt das Handyticket. Mit dem Handyticket sind es 3,68 Euro. Das ist auch noch viel zu teuer. Daran müssen wir herangehen. Wir müssen bei den Tickets eine Tarifharmonie an den Stadtgrenzen herstellen.

Ich möchte Sie bitten: Kämpfen Sie dafür, und stellen Sie hier nicht so viele Schauanträge zu Dingen, die schon beschlossen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt noch ganz kurz zu dem Änderungsantrag der SPD: Das Kernthema ist richtig. Wenn wir irgendwo Fläche versiegeln, sei es für Parkplätze oder für sonst etwas, müssen wir immer mit überlegen, ob es machbar ist, diese Fläche sehr intensiv zu nutzen - und "sehr intensiv zu nutzen" heißt in Köln auch immer: mit Wohnbau zu nutzen. Daher finden wir den Gedanken richtig und würden den Antrag unterstützen.

Wir haben eigentlich nicht die Befürchtung - -Oder umgekehrt gesprochen: Wir haben schon das Vertrauen in die Planung, sowohl in die städtische als auch in die regionale Planung, dass man genau überlegt, welche Kapazitäten wir für die Autos brauchen. Dann können wir noch einmal nachrechnen, was für die eine oder andere Wohnung on top noch übrig bleibt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir zum Tagesordnungspunkt 3.1.1 abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Gruppe BUNT abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen GUT und BUNT, DIE LINKE, Herr Wortmann und die AfD. Gegenstimmen? -Von Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion und FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt rufe ich den Ursprungsantrag von CDU, Grünen und FDP auf. Wer ihm zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. -Das sind die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die FDP, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppe BUNT - und die SPD. Sie sind aber irgendwie sehr unbeteiligt. Dann erwarte ich schon, dass Sie sich deutlich melden.

(Zuruf von der SPD)



- Ja, es ist schön, wenn Sie das tun. Ich kann das in dieser Perspektive leider nicht erkennen. Ein Weitwinkelobjektiv habe ich nicht. - Ich freue mich sehr darüber, dass das so einvernehmlich ist. Dann kann ich nur noch mal sagen --

42. Sitzung vom 27. September 2018

(Zuruf von der LINKEN)

- Ja, die LINKEN habe ich gesehen. Das habe ich auch gesagt. - Dann frage ich: Gibt es noch Enthaltungen? Könnte es noch Enthaltungen geben? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diesem Antrag zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betr. "Freier Eintritt in die städtischen Museen" AN/1339/2018

> Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der **Gruppe GUT** AN/1365/2018

Das Wort hat Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Man kann unseren Antrag, den SPD, LINKE und die Ratsgruppe BUNT gestellt haben, unter fiskalischen Aspekten diskutieren und fragen: Woher soll das Geld kommen?

Als ich am Mittwoch den Kölner Stadt-Anzeiger las, habe ich sofort zwei Zitate von Herrn Dr. Elster und von Herrn Frank wahrnehmen müssen. Der eine sagt: Wir haben keinen Bedarf. - Und der andere sagt: Woher soll das Geld kommen? Es ist noch nicht einmal eine seriöse Finanzierung gemacht worden.

Herr Frank, Sie wissen, die Kulturförderabgabe ist dafür das geeignete Instrument, -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht die Regelförderung!)

- und wir gehen genau in diese Richtung. Wenn Sie den Antrag richtig lesen: Wir haben Prüfung deutlich gemacht. Wir beurteilen unseren Antrag aber nicht aus der fiskalischen Perspektive - die nehmen wir sehr ernst -, sondern aus Sicht der gesellschaftlichen Teilhabe. Das ist eine grundsätzliche Frage, die wir auch hier im Rat als Aufgabe erörtern müssen.

Umso erstaunter war ich, als ich heute Morgen den Änderungsantrag - ich glaube, er ist erst heute Morgen gekommen - gesehen habe: Siehst du, es geht doch, man ist lernfähig! Und ich freue mich umso mehr, dass man lernfähig ist, weil die SPD, die LINKE und die Ratsgruppe BUNT einen Antrag gestellt haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP - Zuruf von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Ganz plötzlich dreht sich diese Haltung, möglicherweise aus einer politischen Arithmetik heraus - das mag sein -, aber in der Sache sehe ich jedenfalls eine große Übereinstimmung, auch wenn ich so vermessen bin und sage: Unser Antrag ist der bessere, weil er der weitergehendere und der grundsätzlichere ist und weil er nicht auf halber Strecke haltmacht.

Ich gestehe aber gern zu, dass der Absatz c. jedenfalls schon ein wichtiger Fortschritt ist und wir auch im Jahre 2019 über die Erfahrungen sehr intensiv diskutieren werden, wie es weitergeht. Denn wenn man sich den jährlichen Museumsbericht anschaut, in dem alle Museen bundesweit nach ihren Entwicklungen befragt wurden, dann wird man in dem letzten von 2017 feststellen: Die Stadt Köln ist in dieser Frage längst nicht vorn. Es gibt viele andere, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, Teilhabe zu ermöglichen, und das auch über einen eintrittsfreien Besuch.

Ich kann durchaus dem Änderungsantrag Respekt zollen, und ich sage gleich, dass wir diesem Antrag zustimmen werden. Wir haben überlegt, ob wir Änderungsvorschläge machen. Da aber unser Antrag grundsätzlicher Art ist, wäre die Folge gewesen, dass wir glauben, dass unsere grundsätzliche Haltung in dieser kurzen Zeit nicht mehr so verhandelbar gewesen wäre. Ich würde mich aber freuen, wenn auf der Grundlage beider Anträge im Kulturausschuss in naher Zukunft eine Perspektive gefunden wird. Denn betrachtet man die derzeitige Debatte um die Zukunft der Museen in Deutschland, so kommt man nicht darum herum, man stolpert immer über die Frage der Eintrittspreise und man stolpert immer über die Frage: Was sind Museen? - Wir können aber nicht sagen, dass Museen Orte der Bildung und Orte der Begegnung sind, und dann sagen: aber nicht für alle, nur für diejenigen, die zahlen können.

Es ist nicht richtig, nur allein auf Köln-Pass-Inhaber zu schauen. Wir haben eine Vielzahl von Menschen, die nicht an unseren Bildungsperspektiven teilnimmt.



(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

42. Sitzung vom 27. September 2018

Wir haben eine Vielzahl von Menschen, die eben über dieses Geld nicht das Museum besuchen kann. Natürlich gibt es welche, die es auch gar nicht wollen; darum geht es uns nicht. Es geht darum, dass wir das, was wir alle sagen, dass Kultur ein Lebenselixier ist - jeder von uns sagt das -, einbauen.

Ich sage noch einmal: Museen brauchen eine neue Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern. Das müssen wir ernst nehmen. Wir müssen auch deutlich sagen, dass unser Antrag nicht darauf abzielt, dass das fehlende Eintrittsgeld den Museen abgezogen wird, sondern wir müssen dieses Geld ausgleichen.

Sie sehen, wenn Sie genau hinschauen, dass dort, wo der Versuch unternommen worden ist, sich die Zahl der Besucherinnen und Besucher mehr als verdoppelt hat: Lehmbruck-Museum in Duisburg, die Museen in Dortmund, die Museen in Frankfurt, das Beyeler-Museum in Basel. Sie können überall schauen: Es kommen mehr Menschen, und es kommen auch andere Menschen als nur Menschen aus dem Bildungsbürgertum, die sozusagen permanent - jedenfalls in weiten Teilen - gehen.

Deswegen bitten wir um Zustimmung, aber wir bitten gleichzeitig darum, die politische Arithmetik nicht aus den Augen zu verlieren. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen und hoffen, dass wir dann im Kulturausschuss intensive Debatten darüber führen, wie wir Ihren Antrag weiterführen und am Ende dann auch für viele Menschen in Köln tragfähiger machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen hat das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen hier im Saal! Liebe Zuschauer auf der Tribüne! Eigentlich hatte ich von CDU, Grünen, FDP und der Ratsgruppe GUT mit einem Änderungsantrag als Tischvorlage gerechnet, sodass man keine Möglichkeit mehr hat, darauf zu reagieren. Aber nein, dieses Mal gab es schon dreieinhalb Stunden vorher den Antrag, sodass man tatsächlich auch Stellung nehmen kann.

Im ersten Punkt übernehmen Sie den Antrag der Bonner Linksfraktion. Herzlichen Dank.

(Zuruf: Oh!)

- Ja, es ist so.

Die Erweiterung auf die Sonderausstellung sehen wir als ersten Schritt in die richtige Richtung, auch wenn die Museumsdirektoren Sorge haben, dass damit die ständigen Ausstellungen hinten herunterfallen.

Punkt 3 steht ähnlich auch in unserem Antrag, aber im Gesamten springen Sie mit Ihrem Änderungsantrag leider auch wie die Bonner zu kurz. Deshalb wollen wir tatsächlich Veränderung und Öffnung für die Menschen in unserer Stadt. Darum freue ich mich, dass wir zusammen mit der SPD und der Gruppe BUNT diesen Antrag zum kostenfreien Eintritt in die städtischen Museen gestellt haben - so, wie er jetzt eben vorliegt.

Wir reden häufig über die Menschen, die sich mit Kultur schwertun. Nein, das tun sie nicht. Häufig können sie sich Kultur einfach nicht leisten. Ja, wir haben den Köln-Tag - einmal im Monat. Sind Sie an dem Tag krank oder ist Elternabend für Ihren Sprössling in der Schule, haben Sie Pech gehabt für den Monat. Schade!

Nachdem unser Antrag eingestellt wurde, musste ich in der Presse lesen, dass der kulturpolitische Sprecher der CDU, Herr Elster - sehen Sie, von daher ist es ganz gut, dass Sie erst nach mir sprechen -, keinen Bedarf sehe. Sie können ja auch - wie alle Ratsmitglieder - jederzeit kostenfrei in die städtischen Museen. Darum dürfen Sie Ihren persönlichen Bedarf nicht auf die Menschen übertragen, die auch gern kostenfrei ins Museum gehen möchten.

Letzten Sonntag war kostenfreier Eintritt im Wallraf-Richartz-Museum. Trotz Regens waren viele Menschen da. Sie habe ich leider nicht gesehen.

Herr Frank behauptet in der Presse, dass Mäzene und Fördervereine für die Kosten der Museen in Großbritannien und in den USA aufkämen. Großbritannien sieht es als Bildungsaufgabe an und finanziert es aus dem Haushalt. In den USA stehen in der Tat viele Mäzene hinter solchen Bildungsaufträgen. Hier in Köln ist es genauso: Fast jede Ratssitzung beginnt mit Schenkungen an die städtischen Museen, und die Spender wollen auch im Rahmen der Wertschätzung, dass ihre Schenkungen in der ständigen Ausstellung zu sehen sind. Für das Depot sind die Kunstwerke schlichtweg zu wertvoll.

Jetzt werden Sie natürlich noch einmal argumentieren: Personal! Welches Personal? Die Bewachung wurde schon vor Jahren ausgegliedert.



Sie werden aus dem Budget der Museen bezahlt, genauso, als ob sie städtische Mitarbeiter wären. An der Kasse sitzen meistens Mitglieder des Fördervereins, die ehrenamtlich die Museen unterstützen.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Die Einnahmen durch die Eintrittspreise sind nicht sonderlich hoch. Die Beantwortung der Verwaltung auf eine Anfrage - damals noch Piraten - konnte noch nicht einmal differenzieren zwischen ständiger und Sonderausstellung und kam auf gut 3,2 Millionen Euro. Das sind für zehn städtische Museen - inklusive Wallraff und Archäologische Zone, die zukünftige MIQUA gerade einmal 320 000 Euro. Klar muss das aufgefangen werden. Die Gegenfinanzierung wird, worauf Herr Schäfer schon hingewiesen hat, aus der Kulturförderabgabe bezahlt. Denn, wie auf der städtischen Seite unter "Häufig gestellte Fragen" zum Beispiel steht: "Wofür wird die Kulturförderabgabe verwendet?" - ich zitiere -:

Die zu erwartenden Einnahmen aus der Kulturförderabgabe in Höhe von ca. 7 Millionen Euro jährlich fließen - praktisch als .Gegenleistung' - in die Bereiche Kultur, Bildung und Tourismus, ohne dass hierzu eine Verpflichtung aus der Abgabe heraus besteht. Die Verwendungsziele entsprechen damit dem Namen, den man mit einer solchen Abgabe verbindet.

Damit wäre auch die Gegenfinanzierung geklärt. Im Übrigen: Die Kulturförderabgabe nimmt circa 10,5 Millionen ein. Daraus kann man so etwas gut finanzieren.

Jetzt sehe ich, dass mir die Zeit etwas wegläuft. Ich habe hier noch ein wunderbares Zitat von Frau Pfeiffer-Pönsgen; damals war sie Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder. Sie hat in einem Interview der Süddeutschen Zeitung gesagt:

Wenn man das Museum im positiven Sinne als Bildungsangebot und als Erweiterung des Horizontes betrachtet, dann kann man nur sagen: Es funktioniert fantastisch, wenn der Eintritt frei

Jetzt überspringe ich eine ganze Ecke, weil meine Zeit eigentlich schon herum ist.

Das Museum würde als Ort geöffnet wie in England, wo die Leute in der Mittagspause ins Museum gehen oder sich nur ein Kunstwerk anschauen. So könnte man das Erlebnis eines Museums viel unkomplizierter in sein alltägliches Leben einbauen.

Zitat Ende.

Genau das wollen wir: mal eben ins Museum gehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gerlach hat das Wort.

Lisa Hanna Gerlach (Ratsgruppe BUNT): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und im Stream! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Als wir am 31.08.2016 unsere Anfrage nach freiem und freiwilligem Eintritt in die städtischen Museen stellten, mussten wir anderthalb Jahre auf eine Antwort der Verwaltung warten. Die Verwaltung konnten wir zwar bisher noch nicht überzeugen, aber die Kolleginnen und Kollegen der SPD und LINKEN trieben den Gedanken kostenfreier städtischer Museen

Die finanziellen Einbußen wären übrigens ganz überschaubar. Kein städtisches Museum trägt sich hier in Köln selbst. Insbesondere drei Häuser sind auf hohe Subventionen angewiesen. Dabei handelt es sich um das Rautenstrauch-Joest-Museum mit 143 Euro Zuschuss pro Besucher, das Museum für Ostasiatische Kunst mit 67 Euro sowie das Museum Schnütgen mit 60 Euro Zuschuss pro Person. Da haben Kassenhäuschen und Eintrittspreise doch eigentlich einen eher dekorativen Charakter.

Die SPD fordert zurzeit auch im Landtag den freien Eintritt in NRW, die LINKEN schon länger in anderen Kommunen. Uns Antragsteller eint der Glaube, dass die allgemeine Bildung der Bevölkerung und die Präsentation unseres menschlichen kulturellen Erbes ein dermaßen öffentliches Anliegen ist, dass jede Maßnahme, die mehr Menschen in die Museen bringt, vorangetrieben werden muss. Also erfüllen wir bitte unseren kommunalen Bildungsauftrag. Er gilt schließlich auch außerhalb der Schulen, Berufsschulen und Hochschulen. Angebote sollten sich verstärkt an weniger finanzkräftige Bevölkerungsgruppen oder Migrantinnen oder Migranten richten, an Jugendliche, an Kinder, Senioren usw.



Viele Studien belegen, dass die soeben genannten Gruppen sehr wenig an kulturellen Angeboten teilhaben. Die Zugehörigkeit zu einer Einkommensklasse oder eine Zuwanderungsgeschichte mag nicht für jeden Einzelnen bestimmen, wie frei er sich in der Museumslandschaft bewegt, aber die Kennzahlen zeigen doch immer wieder einen sehr, sehr starken Zusammenhang.

Komplette Kostenfreiheit ist niedrigschwellig im besten Sinne. Einfachheit ist manchmal smart. Aber wieso sollte nicht jemand, der sich um Geld nicht so viel Sorgen machen muss, einfach freiwillig einen Beitrag im Museum zahlen können? Es gibt viele Bürgerinnen und Bürger, die unser kulturelles Angebot, unsere Museen und die öffentlichen Möglichkeiten, einen Blick in das gesamte Wissen der Menschheit zu werfen, wertschätzen - so sehr, dass sie liebend gern vor Ort eine Anerkennung in Geld geben würden. Sie empfinden es vielleicht auch als eine sehr angemessene Art, sich an den kulturellen Gütern unserer Gesellschaft zu beteiligen und ihren Dank dafür auszusprechen, was ihnen aufbereitet und dargeboten wird.

Ich kann Ihnen sagen: Mir geht es ähnlich. Ich mag mir nichts schenken lassen, zumal, wenn ich es gar nicht nötig habe. Darum bin ich froh, dass wir uns zumindest in Punkt 1 einigen konnten, dass wir die Prüfung des "Zahl, was es dir wert ist"-Konzepts für die Sonderausstellungen in den Antrag aufgenommen haben.

Wir gehen mit der Forderung nach genereller Kostenfreiheit d'accord; das ist strategisch sinnvoll. Sinnvoller erscheint uns aber die Ergänzung durch ein "Zahl, was es dir wert ist"-Modell. Das hatten wir in der Vergangenheit schon vorgeschlagen. Herr Professor Schäfer erwähnte, dass sich die Besucherzahlen steigern lassen. Er erwähnte aber nicht, dass die Museen, die mit "Zahl, was es dir wert ist" verfahren sind, fast die gleichen Einnahmen oder höhere als vorher hatten, obwohl sie eben gar keine Eintrittskarten mehr verkauft haben.

Das wäre sympathisch, einfach und unkompliziert, es stellt einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit dar, und es gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, direkt Feedback zu geben für das, was ihnen die Museen zu bieten haben.

Die Haltung der Rezipienten zur Ausstellung gibt den Museen außerdem Zahlen an die Hand, mit denen sie ihre Arbeit evaluieren können. Wie viel hinterher im Topf liegt, zeigt, wie begeistert die Zuschauer gewesen sind.

Noch wichtiger jedoch scheint uns, dass dieses Modell den Bedürfnissen der Besucherinnen und Besucher nach einer Form der Wertschätzung entgegenkommt. Es wäre eine Art Mäzenatentum der Crowd, wobei die Beteiligungshöhe selbst gewählt wird. Dabei sind auch geringe Einkommen inkludiert.

Durch ein "Zahl, was es dir wert ist"-Modell rechnen wir sogar fest mit größerem Interesse, reflektierter Wahrnehmung und höheren Besucherzahlen, und das, meine Damen und Herren, war doch am Anfang der Sinn der ganzen Übung.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der CDU, den Grünen, der FDP und GUT, euer Antrag ist nicht Fisch und nicht Fleisch. Der Änderungsantrag verschleiert, dass es sich nicht um einen mutigen Schritt hin zum freien Eintritt für Museen handelt. Dazu konntet ihr euch leider nicht durchringen, das ist schade. Es ist aber ein zaghafter Schritt in die richtige Richtung. Wir stimmen eurem Änderungsantrag daher zu. - Danke schön.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte jetzt Herrn Dr. Elster um seinen Wortbeitrag.

Dr. Ralf Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank.

Meine Damen und Herren! Nicht Fisch, nicht Fleisch - das haben wir gerade gehört - sei unser Änderungsantrag. Ich muss ganz ehrlich sagen: Sie beantragen mit Ihrem Antrag, den Sie gemeinsam mit SPD und LINKEN hier stellen, das, was heute schon da ist. Sie beantragen freien Eintritt in die ständige Sammlung. Jeder Kölner hat die Möglichkeit, an jedem ersten Donnerstag, dem Köln-Tag, kostenfrei ins Museum zu gehen. Alle Kinder und Jugendlichen haben bis zum Alter von 18 Jahren die Möglichkeit, kostenfrei ins Museum zu gehen. Wir haben darüber hinaus auch noch den Geburtstag eingeführt. Das heißt, jeder Kölner - egal, welches Einkommen er hat kann mindestens an 13 Tagen im Jahr kostenfrei ins Kölner Museum gehen und sich die ständige Sammlung anschauen. Deswegen ist der Bedarf - so bin ich bitte schön zu verstehen -, die ständigen Sammlungen endlich den Kölnerinnen und Kölnern zurückzugeben, Legendenbildung, meine Damen und Herren. Lieber Professor Schäfer. das haben wir schon längst gemacht. Das ist alles längst beschlossen worden.



(Beifall bei der CDU)

Was aber gut ist an dem Antrag - das muss man sagen -, ist Folgendes: Wir sprechen zum ersten Mal seit langer, langer Zeit wieder über die Strategie der Museumslandschaft. Wann haben wir das das letzte Mal hier im Kölner Rat gemacht? Weiß das noch jemand? - Viele wissen das nicht mehr. Das war nämlich 2012. Das war 2012, als wir über die Evaluationsergebnisse der eigentumsähnlichen Organisationsformen vom Wallraf-Richartz-Museum geredet haben. Das ist also schon sechs Jahre her.

Dann haben wir noch einmal ein Jahr später über eine BCG-Studie in der Presse diskutiert. Die Studie hat allerdings nie das Licht der Welt offiziell erblickt und ist nie hier im Rat vorgestellt worden, aber es wurde zumindest einmal strategisch das eine oder andere Thema dort genannt. Ob man das jetzt gut findet oder nicht - eigentlich ist seit fünf Jahren zum Thema Strategie hier nichts mehr passiert.

Man kann nicht sagen, dass es der Kölner Museumslandschaft gut ginge. Ich erinnere an die Debatte zum RGM und zu dem Interim. Ich erinnere an das Rautenstrauch-Joest-Museum, das in den letzten Jahren immer wieder teilgeschlossen werden musste, weil Wartungsarbeiten oder Brandschutz durchzuführen waren. Ich erinnere an das Stadtmuseum, das im Augenblick teilgeschlossen ist, wo wir seit Wochen darauf warten, dass wir endlich wissen, wie es im Stadtmuseum weitergehen soll usw. usf. Beim Wallraf-Richartz-Museum ist der Anbau nicht erfolgt.

Es gibt viele Themen, die notwendig diskutiert werden müssen. Deswegen bin ich unglaublich froh darüber, dass die Verwaltung mit dem Stellenplan und mit dem diesjährigen Haushalt dieses Thema endlich angepackt hat. Die Oberbürgermeisterin hat gerade bei den Museen strategisch wichtige Stellen zugesetzt, um die Strategie der Museumslandschaft hier in Köln weiterzuentwickeln. Das ist ein wichtiges Zeichen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch wichtig, dass die Politik sich dieses Themas annimmt, lieber Professor Schäfer. Wir hatten bei unseren internen Haushaltsplanberatungen das Thema, insbesondere Sonderausstellungen, schon mehrfach in unserer Fraktion diskutiert. Von daher ist es gut, dass Sie das Thema jetzt vor den eigentlichen Haushaltsplanberatungen hier auf die Tagesordnung setzen, allerdings wäre es nett gewesen, wenn Sie auch

ein Preisschild drangehängt hätten und uns gesagt hätten, wie Sie es finanzieren wollen.

(Michael Frenzel [SPD]: Das haben wir doch gemacht!)

- Das haben Sie leider vergessen. Das haben Sie leider vergessen aufzuführen. Von daher war die Bemerkung von Jörg Frank in der Presse völlig richtig: Es muss auch irgendwie gegenfinanziert werden.

Deswegen ist unser Antrag an dieser Stelle komplett. Er macht nämlich einen Finanzierungsvorschlag. Wir sollten das in den Haushaltsplanberatungen so beschließen. Deswegen gilt dieser Beschluss heute nur vorbehaltlich unserer Haushaltssatzung, die wir auf der nächsten Ratssitzung beschließen.

Wir möchten uns konsequenterweise weiterentwickeln und den Museen mehr Spielraum geben, und das ist eben die Öffnung der freien Eintritte für alle Kölnerinnen und Kölner für die Wechselausstellungen; denn das ist das, wo die Museen jetzt noch ein bisschen Musik haben und sich weiterentwickeln können. Das ist im Prinzip ein deutlich weitergehender Antrag, als Sie es eingebracht haben.

Das, was auch wichtig ist, ist, dass wir gemeinsam mit der Verwaltung Zahlen, Daten, Fakten erheben wollen für das nächste Haushaltsjahr, damit wir perspektivisch überlegen können, ob wir auf diesem Weg weitermachen oder nicht.

Deswegen bitten wir Sie alle recht herzlich um Zustimmung zu diesem weitergehenden Antrag, der konsequenterweise, weil er unterjährig gefasst wird, auch einen Deckungsvorschlag enthält. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ralph Elster (CDU): Natürlich. Immer gern. Frau Stahlhofen, ich habe noch 20 Sekunden.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Sie haben noch 20 Sekunden - wunderbar.

Haben Sie eigentlich mal mit den Museumsdirektoren darüber gesprochen, wie sie das Verhältnis



zu Sonderausstellungen und ständiger Ausstellung sehen?

Dr. Ralph Elster (CDU): Auch wenn ich letzte Woche Sonntag meinen Tag anders verbringen musste als Sie und nicht mit Ihnen gemeinsam im WAM sein konnte, spreche ich trotzdem regelmäßig natürlich mit den Museumsdirektoren.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich fange mal ein bisschen anders an als mein Vorredner, auch wenn es um denselben Antrag geht.

Im Prinzip habe ich den Eindruck, es geht uns allen um denselben Antrag, nur die Frage der Ausgestaltung scheint unterschiedlich zu sein. Ich würde sagen, die Überschrift ist: "Wir setzen Teilhabe um!" Und wir schauen mal, auf welche Weise wir das am besten hinkriegen.

Ich freue mich über den Antrag, über den Änderungsantrag und darüber, dass wir das Thema überhaupt heute hier in der Sitzung diskutieren. Es ist ein Thema, das wir in der Fraktion schon lange diskutiert haben - die anderen Fraktionen auch, wie ich gehört habe -, und es ist ein Thema, das auf einen Anspruch reagiert, den wir schon sehr lange umsetzen wollen. Das Thema scheint in der Luft zu liegen, das haben wir auch gerade mitbekommen; denn während wir in unseren internen Hpl.-Beratungen unsere Vorstellungen zum Thema bereits beraten haben, die sich in unserem Antrag heute niederschlagen, erschien der Antrag der antragstellenden Parteien SPD, LINKE und BUNT auf der Tagesordnung.

Es ist auch nicht so, wie Herr Damm im Stadt-Anzeiger geschrieben hat, dass Grüne gegen freien Eintritt in den Museen sind. Das war von der Überschrift her nicht das, was wir eigentlich verfolgen und was die Intention von uns und unserer Fraktion ist.

Vielmehr ist es so, dass wir den vorliegenden Antrag von SPD, LINKE und BUNT jetzt und heute konkretisieren wollen. Wir haben ihn etwas erweitert, und vor allem haben wir uns um die Finanzierung gekümmert. Auch wenn Sie von der

SPD jetzt behaupten, dass Sie das auch getan hätten, in Ihrem Antrag steht kein einziger Satz, kein einziges Wörtchen, was die Finanzierung dieses Antrages behandelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Sie haben es jetzt gesagt, aber wir haben, wie gesagt, in unserem Antrag stehen, woher wir die Finanzierung zunächst einmal nehmen wollen. Somit steht einer direkten Umsetzung zum 01.01.2019 nichts im Wege - dadurch, dass wir das mit behandelt haben. Ich finde, das ist das, was unseren Antrag auszeichnet.

Wenn Sie unseren Antrag lesen - was Sie gemacht haben, wie ich gehört habe -, können Sie feststellen, dass wir ein mehrstufiges Verfahren anstreben. Ausgangspunkt war für uns ein Missstand, nämlich der Missstand, dass Schülerinnen und Schüler in den Sonderausstellungen der städtischen Museen im Regelfall Eintrittsgelder zahlen müssen. Das hat mit unserem Verständnis von kultureller Bildung nichts zu tun. Ich kenne es aus eigener Erfahrung: Ein Ausflug einer Schulklasse in eine Sonderausstellung sollte nicht daran scheitern, dass er für die Klasse eine zu hohe finanzielle Belastung darstellt, was zumindest in Stadtteilen wie Köln-Mülheim der Fall ist und was ich schon erlebt habe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

So gesehen reicht es uns nicht, Schüler nur in die Dauerausstellung zu schicken. Dass die Museen ein Ort für alle sind bzw. für alle werden sollen, ist Ziel des Antrags. Kunst und Kultur sollen für alle erfahrbar werden. Akteure vor Ort und Kultureinrichtungen unterschiedlichster Art sollen leichter in Beziehung gebracht werden. Es geht darum, Kunst- und Kulturorte leichter für Jugendliche und Schüler zu öffnen und ihren Weg dorthin zu ebnen, und zwar das ganze Haus und nicht nur die Dauerausstellung; denn:

Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft teilzunehmen, sich der Künste zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Wohltaten teilzuhaben.

Auch das ist ein Zitat. Auf dieses individuelle Grund- und Freiheitsrecht einigte sich nämlich die UNO 1948, also vor genau 70 Jahren, im Rahmen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Es ist bis



heute aktuell und bis heute nicht vollständig umgesetzt.

Wir setzen hier an: Wir stehen für die Realisierung der UN-Charta "Kulturelle Teilhabe als Menschenrecht". Dazu braucht es kulturfreundliche Rahmenbedingungen inklusive der Möglichkeit für alle, kulturelle und künstlerische Angebote wahrzunehmen - unabhängig vom Geldbeutel.

Ich glaube, darüber sind sich alle hier einig; denn alle haben in eine ähnliche Richtung argumentiert. Auch heute ist ein Besuch im Museum für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit. Das Recht auf kulturelle Teilhabe lässt sich manches Mal schwer umsetzen. Es ist Zeit, weitere Taten folgen zu lassen. Nach Einführung des Museumstags, der vorhin schon Erwähnung gefunden hat, und nachdem wir uns dazu entschieden haben, den freien Eintritt für Schülerinnen und Schüler und für alle Jugendlichen bis 18 Jahre in die Dauerausstellung der Museen zu ermöglichen, folgt folgerichtig heute der nächste Schritt.

Wir möchten durch unseren Antrag noch mehr Menschen die Türen der Museen öffnen. Gerade die Sonderausstellungen machen die Museen attraktiv und bunt. Es gibt eine Konzentration auf ein Thema, eine Epoche, einen Künstler, zum Beispiel derzeit im Museum Ludwig von Gabriele Münter "Malen ohne Umschweife", in der Ausstellung "Sonntag des Lebens Lifestyle im Barock" im WAM, von Andy Warhol "Pop goes Art" im Museum für Angewandte Kunst, "Doing the Document - Fotografien" oder "Skulptur der Romanik im Rheinland" im Museum Schnütgen, oder in Kürze kommt: "Geformt mit göttlichem Atem", antike Glaskunst im RGM, "Fast Fashion. Die Schattenseite der Mode" im Rautenstrauch-Joest-Museum und "KÖLN 68! Protest. Pop. Provokation" im Kölnischen Stadtmuseum.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Professor Schäfer

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, gleich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie haben ohnehin keine Zeit mehr.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Allein diese Aufzählung lässt es erahnen - wieso nur die ständigen Sammlungen für Schüler frei zugänglich sein sollen, erschließt sich nicht.

Wir beantragen daher - ich versuche, es kurz zu machen -: Schüler und Schülerinnen sollen ab 01.01.2019 freien Zutritt zu allen Sonderausstellungen erhalten, inklusive Begleitperson, ebenso Köln-Pass-Inhaberinnen und -inhaber und Kölner Geburtstagskinder.

Folgendes muss zu dem Antrag noch ergänzt werden:

Am Köln-Tag sollen auch die Sonderausstellungen geöffnet werden.

Es soll darüber hinaus geprüft werden, welche Effekte die erweiterten Öffnungszeiten haben könnten.

Bis Mitte 2019 soll darüber hinaus geprüft und dargelegt werden, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen ein vollständig freier Eintritt in die Museen gewährt werden kann. Ebenso soll die Evaluation der neu beschlossenen Maßnahmen stattfinden.

Ich sagte, wir haben das Thema bereits in den Hpl.-Beratungen beraten, und Sie sehen schon an unserem Antrag, es wird darauf hinauslaufen, dass wir selbstverständlich die Finanzierung über die KFA im politischen VN gewährleisten wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer, Sie hatten eine Zwischenfrage angemeldet.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Vielen Dank, Frau von Bülow. - Leider nehmen wir an Ihren internen Beratungen nicht teil, sonst hätten wir gewusst, dass Sie möglicherweise dies auch schon denken. Teilen Sie aber meine Auffassung, dass ohne eine Antragsinitiative von SPD, LINKE und der Ratsgruppe BUNT kein Antrag heute vorgelegen hätte zu dem Thema und damit auch kein Fortschritt erreicht wäre? Frage 1.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, Herr Professor - -



Prof. Klaus Schäfer (SPD): Moment, Moment!

Frage 2: Wenn Sie sich schon auf die Beratungen zum Grundgesetz im Jahre 1948 beziehen ich teile Ihre Einschätzung, und ich kenne das Zitat -, dann wäre es doch nur konsequent, wenn Sie unserem Antrag zustimmen; denn der Hinweis von Dr. Elster, dass schon heute freier Eintritt ist, ist doch irreführend. Es trifft doch nur für einen Teil der Menschen zu, aber doch nicht generell für alle Menschen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ralph Elster [CDU]: Für alle Kölnerinnen und Kölner!)

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Zu Frage 1: Wir hätten den Antrag nicht heute gestellt, wir hätten ihn wahrscheinlich in der nächsten Sitzung gestellt - nachdem der Haushalt verabschiedet worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Aber auch das wäre kein Hindernis gewesen, ihn zum 01.01.2019 umzusetzen, weil er dann Teil des politischen Veränderungsnachweises im Haushalt wäre.

Zu Frage 2: In der Tat, im Augenblick gibt es den freien Eintritt - abgesehen davon, dass die Schüler und Schülerinnen sowie die Jugendlichen bis 18 Jahre sowieso freien Eintritt in die Dauerausstellung haben - nur am Museumstag und am Geburtstag. Wenn Sie unseren Antrag richtig lesen, sehen Sie, dass dahinter schon der Wille steht, das zu prüfen, und natürlich auch die Idee, dass es schöner wäre, das auch umzusetzen. Aber wir haben gesagt: Step by step, und wenn Sie dem zustimmen, dann sind wir, glaube ich, auf einem guten Weg, das langfristig auch erreichen zu können. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel hat das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist, glaube ich, nach einem guten Jahr das erste kulturpolitische Thema, das hier im Stadtrat diskutiert wurde.

(Michael Frenzel [SPD]: Und wer hat es vorgetragen?) Das ist leider eine lange Zeit ohne Kultur, aber jetzt ist sie ja wieder da. Wunderbar!

Dennoch möchte ich mich, Herr Professor Schäfer, jetzt nicht auf solche kleinkarierten Spielereien oder Sandkastenspielchen nach dem Motto "Wer hat es denn zuerst eingebracht?" einlassen. Ich denke, uns eint doch alle ein Gedanke - ich möchte auch hier ausdrücklich unterstellen, dass die Oberbürgermeisterin diesen Gedanken ebenfalls teilt -, dass wir unsere Schätze, die wir in der Kulturstadt Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen haben, unseren Bürgern, unseren Bürgerinnen und natürlich auch unseren Kindern und denen, denen es wirtschaftlich nicht so gut geht, näherbringen wollen.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Ralph Elster [CDU])

Ich glaube, dieses hehre Ziel - das wird jeder hier unterschreiben wollen - verdient es nicht, in irgendwelchen Ränkespielen "Ja, wer hat es denn zuerst beantragt?" zerrissen zu werden.

Ich möchte für meine Fraktion noch zwei oder drei Punkte herausstellen, die nicht so deutlich wurden.

Erstens: Wir dürfen nicht übersehen, Frau Stahlhofen, dass wir - anders als im Vereinigten Königreich, in dem ich lange gelebt habe, und anders als in den Vereinigten Staaten, in denen ich auch schon gelebt habe - eine viel stärkere kommunale Museumsstruktur haben. Das, was Sie eben angesprochen haben, dass man mal in der Mittagspause in ein Museum geht, mag auf wenige Städte in dem UK und in den USA zutreffen, aber diese Museen sind entweder privat oder sie sind national.

Unsere Partnerstadt Liverpool hat so gut wie gar keine herausragenden kommunalen Museen. Insofern können wir die Diskussion nicht eins zu eins übertragen. Das ist eine Fußnote, die uns wichtig erscheint.

Zweitens: Wir denken, man darf hier durchaus auch mit Augenmaß herangehen. Das, was die ursprünglichen Antragsteller hier beantragen und wofür Frau von Bülow eben auch unverhohlene Sympathie durchblicken ließ, ist mir ein Tick zu viel Freibier für alle.

Wir meinen schon, man sollte zunächst prüfen, bevor man das Freibier verteilt, ob wir es uns überhaupt leisten können. Ich glaube, das ist auch ein Stück weit der Seriosität geschuldet. Insofern denke ich, dass es schon richtig ist, zu prüfen: Haben wir überhaupt das Geld?



Das nächste Stichwort, das ich geben möchte, ist Teilhabe. Natürlich, wer möchte denn gegen Teilhabe sein? Ich denke aber, man kann zumindest auch mal eine Sekunde darüber nachdenken, dass diejenigen oder derjenige, der materiell vielleicht einen Tick bessergestellt ist, sich auch an den Schätzen der Stadt Köln im Museum finanziell beteiligen kann. Ich sage also nicht von vornherein, es muss für alle - auch für die ganz Reichen - jederzeit freien Eintritt geben. Ich denke schon, man sollte maßvoll und klug auch von denen, die sich etwas leisten können, einen Obolus abverlangen können. Einfach so mit der Gießkanne - das ist mir ein Stück weit zu undifferenziert.

Last but not least: Das Thema Bildung wurde schon angesprochen, und ich selbst bin sehr stolz darauf, wenn mein zehnjähriger Sohn mit seiner Schulklasse von Longerich mit der KVB in dieses schöne Museum dahinten fährt. Das finde ich ganz toll, und ich freue mich, dass es passiert. Wir dürfen aber nicht außer Acht lassen, dass wir auch ein geändertes Freizeitverhalten haben. Ich freue mich, dass Sie sonntags im Museum sind. Ich war es nicht. Am Sonntag hat es geregnet, das war eigentlich sensationelles Kultur- und Museumswetter. Wir haben in diesem Änderungsantrag, wenn ich das richtig sehe, auch die Verlängerung der Öffnungszeiten, und ich denke, hier ist ein wesentlicher Impuls auch von den Museen zu kommen; denn ich glaube, am Ende des Tages scheitert der Museumsbesuch nicht immer am Eintritt. Ich glaube, darüber dürfte auch Einigkeit bestehen.

Die Verlängerung der Öffnungszeiten für die Museen ist eigentlich Ausdruck einer Steigerung der Attraktivität. Wenn wir diese Debatte, Herr Kollege Elster, Frau Kollegin von Bülow und Herr Kollege Schäfer, mitnehmen, wie schaffen wir es, unsere Museen attraktiver zu machen, damit die Leute auch zu den weiteren Öffnungszeiten kommen, wie schaffen wir also inhaltlich qualitativ einen Schritt nach vorn, als immer nur mit der Gießkanne zu kommen, dann wäre hier sehr viel gewonnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, meine Damen und Herren. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch. Herr Wortmann bitte. Entschuldigung!

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden keinem der beiden Anträge zustimmen, weil es auf mich, da ich an den Beratungen nicht teilnehme, wie Stückwerk wirkt.

Wir hatten im Juni zum KEP, also dem Kulturentwicklungsplan, einen ausführlichen Workshop gehabt. Im Rahmen dieses Workshops ist unter anderem - zumindest war ich in der Gruppe - das Konzept-Marketing angesprochen worden. Ich glaube, dass Sie hier empfindlich in einen Marketing-Plan eingreifen. Deswegen kann ich dem nicht zustimmen. Denn ein Pricing isoliert von den Gesamtmaßnahmen eines musealen Stadtkonzepts zu trennen, finde ich nicht richtig. Deshalb werde ich mich bei beiden Anträgen mit einem Nein verhalten. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch, Herr Dr. Elster.

Dr. Ralf Elster (CDU): Ich möchte noch einmal präzisieren, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt, dass die Formulierung eins zu eins übertragen werden soll von der heutigen ständigen Sammlung auf das Thema Wechselausstellung. Es fehlt jetzt leider - das ist irgendwie redaktionell passiert - das Thema Köln-Tag im ersten Beschlusspunkt. Der muss aber natürlich mitgedacht werden, weil er zu dem Konvolut der ständigen Sammlung dazugehört.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt frage ich als Erstes, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt, bevor ich noch einmal ansetze. - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich mich wirklich bei Ihnen für dieses eindeutige Bekenntnis zur Kultur, zu unseren Museen und auch für die lebhafte Diskussion bedanken.

Dass ein leichterer Zugang zu den Bildungs- und Begegnungsstädten der richtige Weg ist, das "Lebensmittel" - so nenne ich es immer - Kultur chancengerecht auch denjenigen näher zu vermitteln, die keinen großen Geldbeutel haben, ist auch für die Verwaltung kein Geheimnis, meine Damen und Herren. Auch wir schauen über Köln hinaus und nicht nur in unsere Partnerstädte, deswegen habe ich so eine Prüfung schon in Auftrag gegeben. Frau Laugwitz-Aulbach könnte Ihnen jetzt den Stand sagen. Wir können aber



genauso gut noch vor den Haushaltsberatungen Ihnen eine Mitteilung über das Ergebnis dieser Prüfung in die zuständigen Ausschüsse geben - je nachdem, was Sie bevorzugen. Dann haben Sie es schwarz auf weiß. Nur noch einmal vollständigkeitshalber: Anträge ohne Deckung entsprechen nicht unserer Geschäftsordnung.

Ich lasse zunächst abstimmen.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Ja, wenn Sie den Wunsch haben, kann das, was schon an Daten da ist, gern vorgetragen werden. - Frau Laugwitz-Aulbach.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ich hätte es lieber schwarz auf weiß!)

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich sage gern einige Worte zu dieser Debatte. Ich bin auch sehr erfreut darüber, dass wir es jetzt auf der Tagesordnung haben. Ich darf aber auch sagen, Herr Dr. Elster, und mich direkt an Sie wenden: Wir haben im Kulturausschuss in den letzten fünf Jahren, glaube ich, sehr viel über die Strategie und Aufstellung der Museen gesprochen. Es war immer mein Ziel, erst einmal die Grundfinanzierung sicherzustellen. Diese war vor einigen Jahren nicht da. Das haben wir gemeinsam erreicht, genauso im zweiten Schritt, dass wir die Personaldecke erhöht haben. Das ist jetzt auch erreicht worden. Ein ganz wichtiger Schritt.

Zudem habe ich Ihnen vor über einem Jahr das Leitprojekt "Museen, Menschen, Medien" vorgestellt, in dem in den nächsten vier Jahren sehr viele strategische Prozesse für die Museen auf die Beine gestellt werden. Genauso verhält es sich bei dem Leitprojekt "Kultur-Marketing". Ich denke, das, was wir heute besprechen, ist ein Teil von diesen großen Strategien, die ineinandergreifen müssen.

Es ist vollkommen richtig, was Frau Oberbürgermeisterin Reker gerade gesagt hat: Wir prüfen innerhalb der Verwaltung eine Erweiterung der Öffnungszeiten aller Museen. Wir überprüfen natürlich auch, wie wir sie vereinheitlichen und damit für den Besucher noch viel freundlicher gestalten können. Wie können wir - wenn ich mal einen Aspekt herausnehmen darf - ein Montagsangebot machen? Dafür muss sich auch ein Museum anbieten. Auch darüber denken wir nach sowie über einen freien Eintritt - in welcher Form jetzt auch immer. Das würde ich sehr be-

grüßen. Es muss aber gegenfinanziert sein, weil die Häuser jetzt gerade ihre Finanzdecke haben. Sie brauchen natürlich diese Einnahmen.

Lassen Sie mich vielleicht noch einen Satz zu diesem so verlockenden "pay what you want" sagen: Das klingt sehr gut. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir natürlich gerade bei Drittmitteleinwerbungen - die Kölner Museen machen das alles sehr erfolgreich - seriöse Finanzschätzungen haben müssen. Die brauchen wir also. Insofern können wir das "Pay what you want"-Modell prüfen, aber das muss man auch vor diesem Hintergrund sehen.

Insofern: Das Leitprojekt und die Diskussion zu den Öffnungszeiten, wenn man Kultur als einen Raum der Freiheit begreift und damit dann auch "freier Eintritt" sagt, ist sicherlich in vielen Fällen eine ganz, ganz tolle Sache und wird uns viel mehr Besucher in die Häuser führen. Das ist also eine sehr, sehr gute Initiative. Dafür danke ich auch. Wir werden das alles dezidiert prüfen und Ihnen vorlegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin und Laugwitz-Frau Aulbach. - Wenn es so ist, dass wir übereinstimmend in der Perspektive dasselbe Ziel haben, dann wäre es doch sinnvoll, wenn wir sagen, wir schieben beide Anträge in den nächsten Kulturausschuss und versuchen, eine übereinstimmende Haltung hinzubekommen, und versuchen jetzt nicht, eine Grundsatzentscheidung zu treffen. Ich glaube, das könnte uns alle bereichern gerade, weil wir natürlich auch die Verwaltung mitnehmen müssen. Es geht ja nicht darum, gegen die Verwaltung zu arbeiten. Ich verstehe Ihre beiden Darlegungen, dass wir in der Tat da durchaus auf gute Grundlagen stoßen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier gibt es einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Schäfer! Ich weiß, dass die Kulturpolitiker und -innen



sehr diskussionsfreudig sind. Das ist vielleicht auch gut so, aber wir wollen heute entscheiden. Warum? - Am 08.10. tagt der Finanzausschuss zum Haushaltsplan 2019. Das, was wir hier tun, ist eine vorbereitende Entscheidung. Wir wollen am 08.10. die Mittel bereitstellen, um dieses Projekt am 01.01.2019 zu starten - so, wie es hier dargelegt worden ist von den kulturpolitischen Sprechern, von Frau von Bülow und von Herrn Elster. Deshalb wollen wir heute und nicht irgendwann beschließen und auch nicht irgendwann diskutieren, sondern handeln.

42. Sitzung vom 27. September 2018

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): So, wie jeder andere Politikbereich diskutiert natürlich auch die Kultur gern. Das ist bei Ihnen nicht anders. Ich möchte das nur einmal deutlich sagen: Sie erwecken den Eindruck, als wenn im Ausschuss für Kultur langwierigere formale Debatten - wie auch immer - laufen. Nein! Sie können natürlich auch im Rahmen Ihrer Haushaltsberatungen - der Antrag beinhaltet dies - einen Vorbehaltsbeschluss fassen. Das schreiben Sie selbst. Diesen Vorbehaltsschluss, also Mittel bereitzuhalten für eine Entscheidung, die dann im Dezember im Rat getroffen werden kann, halte ich für durchaus demokratisch vertretbar, und ich halte es im Sinne der Sache für richtig.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich zunächst über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zuruf: Worüber?)

- Den Geschäftsordnungsantrag heute abzustimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung in den Kulturausschuss lehnen wir ab!)

- Den Antrag zu verweisen in den Kulturausschuss. Das war der erste Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Professor Schäfer. Den stelle ich zur Abstimmung.

Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, das ist Herr Wortmann, die AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abge-

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der Faktionen CDU, Grüne, FDP und Ratsgruppe GUT in der Fassung von Herrn Dr. Elster mit dem Köln-Tag in Absatz 1 abstimmen. Wir werden noch die genaue Stelle finden, Herr Dr. Els-

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die LINKE, die FDP-Fraktion, die Ratsgruppen GUT und BUNT. Enthaltungen? - Gegenstimmen? -Von AfD und Rot-Weiß.

Dann ist der Antrag so beschlossen.

Der Ursprungsantrag hat sich erledigt. Das war sozusagen ein Änderungsantrag als Ersetzungsantrag.

Ich rufe jetzt auf Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betr. "Beiträge der Stadt Köln zur Luftreinhaltung" AN/1314/2018

Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Naturschutzbund Deutschland hat im vergangenen Jahr die Luftbelastung durch ultrafeine Partikel pro Kubikmeter Luft an drei bemerkenswerten Orten aufgelistet:

Sie atmen im Wald bei sauberer Luft circa 2 000 Partikel pro Kubikmeter Luft, an einer stark befahrenen Straße ungefähr das Zehnfache, also 20 000 Partikel pro Kubikmeter Luft, und an Deck eines Kreuzfahrtschiffes trotz Seebrise 380 000 Partikel pro Kubikmeter Luft, also noch einmal Faktor 19.

Folgerichtig titelte Die Welt vor wenigen Monaten: "Das wahre Diesel-Problem liegt abseits der Straße", und zitierte aus einer speziell auf Köln ausgerichteten Studie: Wer ist der größte NOx-Verursacher in Köln? - Es ist mit 43 Prozent der Schiffsverkehr, und erst mit deutlichem Abstand mit 33 Prozent folgen dann Diesel-PKW.

Das, meine Damen und Herren, was wir in den vergangenen Wochen und Monaten in den Me-



dien, in der Öffentlichkeit, aber auch gerade hier im Rat und insbesondere von Dr. Rau und Frau Reker zum Thema Dieselfahrverbote gehört und gelesen haben, ist wirklich ein Stück aus dem Tollhaus.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Fakten: Da ist zum einen die Deutsche Umwelthilfe, ein Verein mit gerade einmal 274 Mitgliedern, aber 90 fest angestellten Mitarbeitern, mit einem Jahresbudget von über 8 Millionen Euro und Spendern wie zum Beispiel Toyota. Toyota sind diejenigen, die gegen die deutsche Dieseltechnologie seit Jahrzehnten keinen Fuß auf den Boden bekom-

Dann interviewt die Tagesschau Herrn Jürgen Resch, den Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe - im Hintergrund eingeblendet der Reichstag, ganz so, als ob er ein Volksvertreter wäre. Das ist Herr Resch mitnichten. Er vertritt einen Abmahnverein aus Radolfzell am Bodensee. Rund 30 Prozent der Einnahmen dieses Abmahnvereins stammen aus seinen Abmahnungen.

Ganz nebenbei bemerkt: Herr Resch hat keinerlei naturwissenschaftliche Ausbildung. Er hat noch nicht einmal ein Studium der Verwaltungswissenschaften abgeschlossen. Aber damit ist er in der heutigen Zeit offensichtlich bestens qualifiziert, um über eine der Schicksalsfragen der deutschen Wirtschaft zu befinden. Weite Teile der Öffentlichkeit, der Politik, der Industrie und eben auch des Rates hier lassen sich von einem Abmahnverein aus Radolfzell vor sich her treiben. Das, meine Damen und Herren, ist Deutschland im Jahre 2018. Das ist Köln im Jahre 2018. Und wir als AfD sagen: Nicht mit uns!

Dann zu den Grenzwerten. Wir haben CO₂, Kohlenmonoxid, Stickoxide und den Feinstaub. Bei CO2 und Kohlenmonoxid ist der Diesel- dem Otto-Motor deutlich überlegen. Wer etwas anderes behauptet, kennt die Fakten nicht.

Feinstaub, meine Damen und Herren, stammt zu über 90 Prozent aus anderen Quellen, also aus Abrieb und nicht aus Verbrennungsprozessen.

Bleibt also das Stickoxid. Wir haben heute schon darüber gesprochen. Es gelten hier, meine Damen und Herren, bemerkenswerte Grenzsätze. Messstationen unseren gelten Mikrogramm pro Kubikmeter Luft, im strengen Kalifornien gilt ein Grenzwert von 100 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft und an Arbeitsplätzen in Industrie und im Handwerk ein Grenzwert von 950 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft.

Länder wie Frankreich, Spanien und Italien haben nicht einmal die Hälfte der deutschen Messstationen und platzieren diese oft weit entfernt von den Hauptverkehrsstraßen. Und wir? Wir platzieren diese direkt am Clevischen Ring. Meine Damen und Herren, hier gilt einmal mehr: In Brüssel wird es erdacht, in Deutschland wird es gemacht, und in Italien wird gelacht.

Wir führen die Dieseldiskussion zu einer Zeit, in der das Stickoxidproblem bereits gelöst ist. Der Ausstoß von Stickoxid von Diesel-PKW ist seit 1990 um mehr als 60 Prozent zurückgegangen, Tendenz weiter fallend.

Herr Rau, der jetzt gerade wahrscheinlich im Wahlkampf in Offenburg steckt, möchte mit diesem Wissen in Köln ernsthaft den Diesel aus der Stadt verbannen. Sie treffen damit genau die Menschen in dieser Stadt, die es nicht so dicke haben, die wertschaffenden Milieus, die Handwerker, diejenigen, die auf ihren meist älteren Diesel dringend angewiesen sind. Das ist ein weiterer Beleg für die unsoziale, abgehobene und realitätsferne Politik der Stadtspitze in dieser Stadt.

Frau Reker, Sie haben jüngst im Kölner Stadt-Anzeiger Fahrverbote als unvermeidbar bezeichnet. Diese Aussage ist falsch, sie ist unnötig, und sie zeugt davon, dass Ihnen offensichtlich die Fakten und technischen Zusammenhänge nicht im Ansatz bekannt sind. Machen Sie stattdessen Ihre Hausaufgaben als Stadt, kehren Sie vor der eigenen Tür und richten Sie - wie es unser Antrag fordert - endlich eine flächendeckende und verpflichtende Landstromversorgung zwischen Mülheimer Brücke und Rodenkirchener Brücke ein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und der Ratsgruppe Rot-Weiß)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Klein würde ich gern um Stellungnahme bit-

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Verwaltung arbeitet bereits an diesem Ziel. Die Rheinenergie und die Stadtverwaltung werden für zehn Anleger Elektrostrom bereithalten, finanziert durch das Kommunalinvestitionsförderprogramm.



Da dies so ist, ist eine Beschlussfassung dieses Antrags entbehrlich. Die Verwaltung ist bereits auf einem guten Weg und setzt das gerade um.

42. Sitzung vom 27. September 2018

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeister, ich mache es ganz kurz vom Platz aus. Ich danke der Verwaltung sehr für die Stellungnahme.

Meine Herren von der AfD, ich habe mich doch ein bisschen gewundert. Ich bin jetzt seit zwei Jahren Vorsitzender des Umweltausschusses, und wir diskutieren das Thema herauf und herunter. Ich habe aber das Gefühl, Sie sitzen da, kassieren Sitzungsgelder und lesen überhaupt nicht die Protokolle oder beteiligen sich nicht an den Diskussionen. Das ist Beschäftigungstherapie für die Verwaltung. Insofern: Danke für die klare Stellungnahme.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt - wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt - über den Antrag abstimmen.

Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und die Ratsgruppe Rot-Weiß. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP betr. "Zukunft der Technologiezentren mit städtischer Beteiligung" AN/1256/2018

> Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT AN/1363/2018

und gebe Herrn Dr. Strahl das Wort.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Wirtschaft ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens. Sie sorgt insbesondere mit ihren Erträgen für die Lebensgrundlage vieler Bürger und trägt mit den Steuereinnahmen zum sozialen Ausgleich in der Gesellschaft wesentlich bei.

Wie die Kämmerin in der Sitzung zur Einbringung des Haushalts mit sichtbarer Genugtuung mitteilte, bewegt sich das derzeitige Gewerbesteueraufkommen auf bisher nicht gekanntem Niveau, und das soll so bleiben.

Ein nicht zu unterschätzender Mosaikstein in dem Bild ist sicherlich die Start-up- und Gründer-Szene und die damit verbundene Hilfestellung durch die Stadt Köln. Die Szene wird in Köln gut beraten und betreut. Gerade die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass Köln und die Region mit dem Primus Berlin mithalten können, obwohl wir dabei auf großzügige berlintypische Direktsubventionen verzichten.

Der Digital Hub Cologne, die Messe StartupCon, das jüngste Beispiel das Cologne Game Haus, welches rund 20 jungen Unternehmen in räumlich unmittelbarer Nähe zur Messe Arbeitsflächen und Vernetzungsmöglichkeiten bietet, zeugen vom optimalen Angebot für junge Gründer am Standort Köln.

Die Szene - das liegt in der Natur der Sache lebt aber auch von der permanenten Anpassung und vom stetigen Wandel. Daher müssen wir von Zeit zu Zeit die Rahmenbedingungen des Angebots anpassen und an den Bedürfnissen neu ausrichten. Mit dem vorliegenden Antrag werden wir dem gerecht.

Der BioCampus bietet das größte Wachstumspotenzial. In städtischer Regie hat er sich in letzter Zeit zu einem breit aufgestellten Hightech-Campus entwickelt. Das verbesserte Dienstleistungsangebot und die Beseitigung des Sanierungsstaus sind die Grundlage dafür, dass sich neben neuen Life-Science-Unternehmen ietzt auch innovative Technologieunternehmen ansiedeln. Die vorhandenen Flächenreserven bieten ausreichende Möglichkeiten, dass hier insbesondere durch firmenübergreifende Zusammenarbeit neue Angebotsfelder eröffnet und Synergien geschöpft werden können.

(Beifall bei der CDU)

Voraussetzung für die zukunftsorientierte Entwicklung des BioCampus sind die professionelle Aufstellung der Betreiber GmbH und eine langfristig angelegte Strategie zur weiteren Entwicklung des Standorts.



Das Rechtsrheinische Technologiezentrum, RTZ, hat seit seiner Inbetriebnahme nicht nur entscheidende Unterstützung und Beratung für Gründer geleistet, sondern auch wichtige Impulse zum Strukturwandel im rechtsrheinischen Köln gesetzt. Mehr als 250 junge Unternehmen haben hier ihre unternehmerischen Gehversuche gestartet und haben sich vielfach zu stabilen Firmen am Standort Köln entwickelt. Einige arbeiten jetzt auch im BioCampus.

Wir wollen die beiden Zentren und natürlich auch das GIZ, wo leider etwas andere Bedingungen vorliegen, für die Zukunft fit machen. Dabei erscheint eine enge Kooperation unter einer gemeinsamen Geschäftsführung sinnvoll.

Vor dem Hintergrund der kurz- und mittelfristig anstehenden Instandhaltungs- und Investitionsbedarfe im RTZ-Gebäude ist auch zu prüfen, ob eine Verlagerung des Angebots auf den Bio-Campus eine von den Möglichkeiten her bessere und wirtschaftlich sinnvollere Lösung ist. So stellen wir die Weichen für eine optimierte Zukunft der Gründerszene und werden unserer strukturpolitischen Verantwortung gerecht.

Die Wirtschaftsregion Köln stellt sich dem bundesweiten Standortwettbewerb und bekräftigt ihren Anspruch, ein zukunftsorientierter, gut strukturierter und vernetzter Technologiestandort mit hoher Lebensqualität zu sein und das bitte auch zu bleiben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer schon länger die Kölner Ratspolitik begleitet, wird wissen, wie sehr die FDP mit dem BioCampus Cologne gehadert hat.

Bei der Umstrukturierung der Sparkasse Köln-Bonn, um die damaligen Vorkommnisse sehr nüchtern zu betrachten, musste sich das Institut von verschiedenen Beteiligungen trennen. Viele Beteiligungen übernahm die Stadt, darunter den BioCampus Cologne. Schon die Sparkasse war mit dieser Investition nicht so glücklich. Die Stadt sollte es bisher auch nicht werden.

Über den Verkaufspreis von BioCampus Cologne konnte die Sparkasse dagegen sehr glücklich sein. Über den Gefühlsstand des Käufers, nämlich die Stadt, meine Damen und Herren, will ich lieber schweigen. Ich kann nur jedem BWL-Studenten raten, bei einer Klausur über die Bewertung eines Unternehmenswertes den in diesem Fall gewählten Lösungsweg nicht einzuschlagen, meine Damen und Herren. Es könnte ihm seine Note kosten.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Oberbürgermeisterin, Sie kennen noch als Sozialdezernentin mein penetrantes Gemeckere im Finanzausschuss über die Ergebniszahlen dieser Investition, weil es einfach gegen jede Logik der Investitionsrechnung sprach. Wer die beliebte Fernsehsendung Bares für Rares mit Horst Lichter kennt, wo Leute wie du und ich versuchen, Erbstücke und anderen vermeintlich wertvollen Krempel zu verkaufen, weiß: Man muss die Händlerkarte bekommen, nur dann kann man seine Sachen verkaufen. Ob uns das mit BioCampus bei Horst Lichter und Bares für Rares gelungen wäre - ich glaube es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Aber ich bin bekanntlich Optimist. Machen wir also aus dem hässlichen Entlein einen stolzen Schwan. Dazu dient dieser Antrag.

Ich möchte mich bei CDU und Grüne für die Mitarbeit bedanken, dass sie zusammen mit der FDP ohne Scheuklappen einen innovativen, betriebswirtschaftlich durchdachten Lösungsweg aufzeigen.

Erlauben Sie mir, drei Punkte dazu auszuführen.

Erstens: Der hier vorliegende Antrag betrachtet das Ganze, nämlich die drei existierenden Technologiezentren in Köln. Der Antrag hinterfragt, ob drei Technologiezentren mit städtischer Beteiligung benötigt werden, und gibt eine Antwort: Eine Beteiligung kann weg.

Allein, dass sich die Stadt nach wirtschaftlicher Beurteilung von einer Beteiligung trennt und keine sachfremden politischen Erwägungen überhandnehmen, ist eine gute Nachricht für Köln, meine Damen und Herren. Die Stadt lernt dank CDU, Grünen und FDP.

(Beifall bei der FDP)

Mehr davon, es gibt noch Potenzial nach oben. Frau Oberbürgermeisterin, wollen wir hoffen, es zu steigern.



Zweitens: Zur wirtschaftlichen Begutachtung gehört auch, die BioCampus Cologne nicht zu veräußern, und das sage ich im Namen der FDP, die den Deal des Kaufes immer kritisch gesehen hat. Aus den Grundstücken des Areals und dem Gebiet, das als Industriegebiet ausgewiesen ist, kann bei der derzeitigen Nachfrage ein stolzer Schwan werden. Jetzt haben wir schon so viel dafür gezahlt, meine Damen und Herren, jetzt machen wir auch etwas daraus.

42. Sitzung vom 27. September 2018

(Beifall bei der FDP)

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht hebt und verwirklicht der Antrag Synergien: Wo kann man Führungsstrukturen zusammenführen schlanker machen? Erlauben Sie mir den bittersüßen Kommentar: Da werkeln drei Fraktionen an einem Antrag, und es kommen nicht mehr, sondern weniger Geschäftsführer heraus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Wenn das nicht eine gute Botschaft für die Öffentlichkeit ist: Köln kann Gemeinwohl. Vielleicht liegt es auch an den politischen Konstellationen.

Drittens: Wirtschaftsförderung - dazu gehören eindeutig Technologiezentren - muss als Ganzes gedacht werden. Wir gründen gerade eine städtische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit dem Ziel, Wirtschaftsförderung aus einem Guss in Köln anzubieten. Nur so kann das Vorhaben erfolgreich sein. Wenn wir vor Etablierung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Strukturen beider Technologiezentren vorab schaffen, die wie autonome Nebenreiche ein Eigenleben führen, konterkarieren wir unser eigenes Vorhaben zum Wohle dieser Stadt. Darum war es für die FDP so wichtig, bei der Neuausrichtung und Gestaltung der Technologiezentren eine enge Einder entstehenden Wirtschaftsfördebindung rungsgesellschaft zu ermöglichen.

Um es salopp auszudrücken: Es muss klar sein, wer Koch und Kellner ist. Der Koch muss die Wirtschaftsförderung sein, die Gesellschaft, die wir gerade hier gründen. Darum bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag von Jamaika ist in verschiedener Weise bemerkenswert - in erster Linie aber, weil sich hier CDU, Grüne und FDP als die bessere Verwaltung aufspielen wollen; denn es werden Ergebnisse, die ausdrücklich in den Beschlussvorlagen, die in den Mitteilungen, die wir kennen, stehen, explizit gegenläufig ausgelegt. Also genau das Gegenteil von dem, was die Verwaltung uns hinsichtlich der Technologiezentren und der Gründerförderung hier in Köln empfiehlt, steht im Antrag von Jamaika, und das ist schon bemerkenswert; denn es ignoriert die Fachexpertise, die wir in dieser Verwaltung durchaus haben und die wir auch mit gutem Geld bezahlen. Und es ist genau das Gegenteil von dem, was Politik nach unserem Verständnis tun sollte, nämlich die Zusammenarbeit von Verwaltung und Politik so zu organisieren, dass wir als Politik die Zielrichtungen vorgeben und die Verwaltung uns mit Informationen versorgt.

Als SPD-Fraktion sind wir der Meinung, Zielsetzung in dieser Frage muss die Stärkung und Unterstützung der Gründerszene hier in Köln sein. Dazu erachten wir es als besonders wichtig, die bestehenden Technologiezentren besser miteinander zu vernetzen - gar keine Frage; da sind wir, glaube ich, auch gar nicht weit voneinander entfernt -, aber eben auch die Rahmenbedingungen für die anderen Akteure in dieser Stadt zu verbessern; denn das bringt Gründerinnen und Gründern ziemlich viel, es werden Synergien gehoben, und es hat positive Effekte auf die Effizienz und die Effektivität der Aufgabenwahrnehmung.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es uns wichtig, dass auch andere Institutionen mit den Gründungen in Köln gefördert werden, an denen die Stadt beteiligt ist, wie das Mediengründer-Zentrum oder der Digital Hub Cologne in die Überlegungen mit einbezogen werden. Das berücksichtigt im Übrigen unser Änderungsantrag.

Ich gehe davon aus, dass wir uns in dem Ziel, nämlich Gründungen in dieser Stadt zu fördern, einig sind. Als wichtiges Element der Innovationsgeschehen sind Unternehmensgründungen für den Standort Köln von hoher Bedeutung; darauf ist hingewiesen worden. Wir sind aber an dieser Stelle bei Weitem nicht gut. Noch einmal einige Zahlen, die vielleicht auch belegen, dass wir in Köln zwar auf einem guten Weg sind, aber bei Weitem noch nicht aufgeschlossen haben zu anderen Städten. Wir liegen nach den aktuellen Prognose-Zahlen, die uns vorliegen, mit 46 Gründungen pro 10 000 Erwerbstätigen hinter



Großstädten wie Berlin und Düsseldorf. Düsseldorf allein hat 60,84 - noch einmal: wir sind bei 46 - und Hamburg sogar 65,6. Das heißt, hier ist eine ganze Menge Potenzial und Luft nach oben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, von den Grünen und auch von der FDP, mit Ihrem Antrag stärken Sie aus unserer Sicht nicht die Gründerszene, sondern Sie zerschlagen bestehende, bewährte Strukturen, die sicher noch erfolgreicher aufgestellt werden können, -

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

- und das wollen wir nicht.

Eine Frage stellen oder auch das Zurückfahren von städtischen Aktivitäten, wie es Ihr Antrag zu den Technologiezentren vorsieht, bedeutet, städtischen Einfluss in diesem Bereich aufzugeben, und sendet völlig falsche Signale in die Gründerszene.

Besonders fatal halten wir die Überlegung, den Standort RTZ in Kalk aufzugeben. Zum einen hält das RTZ ein Angebot im Rechtsrheinischen vor, dass der BioCampus in dieser Form aktuell überhaupt nicht bietet. Als besonderes Angebot und mittelständische BioTechkleine Unternehmen verfügt der Standort im Hagen-Campus in Kalk über vollständig eingerichtete Laborflächen der Kategorie S3 - dabei geht es um besonders biologische Sicherheitsstufen für Unternehmen aus dem Bereich der Gentechnik -, gemeinsam die mit dem Biotechnik-Unternehmen Analysis GmbH betrieben werden. Der BioCampus hat nur ein S2-Angebot, also ein etwas Schlechteres; dies nur am Rande.

Für uns aber noch viel entscheidender ist der Punkt, dass das RTZ - auch das ist aus der Expertise, die wir den Mitteilungen im Vorfeld entnehmen konnten - eine hohe Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Stadtteils Kalk und des Rechtsrheinischen insgesamt war. So gilt, das vorhandene, aus unserer Sicht gut ausgelastete Angebot umzubauen und zu stärken, aber nicht aufzugeben, wie es Ihr Antrag suggeriert.

Zuletzt: Wir brauchen eine breit getragene Debatte, die Wirtschaftsförderung in Köln auch in Zukunft erfolgreich arbeiten zu lassen und vielfältigen Umbrüchen, die das aktuelle Wirtschaftsgeschehen auch in Köln prägen, erfolgreich zu begegnen. Wir erleben gerade sehr viele Debatten in dieser Stadt. Ich nenne nur Kaufhof und Karstadt, ich nenne Ford. Hier ist eine ganze Menge in Bewegung. Die Wirtschaftsförderung

hat also eigentlich eine noch viel wichtigere Aufgabe und ist im Moment mit anderen Dingen beschäftigt.

Umso mehr müssen wir uns fragen: Wie entwickeln wir den Standort Köln? Wie soll er sich entwickeln? Welche Potenziale heben wir? Welche Zukunftsaufgaben sind zu bewältigen? Welche Veränderungen der Arbeitswelt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gibt es? - Deswegen haben wir unserem Antrag auch noch eine inhaltliche und strategische Debatte beigefügt, die wir gern im Kontext der Ausgründung einer Wirtschaftsförderungs GmbH führen möchten. Das ist bisher nicht vorgesehen. Wir halten es für dringend erforderlich, mit allen Akteuren im Kölner Wirtschaftsleben daran teilzunehmen und diese wichtige Frage noch einmal auf der Basis dessen, was uns die Oberbürgermeisterin dann vorschlagen wird, zu diskutieren. Wir sollten aber nichts beschließen, bevor wir die Akteure der Wirtschaft nicht gehört haben. Deswegen brauchen wir eine klare Positionierung. Anstatt sich mit Zielen und Strategien zu befassen, lähmt die Debatte um die Organisationsstruktur die inhaltliche Arbeit der Wirtschaftsstruktur; das ist zumindest unsere Analyse. Wir wollen daher eine breite Diskussion und herausfinden: Was ist für diesen Standort, was ist für Köln wichtig?

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn Sie unserem Antrag im Sinne der vorhandenen guten Gründerstrukturen hier in Köln zustimmen, aber auch im Interesse einer breiten Debatte der Ausgründung zur Wirtschaftsförderung. Deswegen empfehle ich Ihnen dringend die Annahme unseres gemeinsamen Antrages. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das RTZ ist ein Gründerzentrum, das ausdrücklich auf technische Start-ups ausgelegt ist. Seine Entwicklung und sein Erfolg hängen von der unmittelbaren Nähe der Technischen Universität in Kalk ab.

Sie als Antragsteller zielen darauf ab, das rechtsrheinische RTZ plattzumachen. Seine Reste sollen dann in dem linksrheinischen BioCampus aufgehen. Das sind sozusagen Ihre Planung und Ihr Antrag.



Meine Damen und Herren, damit beschädigen Sie die Entwicklung der wirtschaftlichen Strukturen auf der rechten Rhein-Seite - eigentlich ein Thema, wozu wir hier parteiübergreifend immer gesagt haben: Wir wollen das fördern.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Im RTZ sind unter anderem Start-ups entstanden, die technische Dienstleistungen für die Kölner Versicherungswirtschaft bieten. Meine Damen und Herren, Banken, Versicherungen und Finanzdienstleister tragen 48 Prozent zu den Kölner Einnahmen bei der Gewerbesteuer bei. Das sind im Jahre 2018 600 Millionen Euro. Haben Sie diese Verbindung überhaupt nicht im Blick?

Und: Herr Strahl, wenn Sie davon sprechen, dass die Gewerbesteuer die tragende Säule ist und dass die Wirtschaft die tragende Säule ist, dann frage ich Sie, warum Sie ein RTZ plattmachen wollen, was gerade die Verbindung zu einem unserer wichtigsten Gewerbesteuerzahler kappen soll. Das ist mir völlig unklar.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zum BioCampus: Meine Einschätzung nach ist es in den letzten Jahrzehnten versäumt worden, eine inhaltliche Diskussion zu führen. Herr Strahl hat es auch angedeutet und gesagt: Wir ändern das mal ab und zu. - Aber so kann man keine Wirtschaftsförderung machen, sondern man muss eine Strategie haben, und diese Strategie muss sich beim BioCampus natürlich auf die Pharmazie usw. beziehen, die auch eine wichtige Säule in Köln hat.

Insofern sind BioCampus und RTZ völlig verschieden strukturiert. Man kann die Probleme nicht dadurch lösen, indem man sagt, wir legen das zusammen, und wie Herr Breite sozusagen eine Kultur daraus macht. Das ist eine Zwangsfusion, die wir für eine Wirtschaftsförderung nicht für zielführend halten.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch mal ehrlich sein: Kommunale Wirtschaftsförderung ist wirklich kompliziert und auch nur im kleinen Umfang zu machen. Das ist Bundespolitik, das ist Landespolitik, und die kommunalen Einflussmöglichkeiten sind dort gering. Das muss man ganz nüchtern feststellen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir das in einem breiten Diskussionszusammenhang diskutieren -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Diskussion hat doch schon längst stattgefunden!)

- und schauen: Wo sind kleine Stellschrauben. die wir überhaupt bewegen können? Das ist doch im Prinzip der Punkt.

Wenn ich mir jetzt anschaue, was Sie an Privatisierung alles auf den Weg bringen wollen: Die Klinik wollen Sie auf den Weg bringen, Sie haben die Wirtschaftsförderung auf den Weg gebracht wie, lieber Herr Breite, kann man eine Wirtschaftsförderungs GmbH gründen und jetzt schon die Wirtschafts GmbH vor vollendete Tatsachen setzen, indem man das RTZ einfach plattmacht?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das nenne ich ein großes Vertrauen in die neue Wirtschaftsförderungs GmbH. Super, so soll man das machen, dass man gleich einer neuen Firma, die wir abgelehnt haben, die es aber wahrscheinlich geben wird, rechts und links einen vor den Kopf haut und sagt: So müsst ihr das machen.

Meine Damen und Herren von Grünen und CDU, dazu, dass Sie der FDP schon wieder hinterherlaufen in der Frage, wie man mit der Wirtschaft umgeht, muss ich sagen: Das würde ich an Ihrer Stelle nicht machen.

(Ulrich Breite [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Da laufen Sie nur mit dem Kopf durch die Wand. Lassen Sie das lieber. Reden Sie, werte Kollegen von den Grünen, lieber mit der CDU; denn die haben davon wenigstens noch ein bisschen Ahnung. Aber die FDP hat nur eines im Kopf: Die wollen privatisieren, privatisieren, privatisieren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Für eine Wirtschaftsförderung interessieren die sich doch überhaupt gar nicht. Das ist der Punkt. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt also doch Herr Frank. - Bitte.

(Dr. Jürgen Strahl [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Es gab eine Zwischenfrage. Entschuldigung, ich habe die Zwischenfrage nicht gesehen. Herr Dr. Strahl.

(Zuruf von der LINKEN: Die Rede ist ja vorbei! Da gibt es keine Zwischenfrage mehr! - Dr. Jür-



gen Strahl [CDU]: Ich habe mich schon lange gemeldet!)

- Ich habe ihn nicht gesehen. Er lässt keine zu. Herr Detjen lässt keine Zwischenfrage mehr zu. Es liegt an mir, dass ich es nicht gesehen habe. Ich bitte um Nachsicht. - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal bin ich schon sehr erstaunt darüber, mit welch scheinbarem Wissen Herr Detjen hier so auftritt. Keine Diskussionen. Man kann nicht überall sein. Vielleicht ist das das Problem.

Im April hat die Verwaltung einen Bericht vorgelegt mit der Überschrift Zukunft der Beteiligungsunternehmen im Bereich Wirtschaftsförderungen. Damit waren die Beteiligungsunternehmen gemeint, die Technologiezentren sind.

Seit diesem Zeitpunkt diskutieren wir - natürlich auch mit der CDU und auch mit der FDP - über die Konsequenzen aus diesem Bericht. Wir haben eine Wirtschaftsausschusssitzung zum Bio-Campus gemacht, in der wir zwei Stunden nur über die Frage der Strategie diskutiert haben.

Herr Detjen, wenn es Sie interessiert, dann gehen Sie doch dahin oder lassen Sie sich in den Ausschuss wählen, aber Sie können doch hier nicht behaupten, das würde nicht diskutiert werden. Im Gegenteil!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das Zweite ist, dass die SPD - -

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

- Nein, jetzt bin ich dran.

Das Zweite ist, dass die SPD sagt, wir würden nicht diskutieren - das knüpft daran an - und stellt Anträge, womit beantragt wird, zu diskutieren. Wir hatten das eben bei den Museen. Dazu ist das Passende gesagt worden: Wir wollen nämlich entscheiden und hier auch.

Wenn es so einen Bericht der Verwaltung gibt, ist es Zeit, zu entscheiden, und Entscheidungen, also Richtungsentscheidungen und Zielvorgaben macht der Rat. Sonst brauchen wir ihn nicht. Die Verwaltung setzt um. Oder wie es die Gründer der kommunalen Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen gesagt haben: Die Verwaltung

ist die Schreibstube des Rates. - Das gilt auch in gewisser Seite hier.

(Heiterkeit und Beifall)

- Ja, ich weiß, dass dieses Zitat aus der Gründung der Kommunalverfassung Nordrhein-Westfalen bei vielen Beigeordneten nicht so beliebt ist, aber es ist historisch so.

(Heiterkeit)

Jetzt kommen wir zu den einzelnen Dingen.

Zum Technologiezentrum, an dem wir eine Minderheitsbeteiligung haben, nämlich das GIZ, stellt die Verwaltung selbst in ihrer Analyse fest, dass dies aus städtischer Sicht keine Entwicklungspotenziale mehr hat. Zitat:

Sehr geringe Flächenanteile für eine Weitervermietung an Gründerunternehmen stehen nur zur Verfügung.

Stattdessen müssen wir einen hohen Zuschuss aus dem Haushalt zahlen. Wir sind da auch Minderheitseigner. Wir haben dort, denke ich, überhaupt keine Entwicklungsmöglichkeiten, außer Geld hinterherzuwerfen. Das muss man nicht. Wir wollen ja auch unsere wenigen öffentlichen Mittel vernünftig einsetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, ich muss das schon ein bisschen entwickeln. Dann kann auch nachher gefragt werden.

Dann kommen wir zurück zur Frage BioCampus und RTZ. Beide haben eine ähnliche Geschichte. In den 90er-Jahren stand die Biotechnologie im Mittelpunkt, Ausgründungen der großen Pharmaunternehmen, wodurch die Entwicklungen, die den Großkonzernen teilweise zu teuer waren, und das Unternehmensrisiko auf Start-ups - so sagt man heute dazu - abgewälzt wurden. Diese haben dort ihre Orte gefunden. Das war auch die Hoch-Zeit der sogenannten S3- und S2-Labore. Fragen Sie doch einmal nach, wie ausgelastet die sind. Das ist nämlich eine interessante Frage.

Inzwischen haben beide Technologiezentren eine wiel größere Breite der Industriebereiche, die sie bedienen: Life Science, Healthcare, Engineering, Chemie, Mobilität, Energie, digitale Dienstleistungen. Das hat sich sehr deutlich verbreitert.



Dafür bedarf es Flächen, und dafür bedarf es Ressourcen, um Gründern Möglichkeiten der Entwicklung zu geben. Deshalb hat auch der Geschäftsführer des BioCampus, Herr van Hall, gesagt: Wir sind schon in diese Richtung unterwegs. Der Name *BioCampus* trifft es eigentlich gar nicht mehr.

Dasselbe gilt für das RTZ. Deshalb ist es sinnvoll, dass beide zusammenarbeiten und ihre Potenziale bündeln, und es ist auch sinnvoll, dass wir eine Geschäftsführung haben. Warum sollen wir zum Beispiel zweimal Geld für Wirtschaftsprüfer und für die dahinterstehende Administration, die das Rechnungswesen betrifft, ausgeben? Das ergibt doch überhaupt keinen Sinn.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schließlich sind die auch gleichgerichtet. Das heißt deshalb noch lange nicht, dass man einen Standort aufgibt; denn es gibt - wie mancher weiß - Unternehmen auch im privaten Sektor, die mehrere Standorte haben. Das ist keine neue Erfindung.

Das bedeutet also, die Verwaltung wird beauftragt, darzulegen und einen Vorschlag zu machen, wie das gebündelt wird, dass sie eine gemeinsame Geschäftsführung haben.

Die strategischen Ansätze, die wir diskutiert haben auf Basis des Strategiepapiers zum Bio-Campus gibt vieles her. Daran wollen wir weiter anknüpfen. Das lässt sich auch mit dem RTZ verbinden. Insofern sind hier, denke ich, alle Voraussetzungen gegeben.

Noch eines zum Schluss: Auf dem Gelände des BioCampus haben wir 17 Hektar GI-Fläche - das ist eine absolute Seltenheit in Köln -, die wir entwickeln können. Dazu dient das auch. Das heißt also, unser Antrag macht das Gegenteil, er bündelt und verstärkt. Er löst nichts aus und privatisiert auch nichts. Aber dazu muss man lesen können und vor allem keine sinnfreien Änderungsanträge stellen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten hatte noch eine Frage, Herr Frank. Wenn Sie bitte noch zur Verfügung stehen würden.

Christian Joisten (SPD): Herr Frank, nachdem Sie so schön ausgeführt haben, was alles schon passiert ist, möchte ich nur zwei Fragen stellen.

Frage 1: Können Sie sich tatsächlich daran erinnern, dass wir im Wirtschaftsausschuss - dort, wohin es fachlich gehört - diese Fragen der Technologiezentren in Gänze diskutiert haben?

Frage 2: Können Sie sich daran erinnern, dass in einer Stellungnahme der Verwaltung zu eben genau diesen Beteiligungen der Stadt formuliert wurde - gerade hinsichtlich dieses GIZ, das Sie für überflüssig oder für entbehrlich halten -, bei einer Fortführung wäre zu überlegen, ob das im Technologiepark ausgefallene Angebot nicht an anderer Stelle im Stadtgebiet durch andere Flächen kompensiert werden könnte? Neben Flächen für Start-ups mit eher digitaler Ausrichtung besteht nach wie vor ein Bedarf an Flächen für sonstige Gründer/-innen, der traditionell vom GIZ abgedeckt wird.

Das wäre jetzt der Punkt dazu.

Auch da eine weitere Expertise aus der Verwaltung, die Sie wahrscheinlich vergessen haben. Ich wollte nur noch einmal daran erinnern oder fragen, ob Sie schon einmal gehört haben, dass die hohe Auslastung beim RTZ ebenfalls dafür spricht, die Aktivitäten auszuweiten und Kooperationsmöglichkeiten am Standort zu prüfen. Erste Ansätze stehen bereits usw.

Ich möchte nur noch einmal betonen, dass nicht nur Sie sich fachlich damit sehr genau auseinandergesetzt haben, sondern die Verwaltung uns dazu sehr gute Dinge aufgeschrieben hat. Also: Wer lesen kann - das hatte Sie gerade gesagt -, ist klar im Vorteil. Das haben wir getan. In diesem Sinne würde ich mich sehr freuen, wenn wir noch einmal gemeinsam darauf schauen: Was ist die beste Strategie? Zerschlagen, Standorte aufgeben oder Gesellschaften einfach an einem Standort zusammenlegen, kann nicht die einzige Antwort sein und widerspricht dem, was die Verwaltung sagt. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, war jetzt die Frage, ob Herr Frank diese Mitteilung der Verwaltung gelesen hat?

(Christian Joisten [SPD]: Ja, genau das war die Frage!)



Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, die habe ich gelesen, aber wir haben teilweise andere Schlüsse daraus gezogen. Das ist ja erlaubt. Man hat ja einen Kopf zum Denken.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Zum Zweiten - noch einmal: Das Rechtsrheinische Technologiezentrum wird nicht zerschlagen, sondern es wird gestärkt. Deshalb ist diese Debatte sinnlos, wenn man immer wieder behauptet, eine Gesellschaft werde zerschlagen.

Am GIZ haben wir - das habe ich eben ausgeführt - eine Minderheitsbeteiligung. Dort haben wir keinen Einfluss, wie es weitergeht. Deshalb ist es dann auch sinnig, zu sagen, man trennt sich davon.

(Zuruf)

- Ja, die Verwaltung kann aber an dem Punkt überhaupt keine Perspektive aufweisen. Das muss man dann auch einmal zur Kenntnis nehmen

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, meine Damen und Herren. - Doch, Herr Wortmann. Entschuldigung!

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank.

Ich kann den Antrag von CDU und Grüne nur begrüßen; denn das ist Wasser auf unsere Mühlen, weil wir gerade bei diesem Projekt schon seit zwei Jahren - zumindest so lange, wie ich im Haushalt mitreden kann - über die Achtsamkeit, was diese Gesellschaft betrifft, sprechen.

Ich finde, eine Bereinigung und Verschmelzung ist einfach der richtige Weg. Um aber auch dem Änderungsantrag entgegenzukommen, möchte ich darum bitten, die Punkte einzeln abzustimmen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Strahl.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Ich möchte etwas klarstellen. Ich habe in meiner Rede gesagt: Bei den mittelfristig bestehenden Instandhaltungsund Investitionsbedarfe im RTZ-Gebäude ist auch zu prüfen, ob eine Verlagerung des Angebots auf den BioCampus eine von den Möglichkeiten her bessere und wirtschaftlich sinnvollere

Lösung ist. Damit wird die Arbeit in keiner Weise infrage gestellt. Es wird keine Aussage zur Qualität getroffen. Es wird nur gefragt, ob aufgrund der bestehenden Flächenkapazitäten und der Zustand derselben eine Verlagerung in eine bessere Situation im BioCampus sinnvoll oder nicht sinnvoll ist. Das habe ich gesagt.

Zum BioCampus habe ich gesagt, dass dort sicherlich auf der Grundlage einer langfristigen Strategieaussage eine Weiterentwicklung stattfinden kann. Wie man so etwas derart verdrehen kann, dazu gehört schon eine Menge Mut. -Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte jetzt bitte noch einmal zurückfragen, Herr Wortmann: Welchen der Anträge wollten Sie punktweise abstimmen lassen?

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln]: Den Änderungsantrag!)

- Den Änderungsantrag.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung des Änderungsantrages. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Absatz 1: Wer ist dafür? - Das ist die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Absatz 2: Wer ist dafür? - Die SPD-Fraktion, Ratsgruppe BUNT und DIE LINKE. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Moment. Entschuldigung! Jetzt noch einmal: Enthaltungen? - Enthaltungen von der Ratsgruppe GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Absatz 3: Zustimmung? - Der SPD-Fraktion, der Ratsgruppe BUNT und der LINKEN. Enthaltungen? - Von GUT. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Absatz 4: Zustimmung? - SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann, die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - GUT. Dann ist der Antrag abge-

Über den ganzen Antrag brauchen wir nicht mehr abzustimmen. Es ist alles abgelehnt. Dann wird der ganze Antrag wohl auch abgelehnt. Wahrscheinlich ja. Man weiß es hier nie.

Herr Frenzel, Geschäftsordnungsantrag.



Michael Frenzel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, wenn ich mich nicht täusche, hatten Sie bei Absatz 2 gefragt, ob es Gegenstimmen und Enthaltungen gibt. Ich habe nicht feststellen können, dass jemand aufgezeigt hätte. Insofern wäre zumindest der Absatz 2 an dieser Stelle angenommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein. Ich habe das in der Tat am Anfang missverständlich gemacht, aber ich habe es korrigiert. Ganz bestimmt. Aber wir können sicherheitshalber doch noch einmal eine Gesamtabstimmung machen. Sehen Sie, man weiß nie, wofür man das noch im Köcher hat.

Ich lasse über die Vorlage gesamt abstimmen, dann wissen wir es ganz genau. Wer stimmt zu?
- Das ist die SPD-Fraktion, das ist die Fraktion BUNT, das ist DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen?
- Das ist die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu dem ursprünglichen Antrag der Fraktionen CDU, Grüne und FDP. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das ist die CDU-Fraktion, das ist die FDP-Fraktion, das ist Herr Wortmann, das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? - Das ist die Ratsgruppe GUT und die Oberbürgermeisterin. Dann ist diesem Antrag zugestimmt. Der ist beschlossen.

Dann kommen wir jetzt zu

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Wohnungen bleiben Wohnungen - Wohnraumschutzsatzung verlängern, verschärfen und durchsetzen!"

AN/1255/2018

Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP AN/1363/2018

Es hat Herr Frenzel zunächst das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Aus den Prognosen, die sich aktuell bestätigen, wissen wir: Köln wächst in zwei Jahrzehnten um 200 000 Menschen, und daraus lässt sich zuverlässig errechnen: 6 000 Wohnungen werden pro Jahr benötigt. Wir wissen, dieses Ziel wurde 2016 verfehlt, wurde 2017 verfehlt, und 2018

wird es womöglich einen neuen Negativrekord geben.

Woran das liegt und warum das auch durch die aktuelle Ratsmehrheit hausgemacht ist, werden wir im weiteren Verlauf der heutigen Ratssitzung sicherlich noch plastisch vor Augen geführt bekommen.

Die dadurch ausgelöste Wohnungsnot führt jedenfalls zu einem ökonomischen Wettbewerb, unter dem die sozial Schwächeren besonders leiden und der durch die Wohnraumzweckentfremdung zusätzlich verschärft wird. Aktuelle Fälle in Humboldt/Gremberg, Deutz und im Severinsviertel sind dabei die Spitze des Eisbergs. Wahrscheinlich reden wir von 7 000 Fällen der Zweckentfremdung in Köln, also Wohnraum für 15 000 Kölnerinnen und Kölner.

Wir schlagen daher mit unserem Antrag heute konkrete Maßnahmen vor, mit denen wir gegenüber den Bestrebungen, aus Wohnungen Ferienwohnungen zu machen, klare Kante zeigen können.

Lassen Sie mich dazu Folgendes feststellen: Am 30. Juni 2019 läuft in Köln die Wohnraumschutzsatzung aus. Es besteht jedoch sehr offensichtlich weiterhin ein Bedarf für Wohnraumschutz. Wir als SPD stehen dafür, die Kölner Wohnraumschutzsatzung um weitere fünf Jahre bis 2024 zu verlängern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Hört! Hört! - Wer hätte das gedacht?)

Die gesetzliche Ermächtigungsgrundlage für die Kommune - Herr Kienitz, jetzt sind Sie dran - muss deshalb unbedingt erhalten bleiben. Der Aussage im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP, die Zweckentfremdungsverbote abzuschaffen, ist eine klare Absage zu erteilen. Insofern ist es bedauerlich, dass aus dem Land noch immer keine klare Aussage vorliegt, wie es jetzt weitergeht.

Frau Hoyer, Sie hatten im Sozialausschuss eine vielleicht veränderte Haltung der FDP angekündigt, die sich womöglich auch daran zeigt, dass Sie jetzt hier in Ihrem Änderungsantrag, den Sie mittragen, wesentliche Forderungen aus dem SPD-Antrag aufnehmen, was eine gewisse Hoffnung macht, dass Ihre Partei die bisherige marktradikale Haltung aufgeben wird.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKE])



Allerdinas besteht für die nordrheinwestfälischen und kölnischen Regelungen Nachbesserungsbedarf nach Berliner Vorbild.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Erstens wollen wir bestehenden Wohnraum vor und spekulativem Leerstand stärker schützen. Nur, wenn neuer Wohnraum im gleichen Bezirk und mit vergleichbaren Mietpreisen geschaffen wird, soll dieser als Ersatzwohnraum anerkannt werden, um so falsche Anreize zu beseitigen.

Berlin hat es vorgemacht, wir sollten es mutig nachmachen, und das hat auch der Antrag von Jamaika insofern aufgegriffen, dass diesbezügliche Prüfungen erfolgen sollen, zumindest Prüfungen.

Zweitens: Ich möchte betonen, Homesharing das Zur-Verfügung-stellen der eigenen Hauptwohnung an Dritte - in nicht gewerblichem Rahmen ist und bleibt legal. Gegen eine vorübergehende Vermietung, beispielsweise aufgrund eines kurzen Auslandsaufenthaltes, ist nichts einzuwenden. Allerdings sollten wir bei Zweitwohnungen die Möglichkeit, diese als Ferienwohnungen zu vermieten, auf 90 Tage begrenzen; denn in den aktuellen skandalösen Fällen in Deutz und Humboldt wird in großem Umfang Wohnraum in eine hotelähnliche Nutzung umgewandelt, was angesichts der großen Wohnungsnot nicht akzeptabel ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir sollten jetzt den Spieß umdrehen. Das Berliner Modell macht das. In Berlin müssen die Anbieter von Ferienwohnungen auf Internetportalen, wie beispielsweise Airbnb, dies vorher dem Amt anzeigen. Sie erhalten dann eine Registrierungsnummer, die sie in ihrer Anzeige auf dem Internetportal einsetzen können, und dann kann die Stadt auch entsprechend sehen, was das für eine Wohnung ist. London, Berlin, San Francisco haben das geschafft. Diese Städte haben das mit solchen Portalen umgesetzt, und das könnte Köln auch machen. Das haben Sie - das muss man anerkennen - immerhin in den Prüfauftrag aufgenommen.

Diese Regelungen würden zugleich ein abgestimmtes Vorgehen der Verwaltungen ermöglichen, um beispielsweise auch gewerbesteuerrechtlich relevante Tatbestände festzustellen. Zumindest ist in der höchstrichterlichen Rechtsprechung entschieden worden, dass das Benutzen der Ferienwohnungen kein Unterfall des Wohnens ist und daher baurechtlich auch einer eigenen Erlaubnis bedarf. Dies hat die Verwal-

tung in jedem Fall zu prüfen und festzustellen. Nach Hamburger und Berliner Vorbild könnte eine solche Zusammenarbeit auch mit den Finanzämtern erfolgen, sodass die registrierten Ferienwohnungsvermieter entsprechend prüft werden können.

Meine Damen und Herren, unser Antrag der SPD und von BUNT - ich denke, die Kollegen von der LINKEN schließen sich dem auch an - ist eine runde und mutige Sache in die richtige Richtung. Der Ersetzungsantrag von CDU und Grünen bleibt dahinter leider zurück. Es fehlt zum Beispiel die Aufforderung an die Landesregierung, den Bußgeldtatbestand für Zweckentfremdungen zu erhöhen. Es fehlt die Begrenzung der Vermietung von Ferienwohnungen in Nebenwohnungen auf 90 Tage, und es fehlt die Abschaffung des Bestandsschutzes für Vermietungen vor dem 1. Juli 2014.

Da Sie jedoch unsere Vorschläge zur Schaffung von Ersatzwohnraum im gleichen Stadtbezirk und zu vergleichbaren Mietpreisen, was uns einer der wichtigsten Punkte ist, und die Prüfung einer vorherigen Anzeigenpflicht aufgegriffen haben, werden wir Ihrem Ergänzungs- bzw. Ersetzungsantrag auch entsprechend zustimmen. -Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Aufgrund eines Antrags von CDU und Grünen hat sich der Sozialausschuss am 06.09. dieses Jahres in einer Aktuellen Stunde zum Thema "Illegale Vermietung von Studentenappartements als Ferienwohnungen in Köln" umfassend mit dem Problem der Zweckentfremdung von Wohnraum als Ferienwohnungen befasst.

Mit dem Problem der Zweckentfremdung von Wohnraum hat sich die Kölner Politik schon mehrfach befasst. Den Initiatoren der Aktuellen Stunde war es wichtig, den politischen Druck zu erhöhen, um in der Öffentlichkeit das Problem stärker ins Bewusstsein zu bringen und die Verwaltung bei ihren Bemühungen zu unterstützen, das Problem in den Griff zu bekommen.

Worum geht es? Es kann nicht sein, dass in Zeiten von knappem, vor allem knapp bezahlbaren Wohnraum dieser für andere Zwecke genutzt



wird. Dabei geht es nicht darum, dass Privatpersonen ihre Wohnungen vorübergehend - zum Beispiel während ihres Urlaubs - anderen Urlaubern überlassen, sondern um die dauerhafte kommerzielle Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen und damit zu gewerblichen Zwecken. In der Folge bleiben Wohnungssuchende besonders sind bei Appartements Studenten betroffen - außen vor. Sie können die Kosten, die weit über einer normalen Miete liegen, nicht aufbringen.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Noch ein weiterer Aspekt ist uns wichtig: Wir tun viel, unsere Veedel lebenswert und liebenswert zu machen. Wenn jedoch in dem Haus, in dem man wohnt, oder in unmittelbarer Nachbarschaft ein ständiges Kommen und Gehen zu verzeichnen ist, dann bedeutet das nicht nur viel Unruhe, sondern auch, dass soziale Bezüge zu den Nachbarn gar nicht erst aufgebaut werden kön-

Über diese Probleme und den Handlungsbedarf waren wir uns guer durch die politischen Gruppierungen im Sozialausschuss alle einig und haben dann einstimmig - Herr Frenzel, Sie waren auch dabei und haben mit abgestimmt - einen Beschluss gefasst, der unserem heutigen Änderungsantrag entspricht.

(Beifall bei der CDU)

Alle SPD-Vertreter haben dem zugestimmt. Was macht aber jetzt die SPD, meine sehr verehrten Damen und Herren? - Noch am selben Tag der Ausschusssitzung reicht sie den heute vorliegenden Ratsantrag zu dem Thema ein. Dafür haben wir keinerlei Verständnis.

(Beifall bei der CDU)

Es war ein starkes Signal der Politik, den gemeinsamen Beschluss im Sozialausschuss zu fassen. Aber nein, die SPD, die die Initiative nicht ergriffen, aber unterstützt hatte, reklamiert das Thema durch den heutigen Ratsantrag für sich. Das ist nicht nur schlechter Stil, sondern in der Sache schädlich, weil nur ein gemeinsames entschlossenes Handeln helfen kann, das Problem zu bewältigen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel hat eine Zwischenfrage. Lassen Sie sie zu?

Ursula Gärtner (CDU): Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Nun zu Ihrem Antrag: Er enthält die bereits beschlossenen Punkte und somit außer viel Prosa nicht viel Neues. Die Punkte, die detaillierter sind als der Beschluss des Sozialausschusses, können heute gar nicht beraten und beschlossen werden. Da geht es nämlich um unsere Kölner Wohnraumschutzsatzung. Sie läuft - Sie haben es erwähnt - noch bis zum 30.06. nächsten Jahres. Dazu wird es rechtzeitig einen überarbeiteten Entwurf der Verwaltung geben. Er wird die Erfahrungen mit der bisherigen Satzung berücksichtigen und daraus Konseguenzen ziehen, und zwar auf der Basis eines Erfahrungsberichtes, den die Verwaltung bis Ende dieses Jahres - so auch der Auftrag des Sozialausschusses - vorlegen soll. Politik und Verwaltung sind gefragt, diesen gemeinsam auszuwerten.

Wenn Ihnen, Kolleginnen und Kollegen aus der SPD, daran gelegen ist, das seriös zu tun, dann tun Sie es mit uns gemeinsam, wenn die Entscheidung über die neue Satzung ansteht.

Wer den Beschluss des Sozialausschusses nicht kennt, könnte sich jetzt fragen: Wollen Sie denn bis dahin gar nichts tun? - Die Antwort lautet: Keineswegs! Ein wesentlicher Grund für die Zunahme der Zweckentfremdung lag in den mangelnden Kontrollen. Die Verwaltung hat die Stellen in diesem Bereich deutlich aufgestockt und arbeitet intensiv an ihrer baldigen Besetzung. Dies hat der Sozialausschuss ausdrücklich unterstützt, verbunden mit dem Auftrag, sich die Erfahrungen anderer Großstädte auch im Hinblick auf die Personalausstattung der Verwaltung zu Nutze zu machen. Zudem hat der Sozialausschuss eine Informationskampagne "Zweckentfremdung ist kein Kavaliersdelikt" angeregt sowie eine Optimierung der Wohnungsaufsicht durch eine noch engere Verzahnung des Wohnungsamtes mit dem Steueramt und dem Ordnungsamt gewünscht.

Der Sozialausschuss wird sich im Übrigen aufgrund seines aktuellen Beschlusses künftig zeitnah und regelmäßig über die Situation und Maßnahmen unterrichten lassen, um weitere notwendige Initiativen zu ergreifen.

All dies war bereits Gegenstand des Beschlusses des Sozialausschusses. Wir haben ihn allerdings um einen Prüfantrag ergänzt, dass hier die Satzung eventuell veedelsbezogener gefasst werden soll und Genehmigungspflichten festgeschrieben werden können.



Frau Oberbürgermeisterin, meine Zeit ist zwar zu Ende, aber einen Satz möchte ich noch anfügen dürfen.

Fazit ist für uns: Der SPD-Antrag heute im Rat war überflüssig. Wir schlagen daher vor, die bereits gefassten gemeinsamen Beschlüsse des Sozialausschusses gemäß unserem Änderungsund Zusatzantrag zu bekräftigen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Es gibt eine Nachfrage von Herrn Paetzold. Lassen Sie die Nachfrage von Herrn Paetzold noch zu?

(Ursula Gärtner [CDU]: Ja!)

Michael Paetzold (SPD): Frau Gärtner, wir hatten das Vergnügen, im Sozialausschuss nebeneinanderzusitzen. Ich muss deshalb Ihre Darstellung etwas korrigieren.

Den Antrag, den Herr Frenzel eben vorgetragen hat, haben wir vor der Sozialausschusssitzung gestellt; da war er schon online auf Mandatos, das wissen Sie auch.

Herr Frenzel hat ihn vor dem gemeinsamen Beschluss im Sozialausschuss vorgetragen. Ich habe das auch so eingeführt, dass wir in dieser Sitzung einen Ratsantrag stellen würden, den Herr Frenzel - weil sich der StEA bei uns damit beschäftigt hat - jetzt vortragen würde. Das war Ihnen bekannt, Frau Gärtner, und Sie haben es gerade ein bisschen anders dargestellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Was ist die Frage, Herr Paetzold?

Michael Paetzold (SPD): Die Frage ist, ob sie sich meiner Darstellung anschließen kann, die auch im Protokoll fest gehalten ist.

Ursula Gärtner (CDU): Ich kann mich in der Sache Ihnen überhaupt nicht anschließen; denn Sie können ja nicht behaupten, dass Sie, als Sie Ihren Antrag gestellt haben, unseren Antrag auf Aktuelle Stunde nicht schon gekannt haben. Insofern ist das hier irgendwie so eine Sandkastenspielerei.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): So hat alles seine Vor- und Nachteile.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nicht nur bei uns in Köln ist der anfängliche Segen der bequemen Anmietung von Ferienwohnungen über Homesharing-Plattformen inzwischen durch illegale gewerbliche Vermietungen von Wohnraum zum extrem lukrativen Fluch mutiert. Gegen die zeitlich begrenzte Vermietung das wurde eben auch schon mehrfach gesagt von privatem Wohnraum - egal, ob das ein Zimmer oder eine Wohnung ist - ist nichts einzuwenden, solange er nicht dauerhaft dem Wohnungsmarkt entzogen wird und Abgaben und Steuern ordnungsgemäß entrichtet werden.

Das Phänomen der sogenannten Schatten-Hotellerie ist aber weltweit in Metropolen zum Problem geworden - egal, ob es Barcelona, New York, Berlin oder Amsterdam ist. Überall führt illegale Vermietung sogenannter Ferienwohnungen zur Verknappung von Wohnraum, zu deutlichen Mietsteigerungen und damit zur Verdrängung der angestammten Bevölkerung.

In Köln wurde in diesem Sommer der Gipfel der skrupellosen Profitgier bekannt. Der WDR berichtete ausführlich über die Zweckentfremdung von Studierenden-Apartments in Deutz und Humboldt/Gremberg. Wie wir alle wissen, ist auch in diesem Segment eine absolute Unterdeckung des Bedarfs sowie eine Verteuerung der Mieten zu verzeichnen.

Aktuell gab es zu diesem Thema Dienstag dieser Woche einen Artikel im *Kölner Stadt-Anzeiger* mit dem Titel "Wir können noch 10 000 Wohnplätze gebrauchen". Darin wird deutlich, dass Köln deutschlandweit bereits zu den teuersten Universitätsstandorten zählt. Meine Damen und Herren, wie gewissenlos muss man sein, wenn hier auf dem Rücken der Studierenden das große Geld gemacht wird?

Frau Gärtner hat eben freundlicherweise auf den Sozialausschuss hingewiesen. Die Verwaltung berichtete hier ausführlich über die umfassenden Rechercheaktivitäten in den vorliegenden Fällen sowie über die schwierige Beweisführung und Ahndung beim Zweckentfremdungsverfahren.



Uns allen ist sonnenklar, dass der Erfolg bei der Durchsetzung der Wohnraumschutzsatzung von der entsprechenden Personalstärke abhängt. Die Oberbürgermeisterin hat bereits in ihrer Haushaltsrede eine Aufstockung um weitere neun Stellen inklusive einer Juristlnnenstelle angekündigt. In einer aktuellen Mitteilung werden sie noch einmal dargelegt. Wir werden genau beobachten, welche Auswirkungen die Zusetzungen haben werden.

Des Weiteren hat unser einstimmig gefasster Beschluss am Ende der Aktuellen Stunde deutlich werden lassen, dass alle demokratischen Fraktionen an einem Fortbestand der Wohnraumschutzsatzung über die Befristung zum 30. Juni hinaus festhalten.

Die Verwaltung wurde darüber hinaus beauftragt, Möglichkeiten für eine Optimierung der Satzung darzulegen. Vergleiche mit anderen Großstädten, die keine Stadtstaaten sind, sind dazu im Bereich Wohnraumschutzsatzung und Personalstärke hilfreich.

In diesem Zusammenhang ist klar, dass die geforderte Verschärfung der Wohnraumschutzsatzung nur im Rahmen der Landesgesetzgebung erfolgen kann. Allerdings sind Vergleiche mit Stadtstaaten wenig hilfreich; denn die unmittelbare Nähe von Landesregierung und Großstadt erleichtert und beschleunigt kommunale Handlungsspielräume. Daher stellt der Vorschlag im vorliegenden Antrag von SPD und BUNT, die Landesregierung NRW möge das Berliner Zweckentfremdungsverbotsgesetz zum Vorbild für eine Verschärfung des Wohnungsaufsichtsgesetztes nehmen, zwar eine Möglichkeit dar, jedoch sollte auch ein Blick auf andere Bundesländer und Kommunen und deren Gesetze und Satzungsinhalte geworfen werden. Die Verwaltung sollte in jedem Fall unvermindert ihren Kontakt zur Landesregierung nutzen, um eine Weiterentwicklung im Sinne des Wohnraumschutzes innerhalb des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW zu erreichen.

Unserer Meinung nach muss die Verschärfung des Wohnraumschutzes über die Höhe der Bußgelder, die Begrenzung der Vermietungsdauer oder die Vergabe von Registrierungsnummern und Ähnlichem mehr ernsthaft in Betracht gezogen werden. Die anfangs aufgezeigten Exzesse müssen radikal eingedämmt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, drei Punkte aus dem Antrag von SPD und BUNT haben wir ergänzend zum Beschluss der Aktuellen Stunde in unseren gemeinsamen Änderungsantrag übernommen. Diese wurden eben aufgezählt; das will ich jetzt nicht auch noch einmal tun.

Aber wie ich eben erwähnte, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und BUNT, diese Modifizierungen sind abhängig von den gesetzlichen Rahmenbedingungen, die man durchaus im Sinne der Kommunen noch deutlich verschärfen kann. In dem Sinne werbe ich darum, unserem gemeinsamen Änderungsantrag von CDU, Grünen und FDP zuzustimmen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wir haben heute ein Thema, das Thema Wohnraumschutzsatzung, und es zeichnet sich hier im Rat ab, dass wir alle dafür sein werden, dieser Wohnraumschutzsatzung zuzustimmen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Auch die FDP?)

- Auch die FDP. Ich werde das gleich auch noch ausführen.

(Beifall bei der SPD)

Wir tun das, weil wir ein großes Problem haben. Das Problem ist, dass wir zu wenig Wohnraum haben, und dieses Problem, lieber Herr Frenzel so muss ich sagen -, ist so groß, dass ich mir wirklich wünschen würde, dass wir hier etwas anders und ein bisschen ehrlicher miteinander umgehen. Es hat mich schon gestört, wenn so etwas kommt nach dem Motto: Sogar die marktradikale FDP schließt sich jetzt an.

(Beifall von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Wir sind zumindest bereit, Positionen zu überdenken.

Zweitens fand ich es auch etwas komisch, dass Sie sagen: Es fehlen 6 000 Wohnungen. - Das ist in der Tat so. Das ist ein hausgemachtes Problem der jetzigen Mehrheit. Wissen Sie, ich bin seit 2009 im Rat, und ich weiß genau, dass wir noch nie Wohnungsüberfluss hatten, und ich weiß sehr genau, dass wir das Problem Wohnungsnot auch unter Rot-Grün und unter einem OB Roters hatten.



(Beifall bei der FDP und der CDU)

42. Sitzung vom 27. September 2018

Bitte, das Problem ist zu ernst, man sollte auch ein bisschen fairer miteinander umgehen.

In der Tat habe ich vor einigen Jahren hier bereits gestanden und habe zum Thema Wohnraumschutzsatzung gesprochen. Damals haben CDU und FDP diese Satzung gemeinsam abgelehnt. Heute kommen die Freien Demokraten in der Tat zu einem anderen Ergebnis. Wir halten eine Wohnraumschutzsatzung für Köln sowie eine angemessene personelle Ausstattung zur Durchsetzung dieser Aufgabe für notwendig. Vorfälle wie in der Wetzlarer Straße und der Gebrüder-Coblenz-Straße lassen hier keinen anderen Schluss zu. Sie wissen genau, Herr Detjen, welche Personalschlüssel wir uns vorgestellt haben. Die halten wir durchaus für angemessen.

Meine Damen und Herren, wie Sie sich denken können, ist diesem Sinneswandel eine lange Diskussion in unserer Partei vorausgegangen: denn zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass von der Wohnraumschutzsatzung nicht nur Fälle wie in Humboldt/Gremberg und Deutz betroffen waren, sondern auch Freiberufler und andere Berufsgruppen, die das Prinzip "Wohnen und Arbeiten unter einem Dach" praktizieren wollten. Diese wurden oftmals ausgebremst, weil eine allzu kleinliche Auslegung der Wohnraumschutzsatzung schon geringe Ausweitung ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit in den eigenen vier Wänden verhindert hat.

Von daher bin ich sehr dankbar dafür, dass in dem gemeinsamen Antrag von CDU, Grünen, FDP und der Ratsgruppe GUT ein Erfahrungsbericht gefordert wird, in dem auch Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt werden sollen. Wir brauchen eine Wohnraumschutzsatzung, die effektiv und unbürokratisch ist und die die richtigen Personen trifft.

Ein weiterer Punkt, der mir in unserem gemeinsamen Antrag gefällt, ist die geplante Informationskampagne. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, aber durch die umfängliche Berichterstattung der Kölner Medien über die Zweckentfremdung von Kölner Wohnungen ist dieses Problem doch erst so richtig in das Bewusstsein der Kölnerinnen und Kölner gerückt und einhellig verurteilt worden.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

An dieser Stelle würde ich auch gern einmal der Presse ein Dankeschön sagen.

Sorgen wir dafür, dass durch eine Informationskampagne die schwarzen Schafe nicht wieder unter dem Radar verschwinden. Vermitteln wir diesen schwarzen Schafen das Gefühl, dass die Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner und im Übrigen auch die Mehrheit der Kölner Vermieter ihr Vorgehen missbilligen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Gedanken, der zwar nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Wohnraumschutzsatzung steht, aber sich doch mit dem Thema "Wohnraum schaffen in unserer Stadt" beschäftigt.

Ich habe gerade erläutert, dass wir einem Instrument, welches wir bis dato abgelehnt haben, nun zustimmen, weil wir uns davon mehr Wohnraum für Kölnerinnen und Kölner versprechen. Aber, meine Damen und Herren, liebe Kollegen der anderen Fraktionen, es geht auch andersherum. Man kann Instrumente, an die man sich bisher geklammert hat, auch wieder abschaffen, wenn sie eben nicht greifen.

Jüngstes Beispiel aus der letzten StEA-Sitzung ist folgendes: Auf die Frage unseres Fraktionschefs Ralph Sterck, wie viele Wohnungen durch das Kooperative Baulandmodell geschaffen wurden, antwortete Baudezernent Greitemann: null.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das hat er so nicht gesagt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, CDU, Grüne und LINKEN, seit Jahren preisen Sie uns das Kooperative Baulandmodell als das Allheilmittel schlechthin an. Gebracht hat es nichts. Ich würde mir wirklich wünschen, dass Sie einmal darüber nachdenken, ob Sie die Bautätigkeit in Köln nicht eher dadurch ankurbeln, dass Sie Investoren mehr Anreize bieten, anstatt sie immer mehr mit neuen Vorschriften zu traktieren.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich weiß, neues Denken verlangt Mut. aber ich traue Ihnen das durchaus zu. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt kommt Herr Weisenstein.

42. Sitzung vom 27. September 2018



Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf ganz kurz bei meiner Vorrednerin Frau Hoyer ansetzen. Sie haben von den Zahlen aus dem Stadtentwicklungsausschuss zum Kooperativen Baumodell berichtet. Diese sind tatsächlich ernüchternd. Aber Sie hatten auch einen längeren Prozess - wie Sie eben selbst geschildert haben - durchlaufen, um zu der Erkenntnis zu kommen, dass die Wohnraumschutzsatzung ein wichtiges Instrument ist, und ich gönne Ihnen die Zeit, auch beim Kooperativen Baulandmodell noch das eine oder andere Jahr und die eine oder andere Zahl abzuwarten. und dann reden wir in drei oder vier Jahren noch einmal darüber. Ich glaube, dann müssen wir nicht so pessimistisch an die Sache herangehen.

(Beifall bei der LINKEN und von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht mitmachen in dem Ränkespiel: Wer hat zuerst die Wohnraumschutzsatzung für Köln entdeckt? Da würden wir vielleicht gar nicht so schlecht abschneiden. Ich möchte mich eigentlich bedanken und bin sehr froh, dass wir jetzt so eine breite Mehrheit hier im Rat haben, die erkannt hat, dass die Wohnraumschutzsatzung ein wichtiges Instrument ist, um Leute vor dem Verdrängen aus ihrer Wohnung zu schützen.

Außerdem bin ich auch sehr erleichtert darüber, dass das Land eine Kehrtwende genommen hat und erkannt hat, dass die Wohnraumschutzsatzung weiterhin erforderlich ist. Auch das ist eine positive Entwicklung.

Es ist eben die Presse angeklungen, das ist völlig richtig, dieser Bericht im Express war sehr wichtig. Ich möchte aber auch noch einmal Herrn Ludwig danken, dass er so deutlich und kraftvoll im Express die Dramatik dargestellt hat und diese 7 000 Wohnungen betont hat und der ganzen Diskussion damit eine gute Dynamik verliehen hat.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich glaube, ohne dieses Interview von Herrn Ludwig im Express würden wir heute nicht mit einer solchen breiten Mehrheit die Wohnraumschutzsatzung beschließen.

Ich möchte auch darauf eingehen, was die Frage des Personals angeht. Es sind jetzt verschiedene Zahlen im Raum; die neuen, die in der Mitteilung der Frau Oberbürgermeisterin sind. Ich möchte aber auch daran erinnern, dass wir im

Frühjahr dieses Jahres unmittelbar nach dem Interview von Herrn Ludwig im Express eine Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss hatten, bei der wir den Antrag in die Haushaltsberatungen verwiesen haben. In diesem Antrag werden 18 Stellen zusätzlich gefordert. Ich möchte an alle, die für den Haushalt verantwortlich sind, appellieren: Schauen Sie sich das bitte noch einmal genau an und denken Sie daran, 7 000 Wohnungen wird man nicht einfach mit vielleicht zehn Leuten irgendwie zurechtbiegen, sondern es muss wesentlich mehr Personal angesetzt wer-

Meine Damen und Herren, ich würde gern noch kurz auf den Änderungsantrag der CDU eingehen. Dem SPD-Antrag werden wir so, wie er ist, zustimmen. Der ist richtig, der ist gut, der ist detailreich.

Zu dem CDU-Antrag muss man allerdings das eine oder andere noch kurz sagen. Ich will einmal damit anfangen: In Punkt 4 haben Sie den Ausgleich aufgenommen, dass eine Wohnung, wenn sie zweckentfremdet ist, im gleichen Stadtbezirk ersetzt werden muss. Meiner Meinung nach kann das nicht sein, sondern das muss natürlich näher sein. Wenn wir uns überlegen, dass Stadtbezirke ja an und für sich Großstädte mit 120 000 Einwohnern oder vielleicht sogar noch mehr sind, dann zu sagen, es muss im gleichen Stadtbezirk sein, greift zu weit. Das muss im gleichen Stadtteil unserer Auffassung nach erfolgen. Ich würde bitten oder anregen, dass die Antragsteller das jetzt übernehmen. Darüber muss man nicht groß abstimmen. Das kann man, denke ich, einfach übernehmen.

Das, was ich etwas schade oder falsch an Ihrem Antrag finde, ist der Punkt 6. Da wollen Sie noch einmal das Fass aufmachen und sagen: Wir vergleichen, bevor wir wissen, wie viele Stellen wir brauchen. - Lassen Sie uns jetzt nicht noch Benchmarking und Vergleiche usw. durchführen, lassen Sie uns jetzt anfangen. Schauen Sie, dass Sie in den Haushaltsberatungen so viel Personal wie möglich für diese Aufgabe bereitstellen, und dann sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

Deswegen muss ich bei dem Änderungsantrag der CDU um getrennte Abstimmung bitten - ich will nicht darauf pochen, sondern darum bitten -, weil wir diesen Punkt 6 nicht mittragen würden, aber alles andere gern mittragen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Frau Gärtner, um ein bisschen Fairness würde ich dann doch bitten. Das fand ich ein bisschen ungerecht, ein bisschen arg ungerecht.

(Zurufe: Oh!)

- Ja, ich bin heute mal ganz sensibel.

Vor zwei Jahren war ich beim StEA dabei, wo Michael Frenzel als Einziger das Thema angestoßen hat und genau darüber gesprochen hat. Da hatten noch richtig viele über das Thema geschmunzelt. Insoweit ist es ausgesprochen ungerecht, hier zu sagen, mit diesem Antrag, der jetzt gemeinsam kommt, wäre alles geregelt an dieser Stelle. Das ist einfach unfair und ungerecht und ist eben diese Sandkastenspielerei, die Sie vorhin so moniert haben. Nichts anderes ist das. Das habe ich heute hier gelernt. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der SPD)

Jetzt aber zum eigentlichen Antrag: Wenn solche von Tourismus geprägten Städte wie Wien, Berlin, Barcelona und viele andere Airbnb dafür verantwortlich machen, dass es Mietsteigerungen gibt, dann muss uns das hellhörig machen. Wenn Berlin und andere Städte darüber sprechen, dass es in lukrativen Veedeln oder Orten in ihren Städten lukrativer ist, mit Airbnb zu vermieten als klassisch, dann muss uns das nicht nur hellhörig machen, sondern dann müssen wir vorbereitet sein an dieser Stelle.

Selbstverständlich sind wir für eine zeitweise Ferienvermittlung über Online-Plattformen. Das können Sie mir auch abnehmen. Ich bin derjenige, der sich seit vielen Jahren dafür einsetzt, auch für Netzfreiheit einsetzt, und das gilt selbstverständlich auch für Unternehmen an dieser Stelle, auch wenn sich mein Mitgefühl für ein 35milliardenschweres Unternehmen wie Airbnb wirklich etwas in Grenzen hält an dieser Stelle.

Sinnvoll ist aber auch, dass es als Zeichen an das Land gesehen wird; denn es gibt eine sehr interessante Initiative, die, glaube ich, gerade auf Landesebene von der SPD in den Ausschüssen behandelt wird, wo es gerade darum geht, das es ist ein sperriger Begriff, vielleicht hätte man etwas Kreativeres sagen können - Wohnaufsichtsgesetz bedarfsgerecht anzupassen. Es ist

noch ein bisschen länger, aber darum geht es inhaltlich an dieser Stelle. Ich glaube, es wäre ein ausgesprochen richtiges Zeichen, das wir hier mit diesem Antrag stellen, auch in Richtung des Landes.

Wohnen ist eben ein bisschen mehr als nur eine Wohnung. Es ist soziale Sicherheit, Grundbedürfnis und Mittelpunkt unserer Lebenserfahrung. Ein Missbrauch und eine Zweckentfremdung tragen dazu bei, das zu zerstören.

Vielleicht darf ich abschließend sagen, dass dieser Antrag wirklich ein gutes Beispiel dafür ist, wie ein Teilbereich der Digitalisierung in verantwortliche Hände gehört, vor allem in sozial verantwortliche Hände. Ich bin deswegen froh, bei diesem Antrag an dieser Stelle dabei zu sein. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Es ist nun schon fast alles gesagt, aber ich möchte doch noch einmal an einer Stelle auch auf Frau Gärtner eingehen.

Frau Gärtner, wenn man versucht, in einer solchen Wortmeldung der anderen Seite, deren Meinung man nicht so teilt, Unredlichkeit oder Unfähigkeit oder irgendetwas anzuheften, sollte man bei den Fakten bleiben. Wenn man auch die Fakten falsch darstellt, wird es wirklich peinlich.

Sie wissen ganz genau, dass Ihr Antrag, wie die Aktuelle Stunde zu beenden sei, nach dem Antrag der SPD kam, und Sie wissen auch ganz genau, dass die SPD das Thema Airbnb hier immer wieder gebetsmühlenartig durch die Ausschüsse gejagt hat - im Wirtschaftsausschuss, im Stadtentwicklungsausschuss, im Sozialausschuss.

Ich habe den Antrag vom Januar 2017, den Sie abgelehnt haben, in dem die SPD gefordert hat, mit Airbnb in Kontakt zu treten und mit denen zu verhandeln. Erst nachdem das Problem durch die Presse Ihnen irrsinnig um die Ohren geflogen ist, als Sie bis zu den Ohren im Mist steckten, haben Sie angefangen zu handeln und versucht, mit dieser Aktuellen Stunde in irgendeiner Art und Weise Handlungsfähigkeit zu symbolisieren. Das ist doch der Fakt. Da müssen wir doch wirklich einmal ganz klar sagen: Das ist das Prob-



lem, dass Sie seit zwei Jahren hier nichts auf die Kette kriegen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gärtner, eine Replik.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, ich möchte kurz vom Platz aus antworten.

Herr Frenzel, ich finde, es hilft uns überhaupt nicht weiter, wenn wir jetzt anfangen aufzuzählen, wer gerade in welchem Ausschuss wann was gemacht hat. Wir alle haben uns mit dem Thema mehrfach befasst. Das ist in den letzten Wochen eskaliert, deshalb haben wir diese Aktuelle Stunde beantragt und einen gemeinsamen Beschluss gefasst.

Sie haben mir, glaube ich, nicht gut zugehört. Ich habe gesagt: Ich fand es gut, dass wir alles gemeinsam tun. Dann bringt es einfach nichts, wenn in der nächsten Ratssitzung eine einzelne Fraktion hingeht und einen Antrag stellt im Grunde genommen für dasselbe, was wir schon gemeinsam beschlossen haben.

Was ganz wichtig ist: Wir haben im Sozialausschuss beschlossen, dass wir einen Erfahrungsbericht haben wollen, damit wir die Satzung optimieren können; denn sie ist nicht optimal. Nicht nur die Kontrollen haben gefehlt, sondern wahrscheinlich müssen wir auch die Satzung noch an dem einen oder anderen Punkt ändern. Aber wir möchten gemeinsam mit Ihnen und allen Fraktionen diesen Erfahrungsbericht lesen und auswerten. Es bringt einfach nichts, wenn wir hier so einen unedlen Wettstreit über irgendwelche Dinge, wer zuerst was gemacht hat, anfangen und dann dem einen oder anderen Unredlichkeit vorwerfen. Wir alle haben uns damit befasst und sollten das auch künftig tun.

(Beifall bei der CDU - Zuruf: Genau!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt gern abstimmen lassen, zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Grüne und FDP. Ich möchte an der Stelle zunächst fragen, ob der Hinweis von Herrn Weisenstein zu Absatz 4, dritte Zeile - da hatten Sie angeregt, "im gleichen Stadtbezirk" durch "im gleichen Stadtteil" zu ersetzen - übernommen wird.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Genau!)

Dann würde ich zunächst die antragstellenden Fraktionen fragen, ob das übernommen werden soll.

(Zurufe: Nein!)

Das ist nicht der Fall. - Ich muss es ja fragen. Wir müssen ja so miteinander umgehen, dass wir alle Anregungen auch hier verfolgen.

Dann würde ich Ihnen gern sagen, dass Einzelabstimmung beantragt ist, und zwar lasse ich zunächst über Punkt 6 des Ersetzungsantrags abstimmen und dann über alle weiteren Punkte, bevor ich dann unter Umständen über den ursprünglichen Antrag abstimmen lasse.

Also zunächst der Änderungsantrag, und zwar zunächst zu Punkt 6: Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag bezüglich Punkt 6 angenommen.

Dann lasse ich abstimmen über den Rest des Antrags, also über alle anderen Spiegelstriche. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Jetzt komme ich noch zur Gesamtabstimmung. Zustimmung? - Von SPD-Fraktion, Grüne, CDU-Fraktion, LINKE, Herr Wortmann und die beiden Ratsgruppen.

(Zuruf)

- Die beiden Ratsgruppen und Sie haben sich enthalten. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von AfD und Rot-Weiß.

Dann ist auch die Gesamtabstimmung angenommen und der Antrag beschlossen. Damit hat sich der Ersetzungsantrag erledigt.

(Christian Joisten [SPD]: So einig können wir uns sein!)

- Ja, das ist doch ein gutes Zeichen.

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt

3.1.7 Antrag der SPD- Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat IV - Bildung, Jugend und Sport"



AN/1335/2018

3.1.6 haben wir vorn schon behandelt. Es hat Herr Joisten zunächst das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Neben dem Wohnungsbau ist in keinem anderen Bereich derzeit in dieser Stadt so viel Dampf im Kessel wie im Bereich des Dezernats Bildung, Jugend und Sport. Die Kölner Bevölkerung wächst stetig und schneller, als vor einigen Jahren vermutet, und das geht in Köln glücklicherweise auch mit einer steigenden Geburtenzahl einher, eine deutlich wachsende Anzahl von Kindern und Jugendlichen und damit am Ende des Tages auch eine deutlich wachsende Anzahl von Schülerinnen und Schülern.

Wir haben also enorme Aufgaben vor der Brust, für die kommende Generation die erforderlichen Investitionen zu tätigen: in unsere Bildungsinfrastruktur, in die Qualität der Bildungsangebote, in den Umfang und die Qualität der Angebote für Familien, für Freizeit, Sport und Bewegung und nicht zuletzt dafür, die Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche überall in dieser Stadt und dem Stadtgebiet zu fördern.

Neben dem steigenden Bedarf an wohnortnahen Grundschulen haben wir eine deutlich wachsende Nachfrage nach dem integrativen Bildungsangebot der Gesamtschule. Dass wir jährlich trotz einer erheblichen Anzahl zugesetzter Plätze eine hohe Anzahl an Ablehnungen haben, muss uns umso mehr anspornen, dieses System massiv auszubauen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ist das jetzt eine Kritik an der amtierenden Dezernentin?)

- Ich stelle Ihnen dar, lieber Herr Kienitz, welche Herausforderungen vor uns liegen und warum es erforderlich ist, hier eine Kontinuität und einen adäquaten Ersatz zu schaffen, was schwer sein wird für diese Dezernentin. Deswegen ist es, glaube ich, noch einmal gut zu wissen, vor welchen Herausforderungen wir hier stehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir jedenfalls sind der festen Überzeugung, dass diese Schulform, nämlich die der Gesamtschule, wenn sie bedarfsgerecht gefördert wird, wie keine andere individuelle Bildungschancen ermöglicht und gleichzeitig den erforderlichen Zusammenhalt in der Generation nach uns fördert.

Auch erfordert die Wiedereinführung von G9 - das ist ein gemeinschaftlicher Wunsch von sehr vielen - einen erheblichen Ausbau an Gymnasialplätzen. Es gilt, eine ausgewogene Weiterentwicklung dieser beiden, von den Eltern mittlerweile bevorzugten Schulsysteme fortzuführen.

In den letzten Jahren ist es der Dezernentin Agnes Klein mitten im Schulbaunotstand mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Dezernat gelungen, eine Mammutaufgabe zu bewältigen und immer wieder Lösungen zu finden, um Schülerinnen und Schüler unterzubringen, Betreuungsplätze aus dem Boden zu stampfen und auch die zahlreichen Kinder und Jugendlichen aus den zugewanderten Familien in das vorschulische und schulische Bildungssystem zu integrieren. Dafür gilt an dieser Stelle ein Dank noch einmal an die Dezernentin und an die Kolleginnen und Kollegen dort.

(Beifall bei der SPD und der LINKE)

Das hat wahrlich nicht immer nur zur Zufriedenheit aller betroffenen Familien funktioniert, aber ist in Zeiten, in denen die Menschen in unserer Stadt zu Recht darüber zu klagen haben, dass wir und auch die Bauwirtschaft infrastrukturell dem Bedarf nicht hinterherkommen, trotzdem sicherlich ein Kunststück.

Wer hier nachfolgt, tritt in große Fußstapfen und muss in der aktuellen Situation von uns in die Lage versetzt werden, dem Bildungsauftrag für die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt die erforderliche Priorität zu geben. Es darf keinesfalls dazu kommen, dass hier eine Vakanz entsteht. Es besteht die Notwendigkeit, dass eine gute Übergabe der Geschäfte möglich ist.

Ich habe es eben schon angerissen: Bildung, Jugend und Sport sind in einer wachsenden Großstadt untrennbar miteinander verbunden. Der infrastrukturelle Ausbau ist in allen drei Bereichen notwendig. Gleichzeitig besteht eine Flächenkonkurrenz - wir alle kennen das aus den verschiedensten Bereichen. Wir brauchen also eine gesamteinheitliche, eine gesamtkonzeptionelle Entwicklung von Bildung-, Jugend- und Sporteinrichtungen.

Agnes Klein hat das bereits vor vielen Jahren fortschrittlich mit dem integrierten Jugendhilfeund Schulentwicklungsplan für Köln aufgesetzt und umgesetzt. Das müssen wir konsequent weiter verfolgen. Hier wird aus einer Hand betrachtet, was für Angebote und individuelle Bedarfe es gibt. Gerade die enge Verzahnung der Bereiche in einem Dezernat ermöglicht es, die dazugehö-



rigen vielen Rädchen im gesamten System für Kinder, Jugendliche und eben auch im Schulbereich zusammenzudenken, als da wären die Schulsozialarbeit, die flächendeckenden Angebote der Schulen überall im Stadtgebiet, Unterstützungsangebote im Bereich der Inklusion, Verknüpfung der Familienberatung und der Schulpsychologie, der Allgemeine Soziale Dienst, die Streetworker, die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und beispielsweise auch die Berufs- und Weiterbildungsangebote inklusive der Tages- und Abendschule, um nur einige Leuchttürme und Highlights zu nennen, die hier zusammengebracht und zusammengedacht werden müssen.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Ich könnte diese Aufzählung unendlich weiterführen, aber Sie sehen doch einen Punkt, glaube ich, alle gemeinsam: die Verbindungslinien, die hier zwischen diesen verschiedenen Bereichen zu erkennen sind und die sich im System der regionalen Bildungslandschaft am Ende bündeln.

Wir sind eine ausgezeichnete kinderfreundliche Kommune; auch das ist klar. Wir sind im Kita-Ausbau bei Weitem noch nicht am Ziel dessen angekommen, was erreicht werden muss. Wir brauchen in der Sportentwicklungsplanung noch einmal einen Schub. Die Sportstadt Köln ist, glaube ich, auf einem guten Weg, aber hier ist auch Handlungsbedarf. Das hat uns der Sport in der letzten Woche noch einmal aufgezeigt.

Ich kann nur sagen: Die Bereiche Bildung, Jugend und Sport sind durch unzählige Verbindungslinien miteinander verbunden, die es im Sinne der Familien und Kinder zu nutzen gilt. Die Beibehaltung des Dezernats halten wir deshalb für entscheidend und ohne Alternative. Deswegen möchten wir heute frühzeitig eine Nachbesetzung der Stelle sicherstellen. Die Herausforderungen werden nicht kleiner und erfordern unbedingte Kontinuität der Amtsgeschäfte für das Bildungsangebot in dieser Stadt. Das ausgeschriebene Stellenprofil soll sich dabei an der vormaligen Ausschreibung anlehnen. Insofern würde ich mich sehr freuen, wenn wir heute gemeinsam hier ein klares Signal zur Kontinuität in der Aufgabenverteilung und in der Qualität der Aufgabenerledigung senden würden. Deswegen bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz hat das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich erspare es mir, auf die durchaus ausschweifenden Ausführungen des Kollegen zu reagieren. Es reicht eigentlich, zu sagen, dass es durchaus ein wichtiges Dezernat ist. Frau Dr. Klein hat durch ihre frühzeitige Erklärung den Weg dafür eröffnet, hier auch eine rechtzeitige Nachbesetzung vorzunehmen. Insofern werden wir dieser Vorlage zustimmen.

Gleichzeitig ist es uns wichtig, zu betonen, dass dieses Besetzungsverfahren nach der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen ein Verfahren des Rates ist, was wir in die Hände der Oberbürgermeisterin legen und auch dort zentral durch die Oberbürgermeisterin geführt wird. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Herr Joisten hat in seiner Rede für die Antragsteller erklärt, dass der formale Textteil des Ausschreibungstextes sich angelehnt hat an das, was bisher der Fall ist. Ich biete an, den anzupassen, und zwar in Bezug auf den Adressaten der Bewerbung, die Formulierung zur Gleichstellung oder unserer Inklusionsvereinbarung. Das ist ein alter Text, der hier zugrunde gelegen hat. Ich würde den Text gern an die Formalien anpassen, die wir auch bei der Ausschreibung von anderen Stellen in der Verwaltung bedienen.

Ich schlage daher vor, über den Antrag mit der Ergänzung zu beschließen, dass die Verwaltung die Formalien des Ausschreibungstextes eigenständig dem bei der Stadt Köln üblichen formalen Standard anpasst. Ja?

(Christian Joisten [SPD]: Ja, übernehmen wir!)

- Okay.

Dann würde ich jetzt gern darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltung der FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die Ratsgruppen, AfD und Rot-Weiß. Dann ist der Antrag so beschlossen. - Vielen Dank.

Ich rufe jetzt auf Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BUNT betr. "Kein Verkauf der städtischen Kliniken - Expertengremium soll Zukunft gestalten helfen" AN/1338/2018



Ich gebe Herrn Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. Mit diesem schon leicht angegrauten Bonmot möchte ich unser Thema etwas fokussieren.

Bei den Kliniken der Stadt Köln, über die wir jetzt reden, geht es nämlich nicht nur um irgendeine Beteiligung der Stadt. Es geht um Gesundheit, das heißt eigentlich um Krankheit und deren Heilung und Linderung. Der Bedarf dafür wird in den nächsten Jahren eher größer als kleiner; denn wir alle werden hoffentlich älter und die Babyboomer-Generation, zu der ich auch gehöre, geht langsam in Rente. Chronische Erkrankungen werden aber - das ist wichtig, zu wissen zunehmen. Das alles wird zu einer Zunahme der Krankenhauseinweisungen führen. Dafür werden wir eher mehr als weniger Krankenhausbetten benötigen, und das wird kosten. Aber Grund- und Regelversorgung ist wichtig und unverzichtbar.

Jede Kölnerin und jeder Kölner muss sich sicher sein: Wenn ich schwer erkranke, wenn ich Schmerzen habe oder wenn mir die Luft wegbleibt, dann bekomme ich auch und gerade bei den Kliniken der Stadt Köln Hilfe - 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr.

Deshalb sind die Kliniken für die Stadt Köln kein Nice-to-have, sondern eine unverzichtbare Verpflichtung, die sie ihren Bürgerinnen und Bürgern einfach einmal schuldet. Die medizinische Versorgung ist ein unveräußerbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge, deshalb lehnen wir den Verkauf - auch in Teilen und an wen auch immer - dieser Kliniken ab.

(Beifall bei der SPD)

- Danke schön.

Daseinsvorsorge kann man nun einmal nicht verkaufen. Diese Verpflichtung muss die Stadt schon selbst erfüllen oder durch ihre Töchter, in denen sie, die Stadt und kein anderer, das Sagen hat.

Ja, den Kliniken geht es wirtschaftlich - nicht medizinisch, nur wirtschaftlich - schlecht, und ja, die Kliniken befinden sich in einer schwierigen Sanierungsphase, und ja, ich danke Ihnen, liebe Frau Oberbürgermeisterin, und Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dafür, dass Sie ein klares Bekenntnis zu den Kliniken in den letzten

Sitzungen gemacht haben, und dafür, dass Sie diesem Bekenntnis mit erheblichen Summen auch Taten haben folgen lassen.

Dieses Bekenntnis sollte der Rat heute noch einmal wiederholen und aus den genannten Gründen erklären, dass er die Kliniken für unveräußerlich, für unverkäuflich hält.

Ein anderer Aspekt ist: Die Kliniken dienen zunächst selbstverständlich den Patientinnen und Patienten, aber die Kliniken sind auch Arbeitsplatz vieler Menschen in ganz unterschiedlichen Berufen, die alle zusammen dafür sorgen, dass dieses Uhrwerk Klinik rund um die Uhr läuft. Ihnen gelten unser Dank und unser Respekt. Wir als Rat der Stadt Köln sollten erklären, dass wir bei der Sanierung an ihrer Seite stehen und dass die Sanierung der Kliniken nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen werden darf. Es darf bei den Beschäftigten keine Verlierer geben.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein Aspekt ist: Wir wissen, dass es den Kliniken schlecht geht, aber wir kennen auch einen wichtigen Grund dafür. Das Land NRW kommt seiner Verpflichtung im dualen Finanzierungssystem einfach nicht nach.

(Lachen bei der FDP)

Es zahlt einfach nicht die Investitionsmittel an die Kliniken, die nötig wären.

Da muss man nicht lachen, das ist so. Einfach nachlesen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Sieben Jahre haben wir keinen Cent aus Düsseldorf bekommen! Keinen Cent von der rot-grünen Landesregierung!)

Frau Oberbürgermeisterin, hat Herr Petelkau das Wort oder ich?

(Zuruf: Dann reden Sie doch weiter! - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Haben Sie Angst vor der Wahrheit?)

Nein, ich mag nur nicht gegen jemanden anschreien.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde darum bitten, dass Herr Paetzold jetzt seinen Vortrag zu Ende bringen kann.

42. Sitzung vom 27. September 2018



Michael Paetzold (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin.

Herr Petelkau, ich gebe Ihnen da völlig recht, und ich weiß auch, dass die SPD-geführte Landesregierung auch nicht besser war als die jetzt CDU-geführte.

(Widerspruch bei der CDU)

Gut, es bleibt - das sagt die Frau Oberbürgermeisterin zu Recht - schlecht, und es ist zu wenig. Darüber müssen wir gar nicht reden. Das ist nun einfach einmal so.

(Beifall bei der SPD)

- Danke.

Das Problem ist doch, dass Kliniken - eben auch unsere -, die eine gute Infrastruktur für ihre Patientinnen und Patienten bauen wollen und die das selbst bezahlen, sehr, sehr rasch in eine finanzielle Schieflage rutschen, und die erleben wir gerade. Deshalb sollten wir - das wäre mein Wunsch und meine Bitte an Sie - unsere Stadtspitze, unsere Oberbürgermeisterin darum bitten, das Land aufzufordern, seinen finanziellen Verpflichtungen doch bitte endlich in ausreichendem Maße nachzukommen.

Ein Letztes, wenn ich das noch hinbekomme: Der medizinische Fortschritt ist rasant. Die Therapieformen werden immer komplexer und differenzierter. Es wird relativ kompliziert in der Medizin, allerdings zum Nutzen der Patienten. Das bedeutet aber auch, dass es zu einer immer weiteren Spezialisierung in der Medizin kommen wird. Längst wird nicht jede Medizinerin und jeder Mediziner alles an jedem Standort anbieten können. Das bedeutet aber auch, dass es in der Medizinlandschaft Köln neben der Grund- und Regelversorgung, die extrem wichtig ist, auch zu einer differenzierten Zentrenbildung kommen wird - mit Spezialisten, die eben nur Spezielles behandeln können.

Wir werden in diesem Zusammenhang eine größere Kooperation brauchen. Dabei kommt - das ist noch einmal ganz wichtig - der Vorschlag ins Spiel, den unser Bundestagsabgeordneter Professor Karl Lauterbach und ich schon am 22. Juni 2018 vorgestellt haben. Es geht darum, dass wir eine Expertenkommission vorschlagen - Sie finden das in unserem Antrag; meine Zeit ist gleich zu Ende dank Herrn Petelkau -, die diese Kooperation vordenken soll.

Wir glauben, dass die Unikliniken und Kliniken der Stadt Köln die Player in Köln werden, die ei-

ne solche Kooperation bilden können. Deshalb schlagen wir diese Kommission vor und hoffen sehr, dass Sie uns dabei unterstützen. Für eine Kooperation braucht es Sachverstand, guten Willen und ein bisschen Mut. Es braucht aber nicht den Verkauf der Kliniken der Stadt. - Vielen Dank, auch fürs Überziehen-Dürfen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einfach mal etwas mehr Sachlichkeit in diese Debatte hineinbringen, -

(Zurufe von der SPD: Hui!)

- weil Herr Paetzold versucht seit mehreren Wochen - es gab schon verschiedene Initiativen -, hier über verschiedene Dinge eine Nebelkerze zu schmeißen.

Das Erste ist - das ist das, was besonders zu kritisieren ist -: Sie schüren seit Wochen massiv die Angst unter den Beschäftigten. Es wird immer wieder angedroht: Die Kliniken werden veräußert, dann steht ihr alle auf der Straße. - Das ist etwas, was nicht in Ordnung, sondern unlauter ist. Sie haben das hier an der Stelle auch wieder indirekt getan, indem dieses Gerücht entsteht. Das stand nie zur Debatte. Es ist von Anfang an in dieser schwierigen Situation, in der die Kliniken sich befinden, immer wieder betont worden, dass wir drei wichtige Ziele haben.

Das erste Ziel ist, dass die Maximalversorgung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln, erhalten bleibt. Es ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, dass wir den Maximalversorger gerade für den rechtsrheinischen Bereich und für die anderen Teile von Köln entsprechend erhalten.

Das Zweite, was immer wichtig war, ist, dass die Beschäftigten ihre Arbeitsplätze unverändert behalten können - auch nach einer Sanierung.

Die dritte Botschaft ist - das ist auch in unser aller Interesse -, dass die Gesundheitsvorsorge in Köln bzw. der gesundheitliche Dienstleistungsstandort Köln insgesamt gestärkt wird.

Wir haben jetzt diverse Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das eine ist ein Sanierungskon-



zept. Es war von Anfang an klar, dass eine Sanierung erfolgen muss. Jetzt den Eindruck über den Antrag zu erwecken, die Stadt Köln oder auch die politischen Parteien stehen nicht hinter der Sanierung, ist einfach unredlich.

(Beifall bei der CDU - Michael Paetzold [SPD]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Es steht im Antrag unter Punkt 3:

Die städtischen Kliniken werden bei der Erstellung eines Sanierungskonzeptes unterstützt.

Das Sanierungskonzept ist im Prinzip auf den Weg gebracht worden, und damit ist auch klar, dass es umgesetzt wird. Das ist doch selbstverständlich.

Es geht jetzt um die Frage: Wie können wir die Situation weiter verbessern? Deshalb haben wir hier im Rat erst einmal eine Due Diligence beauftragt, um überhaupt wieder eine Transparenz zu schaffen. Denn die fehlende Transparenz ist offensichtlich das größte Problem der letzten Jahre gewesen, sowohl für die Beteiligungsverwaltung als auch für die Mitglieder des Aufsichtsrats, die offensichtlich nicht in der Lage waren, dieses Unternehmen so zu kontrollieren, dass wir nicht ich sage es einmal so - zum Ende letzten Jahres größere Probleme aufgefunden haben, was man hier entsprechend nachvollziehen kann. Das sind alles Punkte, die man hier entsprechend würdigen muss.

Es geht darum, dass wir jetzt eine gute Zukunft für die Kliniken in Köln schaffen. Wir haben bestimmte Dinge entsprechend auf den Weg gebracht. Wenn diese Informationsbasis da ist, dann ist die Zeit, darüber zu diskutieren, wie es mit den Kliniken im Einzelnen weitergeht, ob eine Kooperation mit den Unikliniken Sinn macht und wie diese Kooperation aussieht. Das ist der Zeitpunkt. Wir sind aber noch in der Phase, in der genau untersucht werden muss: Wie ist die Ausgangssituation? Wie viel Geld benötigen wir am Ende für die Sanierung? Und es ist, wie gesagt, gegenüber den Beschäftigten, aber auch gegenüber der vielen Patientinnen und Patienten, die dieses Krankenhaus täglich nutzen, unverantwortlich, jetzt die Kliniken in eine Situation zu bringen, in der immer wieder latent die Gefahr beschworen wird, dass hier keine gute Entwicklung da ist. Das ist nicht das, was wir wollen. Wir wollen eine gute Zukunft für die Kliniken haben. Daran werden wir alles setzen. Aber wir werden nicht von Anfang an alle Optionen hier ausschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche einmal abzuschichten, was die Antragsteller hier aufgeschrieben haben.

Zunächst einmal Punkt 1:

Ein Verkauf der Kliniken ... wird ausgeschlossen.

Das Parteiprogramm von Bündnis 90/Die Grünen in Köln ist öffentlich. Sie können dort hineinschauen, darin steht ein ähnlicher Satz, allerdings mit dem Zusatz: "an Private". Das kann ich hier auch zu Protokoll geben: Wir stehen nicht für die Veräußerung der Kliniken an Private zur Verfügung. Punkt. Das ist so.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Zweitens - das hat der Kollege Petelkau auch angesprochen -: die Daseinsvorsorge. Kollege Paetzold hat es natürlich auch angesprochen.

Sie fordern dazu auf, dass die Stadt ein klares Bekenntnis zu den Kliniken abliefert. Sie haben selbst gesagt - das will ich gern konstatieren und meine Rede anpassen -, dass das schon passiert ist; denn wir alle haben hier erhebliche Beträge - ich glaube, es sind inzwischen dreistellige Millionenbeiträge, wenn ich richtig zähle - freigemacht für die Kliniken der Stadt Köln. Insofern ist Punkt 2 aus meiner Sicht richtig, aber erledigt, Herr Kollege.

Punkt 3: Auch da ist schon das Stichwort gefallen, das S6-Gutachten. Das wissen Sie als Vorsitzender des Aufsichtsrats natürlich noch besser als ich als einfaches Aufsichtsratsmitglied. Das S6-Gutachten im Entwurf liegt vor - da verrate ich, glaube ich, kein Geheimnis, ohne in die Einzelheiten zu gehen - und wird umgesetzt werden. Insofern ist auch Punkt 3 aus unserer Sicht obsolet.

Punkt 4:

Der Rat der Stadt Köln steht an der Seite der Beschäftigten ...



- Natürlich! Wir haben die entsprechenden Liquiditätshilfen gegeben.

Und er spricht sich gegen eine Verschlechterung der Tarife aus. - Dazu kann ich nur sagen: So viel ich weiß, ist das die Hoheit der Tarifvertragsparteien und wird sicherlich nicht vom Rat der Stadt Köln angetastet werden. Da habe ich überhaupt keine Bedenken. Insofern ist auch Punkt 4 aus meiner Sicht nicht wirklich zu beschließen.

Punkt 5: Da wird es jetzt interessant. Sie haben am Ende Ihrer Rede ein bisschen Stakkato-artig versucht, das zu erklären. Ich habe tatsächlich noch nicht ganz verstanden, was eine gemeinsame unabhängige Kommission, die aber gewerkschaftsnah ist, Hochschulen und andere Kliniken beinhaltet, bringen soll.

Wie unabhängig Gewerkschaften sind, wie unabhängig andere Kliniken sind in Bezug auf die Kliniken der Stadt Köln, kann sich, glaube ich, jeder denken. Bei diesem Gremium, das Sie vorgeschlagen haben, ist mir völlig unklar, was es für Kompetenzen haben soll und wie es zusammengesetzt sein soll.

Nach meinem Verständnis gibt es einen Aufsichtsrat; dem gehören wir beide und andere Kollegen hier im Raum an. Der Aufsichtsrat macht seinen Job. Vielleicht haben wir ihn nicht gut gemacht; darüber müssen andere befinden. Nach den vorliegenden Informationen haben wir, glaube ich, jeweils korrekt und auch zeitnah gehandelt. Die Frage war, ob die Informationen immer zum richtigen Zeitpunkt vorgelegt wurden. Darüber wird aus meiner Sicht sicherlich noch an anderen Orten zu reden sein.

Von daher verstehe ich dieses Gremium nicht. Wir haben eine Gesellschaftervertreterin und einen Rat - von daher glaube ich nicht, dass wir zwanghaft jetzt ein weiteres Gremium schaffen müssen, das mir zunächst zumindest so nicht verständlich ist.

Den letzten Punkt, den sechsten Punkt kann ich unterschreiben. Das ist so. Die Landesregierung - egal, welcher Couleur - und übrigens auch die Gesundheitsminister - egal, welcher Couleur - haben die auskömmliche Investitionsfinanzierung der Kliniken verschlammt und versandet, und das ist kritikwürdig. Das nehme ich auch durchaus als grüner Gesundheitspolitiker mit, dabei bricht mir nichts aus der Krone.

Letzter Punkt: Ihr nigelnagelneuer Fraktionsvorsitzender, Herr Paetzold, hat heute von diesem Platz aus wörtlich gesagt: Nichts beschließen, bevor wir die Fakten kennen! - Ich kann mich diesem intelligenten Satz nur anschließen und ihn auf die Kliniken beziehen. Von daher würde ich sagen: Heute ist dieses Papier nicht zu beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Fast 1 Million Euro wollen Sie für ein Gutachten ausgeben, das eine Fusion mit den Unikliniken prüfen soll. Ich finde, das ist ein Skandal.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das gehört zum nichtöffentlichen Teil.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Hier werden immense Summen ausgegeben. Noch nie hat der Rat der Stadt Köln so eine gigantische Summe für ein Gutachten ausgegeben.

(Bernd Petelkau [CDU]: Herr Detjen, wir befinden uns im öffentlichen Teil!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir befinden uns im öffentlichen Teil.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Ja, genau. Wir befinden uns im öffentlichen Teil. Deswegen habe ich auch nicht den genauen Betrag gesagt, sondern habe nur gesagt, was das in etwa sein könnte.

Es gibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Mehrheit für einen Verkauf der städtischen Kliniken an die Unikliniken. Die Grünen und die CDU sind gespalten, nur die FDP trägt das Banner der Privatisierung vor sich her.

(Zurufe)

Das Reker-Bündnis eiert herum und will die Oberbürgermeisterin nicht im Regen stehen lassen. Wenn man nicht weiß, was man genau will, gibt man ein Gutachten in Auftrag. Dann kommt der Gutachter, muss natürlich viel prüfen, bevor klar ist, was die einzelnen Parteien wollen. Das, meine Damen und Herren, ist Herumeiern, wenn



man nicht klar sagt, wo in etwa die Richtung ist. Dass man sich das eine oder andere offenhält, ist normal, aber man muss den Kurs angeben, und der Kurs kann nur sein: keine Privatisierung.

42. Sitzung vom 27. September 2018

(Beifall bei der LINKEN)

So gesehen, meine Damen und Herren, macht diese Diskussion Sinn.

Frau Jahn und Herr Petelkau, bekennen Sie sich doch klar dazu, dass Sie die Kliniken in kommunaler Hand mehrheitlich - ich mache Ihnen jetzt schon einen Weg offen - behalten wollen. Wenn Sie diesen Kurs nicht einschlagen: Wie wollen Sie das Ihrem Arbeitnehmerflügel in der CDU, dem CDA, begründen, der sich ganz klar positioniert hat? - Deswegen sind CDU und Grüne in dieser Frage gespalten und sagen: Das soll mal das Gutachten regeln. - Das sind aber Sachen, die kein einziges Gutachten regeln kann. Das können nur wir selbst.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, meine Damen und Herren, brauchen Klarheit und Sicherheit. Wir stehen an ihrer Seite und wollen eine gute und leistungsfähige Klinik haben. Dazu missbrauchen wir jetzt die Sanierungsphase, um in dieser Sanierungsphase Vertrauen zu schaffen und nicht sozusagen Misstrauen zu schaffen. Darum geht es uns doch, deswegen dieser Antrag: keine Privatisierung.

Wir wollen auch noch einmal betonen - das ist in Punkt 4 auch enthalten -, dass wir sagen: Es muss klar sein, dass wir kein Outsourcing machen. Diesen Kurs, den die Uniklinik eingeschlagen hat, dass sie zwölf einzelne Firmen - Kantine, Reinigung, Patienten-Service usw. - outgesourct haben und dort mit prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, wollen wir nicht. Wir wollen nicht die Belegschaft spalten, und wir wollen keine Unruhe stiften. Dieses Bekenntnis hätte man doch auch einmal klar sagen können, dass wir die Belegschaft nicht spalten wollen, sondern dass wir versuchen wollen, Vertrauen aufzubauen. Meine Damen und Herren, es wäre möglich gewesen, das in dieser Diskussion deutlich zu machen.

Meine Damen und Herren von Jamaika und von der FDP: Warum haben Sie denn keinen Änderungsantrag gestellt? Zu jedem Pups bringen Sie einen Änderungsantrag, aber zu dieser wichtigen Frage bringen Sie keinen Änderungsantrag. Sie lehnen nur diesen Kurs ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, keine Fäkalsprache bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Was habe ich denn gesagt?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: "Pups".

Jörg Detjen (DIE LINKE): Okay.

(Heiterkeit)

Ich entschuldige mich wegen des Pupses.

Meine Damen und Herren, wegen jeder Kleinigkeit werden Änderungsanträge gestellt, aber in dieser wichtigen Frage, ob man sich eine Privatisierung - und wenn es nur eine kleine ist - offenhält oder einen klaren Kurs fährt, nicht. Das führt einfach zu Misstrauen.

Frau Reker, Sie waren auf der Belegschaftsversammlung gewesen. Ich bin nicht dabei gewesen und habe es mir nur erzählen lassen, dass natürlich auch viel Kritik laut wurde. Dieses Misstrauen könnten wir überwinden. Dass die Sanierungsfrage so schwierig ist, ist uns doch auch klar. Wir sind ja auch nicht blöd.

(Zurufe)

Wir haben solche Prozesse auch schon mitgemacht. - "Blöd" geht, glaube ich, noch.

(Heiterkeit)

Meine Ampel ist jetzt auf null. Ich höre jetzt einfach auf, -

(Beifall bei der CDU)

- will aber noch einmal deutlich machen, dass wir eine breite Gesundheitsversorgung haben. Wir haben die Oper und das Schauspielhaus saniert, wir haben viel Geld dafür ausgegeben. Ich würde mir wünschen, dass man sagt: Für die vielen Tausenden Kölner, die jeden Tag im Krankenhaus sind - das sind viel mehr Menschen als im Schauspielhaus -, brauchen wir auch eine Sicherheit und eine Garantie. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.



Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Was mussten wir hier hören?

(Heiterkeit und Beifall)

Selbstverständlich gibt es Anträge, selbst von den LINKEN, wo man sich überlegen könnte, einen Änderungsantrag zu stellen. Aber bei dem, was wir hier gehört haben und was wir hier sehen und lesen durften, lohnt sich das nicht, meine Damen und Herren. Da lohnt sich das nicht!

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie können hier Tausend Mal von Privatisierung reden - das ist ja Ihr Kampfbegriff -, es wird deshalb nicht richtig, meine Damen und Herren. Es wird nicht richtig, wenn wir darüber reden, zwei öffentliche Unternehmen bzw. Institutionen zu einer Charité des Westens zusammenzulegen. Das gab es auch schon in anderen Städten, das gab es vielleicht sogar auch in den neuen Bundesländern. Vielleicht hat - schauen Sie lieber mal nach - sogar DIE LINKE zugestimmt bei einer solchen Sache, wenn man sich im öffentlichen Bereich überlegt hat, etwas zu machen.

Meine verehrte SPD, man kann es fast mit der Angst zu tun bekommen, euch, SPD, und eure Ideen zu Ioben, da nicht gewiss ist, ob am nächsten Tag ihr eure eigenen Ideen negiert oder von euch verteufelt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

So muss es mir mit diesem Antrag gehen - ich muss es hier einmal sagen - bezüglich der Zusammenlegung von Uniklinik und städtischen Kliniken zu einer Charité des Westens. Gestern hui, heute pfui, meine Damen und Herren. So kann man das von der SPD zusammenfassen.

Warum sage ich das? - Wir von den Freien Demokraten hörten von dem Vorhaben, die Kölner Uniklinik, in Trägerschaft des Landes - nicht privat, sondern des Landes -, mit den Kliniken der Stadt Köln, damit beide in öffentlicher Hand, zu einem starken Anbieter in der Kölner Krankenhauslandschaft zusammenzufassen, und zwar in Zeiten der rot-grünen Mehrheit in NRW, vorangetrieben von der SPD. Jetzt hätte ich gedacht, ihr von der CDU würdet sagen: "Hört, hört!" Ich sage es noch einmal: in Zeiten der rot-grünen Mehrheit in NRW, vorangetrieben von der SPD.

(Zurufe von der CDU: Hört! Hört! - Heiterkeit)

- Danke.

Eines ist doch gewiss: Die Kölner SPD hatte davon Kenntnis und trug das Vorhaben mit, und jetzt, meine Damen und Herren, stellt man diesen Antrag, der alles wieder negiert.

Meine Damen und Herren, wollte nicht sogar der Oberbürgermeisterkandidat der SPD, Jochen Ott, bei seiner Wahl den Zusammenschluss der öffentlich geführten Kliniken in Köln zum Highlight seiner Amtsführung machen?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Unglaublich!)

Okay, er ist bekanntlich nicht Oberbürgermeister geworden, auch verlor er durch richterlichen Beschluss zu einer Neuauszählung sein Ratsmandat, aber ich frage ernsthaft: Ist das Vorhaben eines Zusammenschlusses zweier öffentlich geführter Kliniken deshalb verwerflich, nur weil Jochen Ott und die Kölner SPD das damals vermeintlich favorisierten? - Ich denke, nein, meine Damen und Herren, und ich hoffe, Sie auch.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich halte es für löblich und vernünftig, dass die jetzige Landesregierung Vorhaben der vorherigen Landesregierung übernimmt. Das nennt man Kontinuität in einer Demokratie. Auch eine ehemalige rot-grüne Landesregierung - da geben Sie mir doch wohl recht - hat mal gute Ideen, die es weiterzuverfolgen gilt.

Was aber nicht geht und der Kontinuität in einer Demokratie schadet, ist, dass das, was für die SPD in der Regierung noch richtig war, nun plötzlich für die SPD in der Opposition falsch ist.

Verehrte SPD, das ist nicht glaubwürdig, und Wählerstimmen kann man damit auch nicht erringen. Sozialdemokraten können - wenn sie denn wollen - durchdachte Konzepte vorlegen. Dieser Antrag ist es nicht. Er konterkariert eher ein durchdachtes Konzept. Warum? Deutschland hat geschichtlich ein vielfältiges Krankenhausträgersystem. Wir haben öffentliche Träger, wir haben kirchliche und gemeinnützige Träger, und wir haben private Träger. Jeder Träger hat seinen eigenen historischen Ursprung und Sinn - auch in Köln.

Wer hier ein Werturteil fällt, der eine Träger ist gut, der andere ist schlecht, verkennt die Historie und die Leistung, die die Trägervielfalt uns gebracht hat - eine der leistungsfähigsten Krankenhausstrukturen in der Welt, so auch in Köln.

Es herrscht Wettbewerb um die beste Behandlung für Einheimische, aber auch beim lukrativen Markt ausländischer Patienten - so auch in Köln. 42. Sitzung vom 27. September 2018



Die städtischen Kliniken, ohne auf die vielschichtigen Gründe einzugehen, sind da massiv ins Hintertreffen gelangt. Es gibt Probleme bei der Krankenhausfinanzierung - so auch in Köln. Einige Träger lösen das gut, andere weniger, und die städtischen Kliniken lösen das schlecht. Die Unikliniken lösen das aber gut. Und wenn wir uns dann überlegen, die Stärken eines öffentlichen Trägers wie die Uniklinik mit den städtischen Kliniken zusammenzufassen, bei denen wir Probleme haben, und sagen, dass wir einen öffentlichen Träger mit dem Namen "Charité des Westens" machen, dann kann das nur gut sein.

Darum bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen, weil er den falschen Weg geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. - Doch, Herr Joisten

Christian Joisten (SPD): Da ich jetzt das Wort "SPD" einige Male zu oft in der Rede von Ulli Breite gehört habe, möchte ich doch noch einmal ganz kurz Stellung dazu nehmen.

Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, welchen Antrag Sie gelesen haben, Herr Breite, unser kann es nicht sein. Sie haben sich jetzt an Modellen abgearbeitet, die in diesem Antrag, den ich hier in den Händen halte und der bei Ihnen auf dem Tisch liegen müsste, nicht stehen.

Das Bekenntnis, die städtischen Kliniken nicht verkaufen zu wollen, hat doch nichts damit zu tun, sich Gedanken darüber zu machen, was sonst alles in der Welt möglich ist. Hier zu unterstellen, dass all das im Widerspruch zueinander stünde, was Sie aufgezählt haben, ist schlichter Unsinn. Beim Lesen des Antrages wird nur deutlich: Wir können uns derzeit nicht vorstellen, eine Mehrheit der städtischen Kliniken aus der Hand zu geben. Ich hatte gehofft, dass wir in dieser Frage bisher Konsens in diesem Hause hatten.

(Beifall bei der SPD)

Insofern will ich vielleicht noch einmal die Intention dessen, was wir mit diesem Antrag in den Rat bringen wollten, deutlich machen: Uns geht es nämlich gerade darum, zu schauen, welche Modelle, welche Optionen und welches Sanierungskonzept für die städtischen Kliniken die richtigen

Ein Modell bzw. ein Modul dabei kann auch Punkt 5 sein. Deswegen ist uns der Punkt 5 in diesem Antrag besonders wichtig; denn da geht nicht darum, Herr Unna, einen Co-Aufsichtsrat - oder was auch immer Sie jetzt da hineininterpretiert haben - zu installieren, sondern es geht darum, von Experten, die nicht Teil der Kölner Gesundheits- und Krankenhauslandschaft sind, also von außen diesen Standort betrachten zu lassen und dann zu sagen: Was kann an diesem Standort verbessert werden? Was fehlt? Wo sind Profile, die noch ausgebildet werden müssen, und zwar insgesamt?

Es geht uns nicht allein um die städtischen Kliniken, sondern darum, am Ende einen Blick auf die Gesamtstadt und auf die medizinische Versorgung dieser Stadt zu werfen - nur, um hier keinen falschen Zungenschlag hineinzubekommen. Mit der konkreten Aufgabe des Aufsichtsrats und der Sanierung der städtischen Kliniken hat das nur mittelbar zu tun. Aber es hat mit Sicherheit Auswirkungen darauf, weil wir danach deutlich klarer sehen.

Insofern will ich einfach noch einmal dafür werben, dass hier nichts ausgeschlossen wird, außer ein Mehrheitsverkauf der städtischen Kliniken. Ich hoffe, das ist weiterhin Grundkonsens in diesem Haus. Alles Weitere steht hier nicht drin. Wir brauchen den Blick von außen, wir brauchen einen guten Blick auf die Stadt und die Gesundheitsvorsorge. Deswegen bitte ich darum, diesem Antrag zuzustimmen und keine Dinge hineinzuinterpretieren, die dort nicht drinstehen. -Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann gestatten Sie mir bitte, auch zu diesem Antrag und zu dieser Aussprache Stellung zu nehmen.

Zunächst einmal darf und soll, finde ich, nicht der Eindruck entstehen, dass es hier nicht um ein ernstes Thema geht. Wahrscheinlich ist das eine Art von Galgenhumor, die jetzt hier entstanden ist - geschuldet der langen Sitzungsdauer; ich weiß es nicht. Aber es ist ein ernstes Thema, und ich werde Ihnen auch gleich etwas aus der Betriebsversammlung berichten, nur wenig.

Zunächst einmal ist doch aber klar: Wenn etwas bereits beschlossen ist, muss man es nicht noch



einmal beschließen. Das ist das Erste, was ich Ihnen sagen möchte.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Das Zweite, lieber Herr Detjen: Ich erwarte von jedem hier, dass er sich an die Spielregeln hält, und über irgendwelche Due Diligences sprechen wir im nichtöffentlichen Teil. Das hat hier wirklich nichts zu suchen. Ich möchte Sie ernsthaft daran erinnern, dass so etwas ganz ungewollte Folgen haben kann.

Ich habe an der Betriebsversammlung teilgenommen, wie ich seit vielen Jahren an Betriebsversammlungen teilnehme. Auch da gibt es Kritik. Ja, das finde ich richtig. Das ist nämlich ein Teil der neuen Unternehmenskultur, die dort jetzt platzgreift. Ich finde, Betriebsversammlungen sind dafür da, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort deutliche Worte für das finden, was sie erleben.

Ich möchte Ihnen sagen, dass ich da auch Unterstützung von Mitgliedern des Betriebsrats bekommen habe, die nämlich Fragen zur Tarifsituation viel besser beantworten können als ich. Sie konnten ihren Kollegen und Kolleginnen die Ängste nehmen, nämlich die Angst, sich selbst in einem Tarifgefüge wiederzufinden nach einer wie auch immer geschlossenen Neuorganisation wenn sie denn so kommt -, die sie benachteiligt. Darauf kommt es an.

Es ist nämlich leider, Herr Paetzold - ich widerspreche Ihnen außerordentlich ungern - nicht nur so, dass es den Kliniken wirtschaftlich schlecht geht, es geht ihnen auch medizinisch schlecht. Es müssen Abteilungen geschlossen werden, Operationen müssen verschoben werden, und die Menschen, die bei uns behandelt werden könnten, werden in anderen Krankenhäusern behandelt.

(Christian Joisten [SPD]: Die Kapazitäten fehlen, aber die Medizin ist gut!)

- Nein, es geht ihnen deswegen medizinisch schlecht. Das heißt nicht, dass dort nicht erstklassige Leistungen vollbracht werden könnten.

Genau das werden wir stabilisieren. Dazu gibt es ein Maßnahmenpaket im S6-Gutachten. Zu dem gehört auch, dass das Pflegepersonal massiv aufgestockt wird.

Ich habe jetzt eine wirklich gute Nachricht für Sie - für alle, die sie noch nicht haben: Es ist erstmals gelungen, den Tatbestand zu erreichen, dass die Pflegekräfte gehalten werden können und viele neue dazukommen durch dieienigen. die jetzt die Ausbildung fertig gemacht haben.

Das heißt, wir sind nur noch auf einem Weg, und das ist der Weg aufwärts.

Ich möchte Sie alle bitten - ich habe das auch auf der Betriebsversammlung gesagt -, alle Angstmacher vor der Zukunft möchte ich bitten. sich jetzt zurückzuhalten, weil es den Menschen dort, da sie die Veränderung nicht beurteilen können, nicht gut geht.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Joisten, selbstverständlich ist mir das nicht irgendwie morgens beim Frühstück eingefallen, sondern ich habe mit vielen Menschen im Gesundheitswesen darüber gesprochen, was sie sich darunter vorstellen können.

Wir werden jetzt zunächst die Sanierung durchführen. Wir werden parallel dazu - ich bitte Sie sehr herzlich, das gleich im nichtöffentlichen Teil zu beschließen - die Due Diligence durchführen, und wir werden durch die Due Diligence genau die Antwort bekommen - weil eine Frage dabei ist, in welcher Organisationseinheit dieser Klinikverbund laufen soll -, die uns die Möglichkeit gibt, darüber zu entscheiden, ob wir das wollen oder nicht.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen bitte ich Sie jetzt herzlich, über den Antrag abzustimmen, und zwar in der Form des Änderungsantrages der SPD-Fraktion - nicht in der Form des ersten Antrags, sondern des Änderungsantrages. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion, der Gruppe BUNT und von den LINKEN. Das ist der Antrag, über den ich jetzt abstimmen lasse.

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, das sind die Ratsgruppen BUNT und GUT, das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt rufe ich auf den Tagesordnungspunkt

3.1.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. sowie der Gruppe BUNT betr. "Personal für zügigen ÖPNV-Ausbau einstellen" AN/1357/2018

Ich gebe Herrn Weisenstein das Wort.



Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden zur Jahreswende wahrscheinlich eine Entscheidung über die Frage treffen, wie die Ost-West-Achse ausgebaut wird. Wir haben eine Roadmap ÖPNV mit sehr umfänglichen Maßnahmen beschlossen: die Anbindung von Rondorf Nord-West, die Verlängerung der 13 bis zum Rhein, den rechtsrheinischen Gürtel, die Anbindung von Stammheim. Das alles sind riesige Projekte.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Bei diesem großen Vorhaben dürfen wir Pla-Bauoberleitung und Bauüberwachung nicht an Private delegieren. Die Auseinandersetzung um das Unglück Waidmarkt hat zutage getragen, dass das Problem der Delegation von Aufsicht auch eine Ursache für das schreckliche Unglück gewesen sein kann. Ich formuliere es ganz vorsichtig, aber die Diskussion darum gab es auf jeden Fall. Ich denke, wir sind der Auffassung, dass wir eine solche Diskussion nicht noch einmal hier führen müssen.

Die Ausgliederung der Aufsicht für solch große Projekte ist nicht richtig. Wir brauchen deshalb in den Ämtern, die dafür zuständig sind - hier insbesondere das Amt für Brücken- und Stadtbahnbau -, mehr Personal.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Amt ist Anfang der 2010er-Jahre völlig ausgedünnt worden. Damals unter Herrn Bietmann wurde das Tiefbauamt völlig zerschlagen, und darunter leidet dieses Amt noch heute. Wir haben dort viel zu wenig Personal mit Erfahrungshintergrund, das ein solch großes Projekt auch tatsächlich leiten kann.

Meine Damen und Herren, wir brauchen - deswegen haben wir uns zu diesem Antrag entschlossen - ein Personalkonzept für diese technischen Abteilungen. Dieses Personalkonzept muss darlegen, welche Bereiche auf jeden Fall von städtischer Seite aus zu machen sind und was tatsächlich an eine private Firma delegiert werden kann.

Meine Damen und Herren, wir stehen kurz vor den Haushaltsberatungen. Deswegen möchte ich Sie bitten, auf diesen Antrag, den SPD und wir hier gemeinsam eingebracht haben, ohne ideologische Brille zu schauen und sich wirklich anzuschauen, was notwendig ist. Lassen Sie uns gemeinsam die Verwaltung bitten, ein Konzept vorzulegen, und lassen Sie uns bitte diesen Antrag - wenn wir keine Mehrheit hier und heute finden - in die Haushaltsberatungen überweisen,

damit dort klargemacht werden kann, dass mehr Geld für das Personal in dem Bereich, insbesondere in dem Amt von Herrn Neweling Stadtbahn und Brückenbau, zugesetzt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich gehe davon aus, dass der Kollege Pöttgen die Begründung unseres Antrags noch ein bisschen ergänzt, und bitte, wie gesagt, mindestens um Überweisung in die Haushaltsberatungen. -Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Pöttgen hat das Wort.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ein wenig das ausführen, was Herr Kollege Weisenstein gerade eingeführt hat.

Zur Erinnerung: Er hat gerade angefangen und nur die Maßnahmen besprochen, die wir allein in diesem Jahr noch auf den Weg bringen. Neben der Ost-West-Achse Stammheim/Flittard und Zündorf und die aktuell dritte Baustufe Nord-Südstadt-Bahn, die gebaut wird, kommt die vierte dazu: Neubrück soll angebunden werden, die linksrheinische Gürtelstrecke endlich fertiggebaut werden, Widdersdorf angebunden werden, und die rechtsrheinische Gürtelstrecke soll gebaut werden. Das ist das, was der Stadtrat beschlossen hat, was bis 2030 auf den Weg gebracht werden soll.

Wir haben jetzt zur Anbindung über das Görlinger-Zentrum die Kommentare in der Zeitung gelesen: Wie lange brauchen wir eigentlich für eine Station? - Allein an den ganzen Bahnkilometern, die wir in den nächsten zwölf Jahren bauen wollen, merkt man, dass das eine Überforderung allein der Stadtverwaltung ist, wie wir sie heute haben. Deswegen brauchen wir ein dezidiertes Konzept. Es reicht nicht, jetzt einfach zu hören, es sei alles auf den Weg gebracht und alles organisiert, weil dem nicht so ist.

Wir haben beispielsweise dieses Jahr im Verkehrsausschuss die Frage diskutiert: Brauchen wir eigentlich irgendwann eine bauliche Vorleistung oder eine Freihaltung für eine Messe-U-Bahn? Wir diskutieren das Deutzer Gleis vom Deutzer Bahnhof bis zum Bahnhof Deutz. Esch-Pesch-Auweiler ist ein altes Projekt in der Dis-



kussion usw. usf. Wir merken doch an allen Ecken und Enden, dass es ohne die KVB als Rückgrat in dieser Stadt nicht gehen wird. Deswegen brauchen wir auch die notwendige Kompetenz.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Ich sage einmal so: Wir haben in den Projekten für mehrere Arbeitsleben Arbeit. Es ist nicht so, dass - wenn wir jetzt Planer einstellen würden sie nur die nächsten fünf Jahre Arbeit hätten. Wir könnten quasi von der Uni bis zur Rente die Leute in den Projekten beschäftigen. Das ist gar kein Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sparen eine Menge Zeit, wenn wir diese eigene Kompetenz wieder aufbauen. Ich fand den Link zum Waidmarkt jetzt noch einmal ganz berechtigt, aber wir sparen auch eine Menge Zeit, wenn wir nicht jede Planungsleistung extra ausschreiben müssen.

Wenn wir im Dezember die Ost-West-Achse mit der Planungsleistung beauftragen und auf den Weg bringen, dann sind die Vergabe und der Planungsbeginn erst im Jahr 2020. Wir verlieren also allein durch das ganze Vergabeverfahren mehr als ein Jahr. Da hat die Planung noch gar nicht angefangen. Das wird bei den anderen Projekten genauso sein. Wenn Sie die ganze Liste sehen - immer ein Jahr Planungsausschreibung, Vergabe, dann wird da geklagt -, so kommen wir in den Projekten nicht weiter.

Natürlich ist es nicht einfach, Ingenieure in der Stadt Köln zu beschäftigen und die Personalkapazitäten aufzubauen, aber es ist tatsächlich der beste Weg. Deswegen bitten wir Sie, das ernst zu nehmen, mitzunehmen und im Zweifel - wenn Sie sich heute dem nicht anschließen können - in die Haushaltsplanberatungen zu schieben. Wir werden keinen besseren Weg finden. Ansonsten wird es mit dem ÖPNV-Ausbau schwierig, wie wir uns den alle vorstellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann bitte ich Frau Blome, Stellung zu nehmen.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Weisenstein, sehr geehrter Herr Pöttgen, zunächst vielen Dank für Ihre Sorge und Fürsorge für meine Ämter, die natürlich in die Lage versetzt werden müssen, auch die anstehenden Aufgaben, die ich nicht noch einmal wiederholen muss, zu erfüllen.

Es war auch vom Amt für Brücken. Tunnel und Stadtbahnbau die Rede. Das Amt ist nicht klein. Das Amt verfügt über 170 Mitarbeiter, das ist nicht wenig. Das Amt 69 - so sage ich jetzt einmal; Sie wissen alle, was gemeint ist, wenn ich "Amt 69" sage - ist auch Reformamt. Wir sind jetzt dabei, die Strukturen zu verändern und die Verwaltung insofern effizient zu machen, als dass dort natürlich wunderbare Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, hochmotivierte Kollegen, die sich extrem darüber freuen, welche Aufgaben jetzt auf sie zukommen, die auch stolz darauf sind, für ein solches Amt zu arbeiten und diese Projekte, die wirklich großartig und wichtig sind, für die Stadt Köln übernehmen zu dürfen.

Wir müssen uns allerdings dem Thema Fachkräftemangel stellen. Wir sind nur der zweite Sieger, wenn es darum geht, die heißumworbenen Jung-Ingenieure und auch die erfahrenen Ingenieure aus der Bauwirtschaft abzuwerben. Das werden wir mit unseren Strukturen so nicht schaffen. Insofern müssen wir uns hier dazu bekennen, dass wir Qualität statt Quantität haben und dass wir unsere Mitarbeiter, die da sind, in ihrer ganzen hochmotivierten Arbeit entsprechend stärken und die Rahmenbedingungen schaffen, dass sie sich auf ihre Steuerungs- und Managementfunktionen konzentrieren können. Ich bin sehr, sehr zuversichtlich, dass das hervorragend klappen wird.

Zum Antrag würde ich gern noch etwas ausführen. Dieser sieht vor, dass das Personal bei den Ämtern entsprechend aufgestockt wird. Hierzu zählen die Planung, Projektsteuerung, Bauoberleitung, Bauüberwachung, welche hier wohl - so ist es vielleicht gemeint - komplett mit eigenem Personal durchzuführen sind. Wir haben natürlich auch Vorsorge getroffen und im Stellenplan bereits Stellen angemeldet, die bereits eingerichtet wurden und die auch schon unterjährig besetzt werden können. Das sind im Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau eine Ingenieurin EG 13, eine Ingenieurin EG 12, eine Ingenieurin EG 11 und eine Stadtoberinspektorin A 10. Zum Stellenplan 2019 werden im Amt für Straßenund Verkehrsentwicklung Stellen für eine Ingenieurin E 14, zwei Ingenieure E 12, zwei Ingenieure E 11 und einen Zeichner E 6 eingerichtet.

Die Einrichtung dieser Stellen basiert auf der Bedarfsermittlung der Fachverwaltung. Sogenannte Bauherrenaufgaben sind ohnehin von einer Fremdvergabe ausgeschlossen, das ist



selbstredend, und das wurde auch entsprechend dabei berücksichtigt. Um den Ablauf der Projekte nicht zu gefährden, wurden alle Stellen unterjährig bereits zugesetzt und zur sofortigen Besetzung freigegeben.

Des Weiteren soll die Verwaltung beauftragt werden, ein sogenanntes Personalkonzept zur Abwicklung der Projekte zu erstellen und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Es wird allerdings aus dem Antrag heraus nicht ganz deutlich, was genau unter dem Begriff "Personalkonzept" zu verstehen ist. Zum einen kann die Bereitstellung und organisatorische Anbindung von Stellen damit gemeint sein. Dies wurde gerade durch mich beantwortet und ist unter den bisherigen Voraussetzungen bereits umgesetzt worden. Auch könnte die zeitlich unmittelbare Bereitstellung des benötigten Personals gemeint sein. Hierzu bestehen die vorhandenen personalwirtschaftlichen Regelungen und Voraussetzungen. Die Fachämter wurden natürlich bereits gebeten, die Stellenbesetzungsverfahren schon einzuleiten.

Außerdem sollen den Fachgremien zur jeweils nächsten Sitzung die unterschiedlichen Szenarien stadtinterner oder -externer Aufgabenwahrnehmung dargestellt werden.

Grundsätzlich sind vor der Entscheidung interner oder externer Aufgabenwahrnehmung entsprechende Wirtschaftlichkeitsvergleiche, also Make or Buy, anzustellen. Im Falle von dringlichen Maßnahmen, Spezialistentätigkeiten oder Personalgewinnungsproblemen kann auch unter der Akzeptanz von Mehrkosten hiervon abgewichen werden. In Abhängigkeit der weiteren Detailplanung und mit zunehmendem Projektfortschritt werden somit weitere Stellenbedarfe in den betroffenen Ämtern entstehen, die zur gegebenen Zeit entsprechend geprüft werden.

Im Zuge der nach der Zuständigkeitsordnung erforderlichen Beschlussfassung werden die politischen Gremien selbstverständlich fortlaufend informiert und eingebunden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Weisenstein, ja.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Beigeordne-

te, vielen Dank für die Ausführungen. Es war natürlich in der Kürze der Zeit nicht möglich, jede einzelne Ingenieursstelle mitzuschreiben. Ich würde darum bitten, dass man das noch einmal schriftlich bekommt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht im Stellenplan! - Weiterer Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Stellenplan lesen!)

- Bleibt doch mal locker. Wenn ich hier keine Zwischenrufe hätte, hätte ich meine Frage schon lange gestellt. Ja, es ist doch so.

Die Frage ist: Was steht im Stellenplan? Das ist die eine Sache. Die andere Sache ist: Wer sitzt denn da wirklich? Also: Ist die Stelle aus dem Stellenplan auch tatsächlich belegt bzw. besetzt? Das ist eine ganz wesentliche Frage. Ich würde darum bitten, dass man das in die Mitteilung aufnimmt.

Zudem haben Sie von einem Konzept gesprochen, was Sie in Bälde vorlegen, was wir sehr begrüßen. Da stellt sich für mich die Frage, ob es möglich ist, dass die unterschiedlichen Projekte dann auch tatsächlich mit einzelnen Stellen zugeordnet sind, damit wir mal so ein bisschen einen Überblick bekommen, wie viele Leute für was tatsächlich in welcher Position zuständig sind. Es geht mir nicht um Namen oder sonst etwas, sondern einfach nur darum, dass wir einfach einmal einen Überblick über die Dimension bekommen. Das fände ich sehr wichtig, Frau Blome.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Es ist kurz vor neun!)

- Ja, es ist kurz vor neun. Das ist richtig.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Sie haben die Möglichkeit, zum Unterausschuss zu kommen und dort die Fragen zu stellen!)

- Herr Petelkau, vielen Dank für Ihren Hinweis.

(Zuruf)

Entschuldigung, das war Herr Dr. Elster. Aber das ist jetzt egal.

Frau Blome hat in Aussicht gestellt, ein Konzept vorzulegen, und das hat überhaupt nichts mit dem Unterausschuss-Stellenplan zu tun, sondern ich habe Frau Blome gebeten, in diesem Konzept nach Möglichkeit darzulegen, wie viele Mitarbeiter mit welcher Qualifikation in welchem Zeitraum für welches Projekt eingesetzt werden. Das ist meine Frage an Frau Blome, ob das möglich ist. - Vielen Dank.

42. Sitzung vom 27. September 2018



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sage jetzt einmal etwas auf die Gefahr hin, dass ich das jetzt verzögere: Nicht Frau Blome hat von einem Personalkonzept gesprochen, sondern der Antrag hat von einem Personalkonzept gesprochen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Frau Blome auch!)

Frau Blome hat erläutert, dass dieser Personalaufbau, der in dem Antrag gefordert wird, schon längst läuft, weil es unterjährig zugesetzt worden ist und auch schon alle Fachstellen damit beauftragt worden sind, das Personal zu suchen und einzustellen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Weisenstein noch einmal.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Es tut mir leid, aber ich kann die Aggressivität jetzt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vielmehr hat Frau Blome in Aussicht gestellt, was ich ausdrücklich begrüße, dass ein Konzept vorgelegt wird. Dazu habe ich die freundliche Bitte formuliert, das eine oder andere mit aufzuführen. Da kann man jetzt johlen, da kann man dazwischen brüllen, es sei spät, alles gut und in Ordnung. Hättet ihr nicht dazwischen gegrölt, wären wir schon beim nächsten Tagesordnungspunkt. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, es tut mir leid, wenn mein Engagement von Ihnen als Aggressivität wahrgenommen wird. Es gibt überhaupt keinen Grund für mich, aggressiv zu sein. Ich wollte nur noch einmal klarstellen: Nicht Frau Blome hat ein Personalkonzept in Aussicht gestellt, sondern der Antrag hat das Personalkonzept gefordert.

(Zuruf: So ist es!)

Sie hat es nur aufgenommen; ich habe mitgehört.

Ich möchte jetzt gern darüber abstimmen: Wer dem Antrag von SPD, LINKE und der Ratsgruppe BUNT zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich mache jetzt fünf Minuten Sitzungspause.

(Unterbrechung von 20.50 Uhr bis 20.56 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich würde gern mit der Tagesordnung fortfahren und würde Sie einladen, wieder Platz zu nehmen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Anfrage der Gruppe Rot-Weiß betr. "Städtische Sondernutzungsgenehmigungen für Erdogan-Besuch"
 AN/1345/2018

Antwort der Verwaltung vom 25.09.2018 3139/2018

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Herr Wiener hat eine Nachfrage angekündigt. - Herr Wiener bitte.

Markus Wiener (Ratsgruppe Rot-Weiß): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Keller, die Antwort der Verwaltung ist offensichtlich leider wieder einmal unter dem Motto "Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts" erfolgt. Ich versuche es trotzdem einmal mit einer Nachfrage, und es wäre vielleicht hilfreich, wenn auch Herr Dr. Keller zuhören würde; aber das nur am Rand erwähnt.

Also: Sie haben in Ihrer Antwort geschrieben, dass der Verwaltung mit Stand 24.09. bis dato keine gesicherten Erkenntnisse über den Ablauf des Besuches des türkischen Staatspräsidenten in Köln vorgelegen hätte. Des Weiteren sind mit Stand 24.09. Ihrer Auskunft nach auch noch keine Anträge für Sondernutzungsgenehmigungen für eventuelle Videoübertragungen der Erdogan-Rede im Außenbereich etc. vorgelegen.

Nun haben wir inzwischen den 27.09., 21 Uhr. In weniger als 48 Stunden findet die große "Erdogan-Show" in Köln statt, deswegen, Herr Dr. Keller - oder wer auch immer in der Verwaltung gedenkt mir zu antworten -, frage ich noch einmal nach: Liegen inzwischen gesicherte Erkenntnis-



se über den Ablauf des Besuches vor und sind jetzt vielleicht irgendwelche Anträge auf Sondernutzungsgenehmigungen im Zusammenhang mit dem Erdogan-Besuch gestellt bzw. sogar schon erteilt worden?

42. Sitzung vom 27. September 2018

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gesicherte Erkenntnisse liegen uns auch heute nicht vor.

Ich darf daran erinnern, dass es sich um einen Staatsbesuch handelt. Aus dem Namen können Sie erkennen, dass Gastgeber der Staat, also die Bundesrepublik Deutschland, und nicht die Stadt Köln ist. Insofern sind wir auch nicht Herr des Programms. Wir sind im engen Austausch mit allen relevanten Behörden, um das, was dort ansteht, ordentlich abzuwickeln. Aber sehen Sie es mir nach, dass ich hier keine Zeitpläne verkünden werde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Noch eine Nachfrage von Herrn Wiener.

Markus Wiener (Ratsgruppe Rot-Weiß): Herr Dr. Keller, was ist bezüglich Sondernutzungsgenehmigungen, Anträge, Erlaubnisse, wie auch immer?

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin seit 15.30 Uhr - wie wir alle - hier im Rat, und bevor die Ratssitzung begonnen hat, hat es noch keinen Antrag auf eine Sondernutzung gegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der SPD-Fraktion betr. "Baugenehmigungen in Köln wiederholt mit dramatischem Einbruch - was tut die Oberbürgermeisterin?" AN/1354/2018

Die Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Fördermaßnahmen der Stadt Köln für verfassungsfeindliche Organisationen" AN/1351/2018

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Ja, bitte.

Sven Tritschler (AfD): Ich hätte eine Nachfrage zur Unterfrage 5. Die Antwort war:

Die Stadt Köln hält sich in Bezug auf die Überlassung der Liegenschaft an das "Autonome Zentrum" als staatliche Gewalt selbstverständlich an Recht und Gesetz.

Keine der in der Anfrage genannten Vereinigungen ist verboten. Sie stehen demnach unter dem Schutz des Grundgesetzes.

Meine Frage ist: An welcher Stelle im Grundgesetz sind verfassungsfeindliche Organisationen geschützt? Können Sie mir dazu eine Rechtsnorm nennen?

(Zurufe)

lst der Stadtverwaltung das Konzept der wehrhaften Demokratie geläufig?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, es ist die Vereinigungsfreiheit in Artikel 9, aber ich bin jetzt nicht sicher, sondern müsste nachsehen.

(Sven Tritschler [AfD]: Machen Sie das noch?)

- Ja, ich reiche Ihnen das gern schriftlich nach.

(Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Es ist so!)

- Es ist so? - Vielen Dank, Kollegen. Während ich gedacht habe, wurde nachgeschaut. Danke sehr.

(Sven Tritschler [AfD]: Es waren aber zwei Fragen!)

Was war die zweite Frage?

(Sven Tritschler [AfD]: Die zweite Frage war, ob Ihnen das Konzept der wehrhaften Demokratie geläufig ist!)

Ich kann Sie leider ohne Mikrofon nicht verstehen.



Sven Tritschler (AfD): Das ist kein Problem. Wir haben heute alle Zeit.

Ist der Stadtverwaltung das Konzept der wehrhaften Demokratie geläufig?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler, wir sind hier im Rat und nicht in einem Quiz.

(Beifall - Zurufe)

Ich rufe jetzt auf Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der AfD-Fraktion betr. "Belegung öffentlicher Räume" AN/1350/2018

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der Gruppe BUNT betr. "Leerstehende Büro- und Ladenflächen zu Wohnungen umbauen" AN/1355/2018

Das wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
- 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.4.1 Antrag des Integrationsrates zum Eckpunktepapier zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen 2072/2018

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das beschlossen.

(Zurufe)

Hat sich jemand enthalten? - Die AfD hat sich enthalten. Trotz Enthaltung der AfD beschlossen.

Tagesordnungspunkt

- 6 Ortsrecht
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
- 6.3.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für 2018 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im 2. Halbjahr 2018 2533/2018

Zu 6.3.1 habe ich eine Rednerliste, auf der bisher nur Frau Tokyürek steht, und damit haben Sie auch das Wort. - Nein? Es soll nicht geredet werden?

(Zuruf: Das ist, glaube ich, nicht mehr Stand der Dinge!)

Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe einmal das mitgebracht, was uns am vergangenen Montag auf den Tisch gefallen ist.

(Der Redner hält einen dicken Stapel Papier hoch)

Die Grünen haben es hier noch ein bisschen kunstvoller auf der vorderen Bank drapiert. Das sind die gesammelten Werke der Grünen zum Thema Sonntagsöffnungen.

Ich glaube, es wird damit sehr deutlich, dass wir dort ein Verfahren haben, das in vier Tagen oder knapp drei Tagen vor der Ratssitzung kaum für uns zu bewältigen ist und war. Damit würden wir aber noch umgehen können; wir sind ja mittlerweile Kummer gewohnt und können durchaus auch schnell lesen. Dennoch muss ich an der Stelle noch einmal ganz im Ernst auch ein Stück weit dieses Verfahren kritisieren; denn es ist schlechterdings in dieser kurzen Zeit ein geordnetes Verfahren - das ist nicht nur das politische Beratungsverfahren, sondern das Anhörungsverfahren - nicht so darstellbar gewesen, und das müssen wir für die Zukunft vermeiden. Der Stadtdirektor hat im AVR genau das auch schon angekündigt. Insofern will ich das sozusagen vorwegnehmen und hoffen, dass wir es für 2019 hinbekommen.

Diesem durchaus verkürzten Anhörungsverfahren ist es dann auch geschuldet, dass vielleicht an der einen oder anderen Stelle die Dinge nicht die Präzision hatten, damit die Akteure - hier spreche ich insbesondere auch ver.di an - sich so verhalten haben, wie, glaube ich, die Mehrheit zumindest in diesem Rat es sich gerade bei die-



ser Vorlage, die insbesondere veedelsbezogene Veranstaltungen betrifft, wünschen würde.

Deswegen würde ich mir wiederum wünschen, dass wir hier miteinander jetzt ein Verfahren vereinbaren können, mit dem wir den verschiedenen Interessen und im Zweifelsfall vor allen Dingen auch den Interessen der Veedeln und den Einzelhändlern in den Veedeln ein Stück weit gerecht werden; denn es ist doch keinem gedient, wenn wir heute einen Beschluss fassen, der morgen von ver.di beklagt wird und damit Rechtsunsicherheit bei allen Akteuren schafft.

Deswegen ist der Vorschlag, dass wir heute über diese Vorlage nicht beschließen, diese vertagen und der Verwaltung folgende Dinge noch mit auf den Weg geben, nämlich mit ver.di ein klärendes Gespräch bzw. ein Gespräch zu suchen, in dem die klärungsbedürftigen Aspekte besprochen und möglicherweise ausgeräumt werden.

Wir haben den dezidierten Hinweis - das habe ich auch durchaus in Schriftform -, dass zum einen ver.di bereit ist, sich noch einmal an den Tisch zu setzen, um zu schauen, wie man das eine oder andere an der Stelle geheilt kriegt.

Da wir aber auch in den Faktionen noch Beratungsbedarf wahrgenommen haben - sowohl bei uns als auch bei anderen -, wäre der zweite Punkt, dass wir mit der Verwaltung noch einmal eine explizite Gesprächsrunde drehen und das Ganze bis zum 08.10. - das ist ein zeitkritisches Verfahren - zum Abschluss bringen. Der Vorschlag wäre, in einer außerordentlichen Hauptausschusssitzung, um es rechtssicher zu machen, und nicht in einem DE-Verfahren, die Vorlage entweder in neuer Form oder - wenn es keine neue Form gibt - in dieser vorliegenden Form und dann eben differenziert zu beschließen.

So können wir, glauben wir, dieses Thema so auf den Weg bringen, dass es am Ende allen Aspekten gerecht wird. Wer dagegen ist, kann am Ende auch dagegen sein. Wer dafür ist, kann dann dafür sein. Aber wir haben zumindest die Chance genutzt, noch einmal die eine oder andere Stelle zu heilen und vielleicht die Sonntagsöffnungen in den Veedeln - das liegt uns am Herzen - möglich zu machen.

Das ist im Prinzip der Vorschlag, den ich hier einbringen wollte. Vielleicht können wir gleich noch einmal in den verschiedenen Redebeiträgen darauf eingehen. Aus meiner Sicht wäre das ein sehr pragmatischer, zwar für die Verwaltung ambitionierter - das ist mir klar - Vorschlag, aber ver.di steht auch für kurzfristige Gespräche zur

Verfügung. Wir könnten das also in der nächsten Woche hinbekommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich würde mich freuen, wenn wir so verfahren könnten. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als CDU wären heute entscheidungsbereit. Ich sage einmal so: Wir finden es sehr gut, dass die Verwaltung in langen Gesprächen in den letzten Monaten mit allen Beteiligten hier auch zu einem guten Ergebnis gekommen ist.

Allerdings sind wir natürlich auch offen, wenn hier - ich sage es einmal so - zeitlich das Ganze nicht zerschlagen werden würde. Deshalb wäre meine Frage an den Stadtdirektor, ob durch die Entscheidungen in der Hauptausschusssitzung am 08.10. der Termin im November kaputt gemacht werden würde. Wir könnten uns dem anschließen, wenn es entsprechend funktionieren würde.

Uns ist wichtig, dass hier die Chance besteht. Wir wollen ein klares Signal an den Einzelhandel senden, weil wir den Einzelhandel in den Veedeln entsprechend stärken wollen, und dafür ist das ein gutes Mittel.

Wir würden, wie gesagt, einer Vertagung und Entscheidung im Oktober zustimmen, wenn es zeitlich nichts zerschlägt. Aber vielleicht kann Herr Dr. Keller etwas dazu sagen. - Vielen Dank.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die erste vorgeschlagene Sonntagsöffnung ist am 4. November. Insofern würde der 08.10. noch reichen. Ich habe eben noch einmal geklärt, dass wir das dann auch entsprechend noch veröffentlichen können. Das wäre mit einer Wochenfrist möglich.

Natürlich ist der Handel daran interessiert, möglichst früh Planungssicherheit zu haben. So wären die zwei Wochen, die wir jetzt verlieren, schon noch ganz schön gewesen, aber faktisch können wir das so machen. Die Verwaltung ist natürlich auch zu jedem Gespräch bereit. Ich bezweifle nur, dass wir am 08.10. eine andere Fak-



ten- oder Bewertungslage haben. Es ist ja nicht so, als hätte ver.di an der Stelle keine Zeit gehabt. Sie können aus dem E-Mail-Wechsel, der Ihnen unter Anlage 10 auch vorliegt, sehen, dass insgesamt zehn Tage Zeit zur Stellungnahme gewesen sind, und ver.di hat es in der Zeit zumindest geschafft, eine 19-seitige Stellungnahme zu verfassen. Ver.di hatte also jedenfalls mehr Zeit als Sie; das räume ich gern ein, dass die Mitglieder dieses Hauses kurzfristiger damit befasst worden sind. Deshalb fehlt mir so ein wenig die Hoffnung, dass wir bis zum 08.10. mehr Konsens hergestellt haben, als wir es bisher haben. Aber wir wollen nichts unversucht lassen, und insofern könnten wir mit dem Vorschlag leben.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Ich mache es vom Platz aus. Ich will für meine Fraktion zu Protokoll geben, dass wir heute hier auch abstimmungsfähig gewesen wären.

Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen auch daran erinnern, dass wir am 7. Juni, also vor fast vier Monaten, hier in diesem Saal Folgendes beschlossen haben:

Sofern sich Änderungsbedarfe für das laufende Jahr ergeben, wird die Verwaltung beauftragt, den zuständigen Ratsgremien unverzüglich die erforderlichen Beschlussvorlagen vorzulegen.

Dieser Auftrag wurde erfüllt. Der Stadtdirektor hat gerade noch einmal deutlich gemacht, mit welch konzentrierten und vielschichtigen Verfahren über die Sommermonate, während der Sommerpause hier gearbeitet wurde. Sie alle haben zentimeterdicke Vorlagen auf dem Tisch, die das Telefonbuch von Köln toppen. Hier wurde also hart gearbeitet. Alle Akteure, insbesondere ver.di, hätten die Gelegenheit gehabt, sich konstruktiv in das Verfahren einzubringen.

Deswegen, Herr Kollege Joisten, ganz ehrlich: Wir haben uns schon häufig über dieses Thema gestritten, und jedes Mal - jedes Mal! - haben Sie gesagt: Ich rede noch einmal mit ver.di und versuche, ver.di ins Boot zu holen. - Ich nehme Sie jetzt beim Wort als Fraktionsvorsitzender, und ich vertraue darauf, dass Sie Ihren Einfluss als mächtiger Fraktionsboss der SPD in die Waagschale werfen, um am 08.10. den Einzelhändlern Vollzug melden zu können. Ansonsten werden Sie dem Einzelhandel erklären müssen, dass Sie

umgefallen sind. Also reißen Sie sich zusammen. Wir hätten heute schon dem Einzelhandel ein klares Signal nach vorn geben können. Der Schwarze Peter, Herr Joisten, liegt bei Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank und dann Herr Joisten.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Oberbürgermeisterin und noch wertere Kollegen! Ich glaube, der Schwarze Peter ist dort aufgebaut, und er liegt bei der Verwaltung. Ja, bei der Verwaltung liegt er, aber wir haben ihn dort aufgebaut.

Wir sollen uns doch damit jetzt einmal hier ehrlich befassen. Der Rat ist im Wesentlichen ein Gremium aus ehrenamtlichen Mitgliedern, und zu Beginn der Woche wird so ein Stapel ausgeteilt: 100 Seiten für jedes Ratsmitglied. Dort ist der Stapel der Grünen-Ratsfraktion aufgeschichtet. Man kann das auch als Sinnbild des stillen Protestes betrachten - je nachdem.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was soll daran ein geordnetes Verfahren sein? Das frage ich mich.

Es ist auch so: Ich habe mir die Mühe gemacht, mir einen Teil von diesem Konvolut anzuschauen. Rechtlich ist man nachher absolut nicht schlauer.

(Niklas Kienitz [CDU]: Vielleicht verstehst du es nicht!)

- Vielleicht verstehe ich es nicht, aber es ist doch die Aufgabe der Verwaltung, das auch einem Laien, der keine juristische Ausbildung hat, so darzulegen, dass es er versteht.

(Vereinzelt Beifall bei der LINKEN)

Jetzt komme ich zum eigentlichen Kern.

Herr Görzel hat eben tatsächlich aus dem Ratsbeschluss zitiert, den wir fast alle gefasst haben und der ein Ausdruck eines guten Willens war; denn nicht allen, aber vielen hier im Raum ist der Interessensausgleich zwischen dem Sonntagsschutz und den Interessen, die der lokale Einzelhandel hat, sehr wichtig. Dabei kann nicht einer obsiegen.



Wenn ich mir diesen Stapel angucke, ist das mehr oder weniger nach dem Zufallsprinzip eine bunte Mischung von Ladenöffnungen, die sich über November und Dezember ergießen. Es wird der Versuch gemacht, dies mit dem novellierten LÖG in Verbindung zu bringen, aber zwei höchstrichterliche Urteile des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts werden überhaupt nicht betrachtet. Deshalb ist es auch für ver.di ein Einfaches, weil sie sich auf die höchstrichterliche Rechtsprechung stützen und diesen Stapel ganz schnell zum Einsturz bringen.

Dann fragt man sich natürlich: Warum sollen wir etwas beschließen, was überhaupt keinen Bestand hat?

(Vereinzelt Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen wäre es doch einmal angebracht, wirklich zu analysieren, was geht und was nicht geht. Da wird man auch nicht daran vorbeikommen, mit ver.di zu verhandeln.

Ich habe dieses 19-seitige Papier der ver.di-Leitung gelesen. Wenn man es sehr genau liest, sind darin durchaus Ansätze für eine Verständigung. Wenn man es genau liest! Deshalb lohnt es sich auch, sich damit auseinanderzusetzen und zu schauen, ob man zu einem Kompromiss kommt; denn wenn man nicht dazu kommt, ist das Ergebnis auch klar: Die Sonntagsöffnungen werden scheitern.

In diesem Konvolut sind eine Reihe von Hinweisen auf erfolgte Urteile gegenüber diesem novellierten LÖG, was aus meiner Sicht ein Gesetz ist, das nicht tragfähig ist, weil es - so würde ich sagen - ein Stück autistisch ist. Denn wie kann man sich völlig von der Bundesgesetzeslage bzw. von der höchstrichterlichen Rechtsprechung abkoppeln und glauben, man könnte als Landtag NRW ein Gesetz machen, das dann auch Wirksamkeit entfaltet? Das ist mir ein völliges Rätsel. Das haben aber auch unsere Kolleginnen und Kollegen im Landtag gesagt: Wir kommen so nicht weiter.

Deshalb ist der Vorschlag, den Herr Joisten gemacht hat und über den wir auch gesprochen haben, ein sehr vernünftiger. Wir sollten diesen Weg gehen. Am 8. Oktober ist zufällig Sitzungstag, weil da auch der Finanzausschusstagt, und da wird sicherlich auch noch ein Stündchen Platz sein für einen Hauptausschuss, der eine gesichertere Beschlussfassung ermöglicht als eine DE. So viel dazu. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Um jetzt jede Möglichkeit wahrzunehmen, finde ich, sollten wir eine Lösung finden, das zu behandeln. Der Stadtdirektor schlägt jetzt vor, wie das gehen könnte, weil es einen Verweis in eine nicht vorhandene Sitzung natürlich nicht gibt. - Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Wir können natürlich eine zusätzliche Sitzung anberaumen. Herr Frank hat gerade darauf hingewiesen, dass eine Hauptausschusssitzung gegenüber einer DE eine zusätzliche Rechtssicherheit biete. Das ist natürlich nicht ganz richtig; denn wir reden hier über Erlass von kommunalem Ortsrecht, und das muss grundsätzlich der Rat erlassen. Insofern könnte es sein, dass wir dann sozusagen in den Rat kommen müssen, um das zu machen. Das würden wir uns noch einmal genauer anschauen und Ihnen dann einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Aber das Verfahren der Dringlichkeit gilt nur dann, wenn es sozusagen nicht möglich ist, auch über eine Sondersitzung den Rat einzuberufen; und vor dem 4. November wäre das grundsätzlich noch machbar. Ob wir dann mit einer Hauptausschusssitzung auskommen, müssten wir uns noch einmal genauer anschauen. Aber da würde ich vorschlagen, das hängt dann vielleicht auch ein bisschen davon ab, wie ein Verhandlungsergebnis - wenn es denn eines gibt - aussehen könnte. Wenn man einen Konsens erzielt, kann man vielleicht auch mit etwas weniger Rechtssicherheit leben.

Ich möchte das nur an der Stelle so sagen, damit Sie dann nicht überrascht sind, dass wir gegebenenfalls nicht nur den Hauptausschuss einberufen, sondern auch den Rat.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Punkte: Zum Ersten bin ich Jörg Frank dankbar für die Darstellung und Herleitung der Gesamtsituation. Ich glaube, wir haben darin in der Tat im Moment relativ wenig Rechtssicherheit.



Der zweite Punkt geht noch einmal an die Verwaltung: Es ist in der Tat nur möglich, eine Veränderung herbeizuführen, wenn sich auch die Verwaltung noch einmal das anschaut, was ver.di dort geschrieben hat. Darin steckt - da stimme ich Herrn Frank ausdrücklich zu - nämlich eine ganze Menge Potenzial, was man da auch einbringen sollte.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Ich bitte darum, jetzt nicht einfach darauf zu warten, dass ver.di mit Angeboten kommt - das wird nicht funktionieren -, sondern dass auch noch einmal genau überlegt wird, an welcher Stellschraube man drehen muss, um am Ende den Klagegrund für ver.di zu nehmen.

Drittens: Herr Görzel, um Ihnen da irgendwelche Erwartungshaltungen - Herr Görzel, ich spreche Sie gerade an - zu nehmen: Ich habe nicht gesagt, dass ich hier einen Konsens vermittle, sondern ich habe nur gesagt, dass ich die schriftliche Zusage habe, dass ver.di zu einem Gespräch bereit ist. Ich finde, jede Chance, Rechtssicherheit für die Händlerinnen und Händler zu schaffen, sollten wir nutzen. Deswegen weise ich hier zurück, am Ende des Tages für ein entsprechendes Ergebnis verantwortlich gemacht zu werden oder auch nicht.

(Zuruf)

Ich biete nur an, den Kontakt herzustellen - das habe ich getan -, damit wir ein Verfahren wählen, mit dem am Ende mehr Rechtssicherheit herauskommt. Mehr ist nicht drin. Mehr sage ich hierzu auch nicht. Aber genau dafür stehe ich, damit wir gute Lösungen in diesem Rat erreichen. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Keller noch einmal? - Nein. Gut, dann versuchen wir das einmal so. Ich weiß jetzt nur nicht, ehrlich gesagt: Verweisen in eine Sitzung, die es nicht gibt, kann ich nicht.

(Bernd Petelkau [CDU]: Vertagung! - Christian Joisten [SPD]: Wir vertagen es!)

- Vertagung, ja. Ich glaube, Geschäftsordnungsantrag ist Vertagung. Wir schauen dann, was wir daraus machen können.

Wer ist gegen eine Vertagung? - Gegen eine Vertagung sind die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Wird vertagt oder wird nicht vertagt? Das lasse ich jetzt gerade abstimmen.

(Bernd Petelkau [CDU]: Der Stadtdirektor hat gesagt, dass es nichts zerschlägt! Deshalb können wir einer Vertagung zustimmen!)

- Okay, gut.

Also: Wer ist gegen eine Vertagung? Das frage ich ietzt noch einmal. - Das ist die FDP-Fraktion. das ist Herr Wortmann, das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen?

(Zuruf: Die CDU!)

- Nein.

(Zuruf: Die CDU will keine Vertagung!)

- Doch, die CDU stimmt einer Vertagung zu. Ich frage doch gerade danach.

Rot-Weiß habe ich gesehen.

(Unruhe im Saal)

Es enthält sich keiner. Dann ist der Antrag auf Vertagung beschlossen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

- Haushaltsrechtliche Unterrichtung Rates
- 7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemHVO
- 7.2.1 Umgestaltung des Knotenpunktbereiches Sachsenring / Ulrichgasse / Vorgebirgstraße sowie Änderung der Verkehrsführung im Knotenpunktbereich hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8, Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-1-2140, Bahnübergang Ulrepforte sowie Mitteilung über den Sachstand der Maßgaben und Prüfaufträge zum Baubeschluss vom 04.06.2018 2282/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf den nächsten Tagesordnungspunkt

10 Allgemeine Vorlagen



10.2 Entwurf des Jahresabschlusses 2017 2398/2018

42. Sitzung vom 27. September 2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Bedarfsfeststellung für den Abruf von externen Dienstleistungen für die Umsetzung von Digitalisierungsprojekten / Verwaltungsreformprojekten 2492/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltungen von AfD und Rot-Weiß. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt:

10.4 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2017 2531/2018

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen? -Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum Köln hier: Auflösung der Kapitalrücklage 2539/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Planung eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg ohne Nummer in 51143 Köln (Porz-Zentrum) 1129/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie Bauausschuss Anlage 7 und Finanzausschuss Anlage 8. Gegenstimmen? - Von AfD. Enthaltungen? - Enthaltungen von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Entwicklung einer Beteiligungskultur für Köln Leitlinienprozess zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger hier: Pilotphase Systematische Öffentlichkeitsbeteiligung 2306/2018

Zu 10.8 möchte ich Ihnen kurz etwas mitteilen. Das ist eine Vorlage, die die Durchführung einer Pilotphase für die systematische Öffentlichkeitsbeteiligung in Köln empfiehlt. Diese Öffentlichkeitsbeteiligung ist bereits im Jahr 2015 vom Rat beschlossen worden. Diese Empfehlung ist ein Ergebnis und zugleich ein Meilenstein innerhalb des Leitlinienprozesses zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die am 12. Mai vom Rat beauftragt wurde.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit soll lernend aus Erfahrungen anderer Städte einen qualifizierten Leitlinienentwurf erarbeiten. Ziel ist es, die repräsentativen Entscheidungsprozesse mit dialogorientierter Öffentlichkeitsbeteiligung sinnvoll zu verbinden und so neue Formen für eine verlässliche, das heißt kosten- und zeitsichere, Zusammenarbeit zu etablieren.

Ich bin davon von Anfang an überzeugt gewesen, weil man keine Stadt mehr per Dekret steuern kann, schon gar nicht Köln. Wir brauchen den Dialog und das Zusammenwirken mit allen gesellschaftlichen Kräften. Dafür müssen wir neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln und natürlich diese auch lernen und einüben.

Es wird die Sorge geben, dass es Nachteile der Öffentlichkeitsbeteiligung gibt, die die Vorteile übersteigen. Es ist gut, dass wir dem mit Ihrer Zustimmung jetzt, meine Damen und Herren, in einer Pilotphase nachgehen können, nach deren Ablauf wir sagen können, wie wir wirklich handeln wollen.

Ich bedanke mich bei dem Ausschuss Umwelt und Grün, der als Pilotgremium wirken soll. Er hat dem Vorschlag in der vergangenen Woche bereits zugestimmt. Am 20. September hat auch die Bezirksvertretung Nippes diese Pilotphase einstimmig beschlossen und wird als Pilotgremium mitwirken. Das ist eine großartige Unterstützung einer neuen öffentlichen Verwaltung. Vielen Dank dafür. - Herr Thelen?

(Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich möchte reden!)



- Ja, gern.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich halte diesen Beschlussvorschlag für so wichtig, dass ich denke, dass einige Worte dazu von mir oder vielleicht auch von anderen gesagt werden müssen.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Ich möchte zunächst nicht die evidenten positiven Gründe zugunsten einer erweiterten und verbesserten Öffentlichkeitsbeteiligung nennen, sondern ich möchte zunächst darauf eingehen, welche Bedenken es gegen eine Erweiterung der Öffentlichkeitsbeteiligung gibt.

Meines Erachtens gibt es drei grundsätzliche Bedenken. Erstens, dass sich partikulare Interessen gegenüber dem allgemeinen Interesse durchsetzen. Zweitens, dass Planungen und Verfahren zu einer zeitlichen Verzögerung und Verlängerung der Umsetzung von Vorhaben führen. Drittens, dass die gewählten Entscheidungsgremien an Kompetenz verlieren.

Zur Frage, ob sich partikulare Interessen stärker artikulieren und letztlich dann auch eher durchsetzen: Es ist bekannt, dass das mit der Erarbeitung der Leitlinien befasste Gremium zunächst nicht an den Leitlinien gearbeitet hat, sondern in einer über einjährigen Konzeptionsphase geplant hat, wer alles an der Erarbeitung der Leitlinien zu beteiligen ist.

Köln hat als einzige Stadt dieses zweistufige Verfahren gewählt, um zu umgehen, dass nicht in erster Linie die in Beteiligungsverfahren geübten Bürger und Bürgerinnen mitwirken, sondern auch die normalerweise in solchen Prozessen nicht so beteiligten Gruppen, etwa Jugendliche oder auch Menschen mit Migrationshintergrund.

Eines der Ergebnisse dieser Einbeziehung ist, dass es keines Quorums von etwa 1 000 unterstützenden Personen bedarf, um eine Öffentlichkeitsbeteiligung anzuregen, sondern dass lediglich eine Person dazu reicht.

Auch die Beteiligungsformen - etwa Zufallsauswahl - oder die niederschwellige Unterstützung durch die Verwaltung sind geeignet, solche Bedenken zu zerstreuen.

Zum zweiten Bedenken, dass sich Prozesse in die Länge ziehen: Diese Vermutung kam wohl aus der Verwaltungsspitze, wahrscheinlich gepaart mit der Sorge um Mehrarbeit für die schon langwierigen Prozesse in der Verwaltung. Es

spielte wohl auch eine Rolle, dass die bisherigen Erfahrungen mit erweiterter Öffentlichkeitsbeteiligung nur in kleineren Städten wie Wolfsburg oder Mannheim gesammelt wurden.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen: So klein ist das nicht!)

- Aber gegenüber Köln sind es verhältnismäßig kleine Städte.

Ein entscheidender Punkt zur Vermeidung der zeitlichen Verlängerung bei dem Leitlinienentwurf ist die frühzeitige Veröffentlichung wirklich aller geplanten Vorhaben. Wir erleben doch häufig, dass Vorhaben öffentlich werden, wenn die wesentlichen Entscheidungen schon gefallen sind, und dann formiert sich erst der Protest.

Die frühzeitige Information und Chance zur Beteiligung wird den Prozess der Planungen und Entscheidungen verändern, gerade auch, was den Zeithorizont anbelangt, und zwar so, dass es nicht im Vergleich zu jetzt zu Verzögerungen kommt, sondern zu frühzeitiger Diskussion in der Vorbereitung der Vorhaben, wodurch sich in der Regel eine Verlängerung ausschließt.

Drittens: Während aller Diskussionen im Arbeitsgremium wurde nicht infrage gestellt, dass ein Grundpfeiler unserer repräsentativen Demokratie nicht angetastet wird, nämlich dass sowohl die endgültige Entscheidung über ein Vorhaben als auch die Entscheidung, ob und wie eine Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet, in der Hand der politischen Gremien, das heißt der Ausschüsse, und im Rat bleiben.

Aber diese Gremien erlegen sich im Entwurf der Leitlinien die Pflicht auf, ihre Entscheidungen zu rechtfertigen, was von überragender Wichtigkeit ist, wenn es zu Ablehnungen von Öffentlichkeitsbeteiligungen oder der Ergebnisse einer Öffentlichkeitsbeteiligung kommt. Der Leitlinienentwurf fordert dafür nachvollziehbare Begründungen.

Zum Schluss einige Worte dazu, warum eine erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung wichtig ist, und zu dem ietzt vorgeschalteten Pilotversuch im Ausschuss Umwelt und Grün, in der Bezirksvertretung Nippes und in weiteren vier Vorhaben:

Die erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung wird zur Stärkung der demokratischen Basis beitragen, indem jedem Bürger und jeder Bürgerin, und zwar jeden Alters, verdeutlicht wird, dass in der Politik - ich sage jetzt nicht das lateinische Wort deren Sache verhandelt wird. Das sollte erprobt werden, um Erfahrungen für die endgültige Fassung der Leitlinien zu gewinnen.



Der zweite Grund ist sicherlich, dass Entscheidungen wegen der erweiterten Beteiligungen unter Intensivierung der Begründungen eine größere Akzeptanz erfahren. Deshalb werden wir mit großer Hoffnung, aber auch mit Zuversicht in den Erfolg dieses Vorhabens dem Beschlussvorschlag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Frau Welcker.

Katharina Welcker (CDU): Meine Damen und Herren! Herr Thelen, das war eine wunderbare Rede. Die war so inhaltsreich, dass man fast vergisst, worum es geht. Wir wollen den Bürger mitnehmen bei den Entscheidungen, die wir hier treffen. Wir treffen hier gute Entscheidungen, manchmal nicht alle von der gesamten Ratsbreite getragen - so will ich es einmal sagen -, aber immer Entscheidungen, die wir uns alle nicht leicht machen.

Wir als CDU freuen uns darauf, diese Dinge transparenter zu machen, für die Menschen begreifbar zu machen, warum wir bestimmte Dinge tun. Genau deshalb ist das der richtige Weg. Mehr muss man dazu, glaube ich, gar nicht sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Hier werden nur wunderbare Statements zu der Öffentlichkeitsbeteiligung akzeptiert.

(Heiterkeit)

Das ist nicht der Fall.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt auch mal schöne Momente!)

- Ja, es gibt viele schöne Momente.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen und frage nach Gegenstimmen? - Die gibt es nicht. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das mit wunderbarer Einmütigkeit angenommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.9 Integriertes Stadtentwicklungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Porz Mitte 1061/2018

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke., der Gruppe BUNT sowie von Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) AN/1368/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Ja. Herr Frenzel hat das Wort.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Hoyer, ich habe worhin angekündigt - daran haben manche ein Fragezeichen gemacht -, dass wir heute noch einmal zum Thema Wohnen kommen werden und dann noch einmal plastisch vor Augen geführt bekommen, warum es hier in der Stadt mit dem Wohnungsbau nicht so weitergeht, wie wir es uns wünschen würden, und warum das teilweise hausgemacht ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Lassen Sie mich aber zunächst etwas zu der eigentlichen Vorlage sagen, zu der Verwaltungsvorlage zum integrierten Stadtentwicklungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Porz Mitte. Das ist eine gute Vorlage. Noch einmal vielen Dank dafür an die Verwaltung.

Herr Dr. Bujanowski hat in der Bezirksvertretung Porz als Fraktionsvorsitzender der SPD gesagt: der wichtigste Beschluss in diesem Jahr für Porz.

(Beifall bei der SPD - Henk van Benthem [CDU]: Das haben alle gesagt!)

20,9 Millionen Euro werden als Mittel hoffentlich zur Verfügung stehen, um das Stadtentwicklungskonzept, das wir seit über zehn Jahren begleitet haben, woranzubringen. Ich möchte vielleicht zwei oder drei Namen hervorheben: Jochen Ott als Landtagsabgeordneter und als örtliches Ratsmitglied, aber auch Christian Joisten, der Fraktionsvorsitzende der SPD, aber auch die Kollegen von den anderen Parteien. Von Anne Henk-Hollstein beispielsweise weiß ich, dass sie sich - so, wie ich - seit vielen Jahren dafür eingesetzt hat, dass wir in Porz vorankommen.

In das Konzept sind viele Anregungen aus der Bürgerschaft eingeflossen, die wir im Beirat diskutiert haben. Auch das ist gut. Insbesondere ist gut, dass jetzt endlich diese Hängepartie zum Ende gekommen ist, die von einzelnen Vertre-



tern vor Ort - ich sage das auch so - von CDU und Grünen verursacht worden ist, die immer wieder versucht haben, die Entscheidungen zu dieser Vorlage zu verzögern, und die immer wieder versucht haben, Ideen durchzusetzen, die auch vor Ort in der Bürgerschaft nur Kopfschütteln ausgelöst haben. Es ist gut, dass diese Hängepartie endlich zu Ende ist.

42. Sitzung vom 27. September 2018

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was weniger gut ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das, was der Preis dafür gewesen ist, dass man diese starken Leute in der Bezirksvertretung offenbar politisch nicht einfangen konnte. Der Preis dafür ist nämlich im Grundsatz A Ihres Beschlusses festgehalten. Sie beerdigen heute den Bau von 120 Wohnungen. 120 Wohnungen sind 5 Prozent, sehr geehrte Damen und Herren, von dem Gestaltungsbündnis. Sie müssen wirklich aufpassen, dass Sie nicht zu einem Bündnis aus Gestalten werden. Das sind 5 Prozent dessen, was Sie derzeit überhaupt an Wohnungsbauleistungen im Jahr hinbekommen.

Ich kann es Ihnen noch einmal sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt diese Vorlage 0928/2018. Das ist im Prinzip eine fertige Wohnbaufläche. Das sind 120 Wohnungen, die kurz vor dem Satzungsbeschluss stehen, über die wir seit Jahren diskutieren, meine Damen und Herren

Ich darf daraus zitieren:

Am 14.05.2012 hat der Stadtentwicklungsausschuss die Aufstellung des Bebauungsplans Glashüttenstraße in Köln-Porz beschlossen. Der Auftrag zur Erarbeitung des Bebauungsplans resuldem Entwicklungskonzept tiert aus Porz-Mitte. Dieses beschloss der Rat am 23. März 2010 einstimmig.

Weiter unten:

Nach Einleitung des Verfahrens am 14.05.2012 erfolgte am 15.09.2016

- auch diese Verzögerung war schon von Ihnen verschuldet -

die Zurückstellung des Offenlagebeschlusses im Stadtentwicklungsausschuss.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir so mit jedem Baugrundstück für den Wohnungsbau in der Stadt umgehen, dann werden wir die Ziele nicht erreichen, die wir erreichen müssen, um das Bevölkerungswachstum in Köln abzudecken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Reker-Koalition, ich möchte noch einmal eindringlich an Sie appellieren, unsere Oberbürgermeisterin Reker hier zu unterstützen und dem Änderungsantrag, den wir hier gemeinsam gestellt haben, zuzustimmen. Es gibt nämlich ein Bündnis für Wohnen in Köln, das offensichtlich aus diesen Fraktionen besteht, die hier darauf stehen. Wir haben diesen Änderungsantrag allen demokratischen Faktionen - Entschuldigung, dass ich einzelne dahinten in der rechten Ecke davon ausnehmen muss - zur Zustimmung angeboten. Diejenigen, die hierauf stehen - SPD-Fraktion, DIE LINKE, Ratsgruppe BUNT und Freie Wähler - sind das Bündnis für Wohnen. Sie haben heute die Möglichkeit, sich diesem Bündnis anzuschließen oder eben ein Gestalten-Bündnis gegen das Wohnen zu sein.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich hoffe, dass auch Sie uns, die wir versuchen Ihre Verwaltung und Ihre Vorlagen, die Sie hier vorgebracht haben und die gut und richtig sind, um das Wohnen voranzubringen, in dieser Sache unterstützen. Vielleicht haben Sie auch die Möglichkeit durch einen entsprechenden Appell an diejenigen, die hier gleich etwas von Kompromissen, die notwendig seien, erzählen werden, diese vom Wohnungsbau in Köln zu überzeugen. Ich würde mir das sehr wünschen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau de Bellis-Olinger hat das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Frau Oberbürgermeisterin!

(Unruhe)

- Ich habe jetzt Zeit.

(Zuruf von der SPD: Wir müssen morgen früh wieder aufstehen!)

- Ja, ich auch um halb sechs.

Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ganz interessant, was Herr Frenzel uns jetzt hier vorgetragen hat. Wir reden nicht von Kompromissen, die zu treffen sind, 42. Sitzung vom 27. September 2018



sondern gern möchte ich auch auf den einen oder anderen Punkt, den ich aufmerksam verfolgt habe, hier eingehen.

Wir begrüßen selbstverständlich die Vorlage ISEK Porz. Die Porzer haben - allen voran der Bezirksbürgermeister, der sich vor Ort kräftig eingesetzt hat - eine tolle Verwaltungsvorlage hinbekommen, schöne Planungen, und wie uns die Verwaltung im Stadtentwicklungsausschuss vorgetragen hat, erwartet sie jetzt auch Vorschläge für Projekte, damit auch mehr getan werden kann. In Porz pulsiert es. Dort entsteht sehr viel, und das ist nicht nur die Bebauung Glashüttenstraße, die Sie wollen.

Auf der einen Seite, Herr Frenzel, kann ich es entschuldigen, dass Sie die Inhalte nicht kennen. Schließlich waren Sie in der letzten StEA-Sitzung nicht anwesend. Vielleicht pflegen Sie auch in den Fraktionen nicht das Miteinander und sprechen nicht über die Ausschüsse.

Ich möchte das jetzt auch an einigen Punkten erläutern.

Die SPD in der Bezirksvertretung Porz hat mit allen anderen demokratischen Parteien in der Bezirksvertretung Porz beschlossen, dass die Glashüttenstraße nicht bebaut werden soll. Sie haben Sorge, dass die Wohnblockrandbebauung weiter fortgesetzt wird.

Wir als CDU sind für die Stärkung der Bezirke. Wir nehmen unsere Bezirksvertreter ernst, weil sie das Sprachrohr der Bürger sind. Wir haben auch nicht nur einfach so einen Kompromiss herbeigeführt. Warum haben wir vertagt? - Sie waren ständig in den Gesprächen mit dabei, vielleicht nicht intern, aber zumindest am Rande. Wir wollten eine gute Entscheidung für Porz treffen, und das beinhaltete ebenfalls die Rechtssicherheit für die Schule, dass sie an dem heutigen Standort bleiben kann. Es geht auch um die Zukunft der Musikschule, und den Verzicht: keine Wohnblockrandbebauung, weil man vor Ort Sorge hat, die Papageiensiedlung an der Stelle fortzusetzen. Das kann ich absolut verstehen. Nichtsdestotrotz hat auch Porz im Rahmen der STEK-Pläne Sonderflächen benannt, auf denen zusätzlich gebaut werden kann. In Porz wird gebaut, sodass Sie nicht jedes Mal die Karte "Wohnen" aus Ihrer Hosentasche ziehen müssen wie jetzt, so bei den 120 Wohnungen. Sie entstehen vielleicht nicht an der Stelle, aber sollten an einer anderen Ecke ganz in der Nähe, und zwar am Urbacher Weg, Ecke Kölner Straße entstehen.

Ich denke, das ist nicht nur irgendein Kompromiss, sondern das ist eine sehr gute Entscheidung, mit der wir leben können. Von daher finde ich es nicht richtig, dass Sie an der Stelle versuchen, heute in diesem Gremium - wie schon so oft - Ihre gescheiterten Anträge einzubringen, die Sie erst in den Ausschüssen einbringen, aber immer in mündlicher Form, damit sie hier noch einmal schriftlich an dieser Stelle mit einem Zusatz der Erstandienung eingebracht werden. Das kostet Zeit, und das setzt auch unsere ganzen Bemühungen, -

(Beifall bei der CDU)

- gute Lösungen an der Stelle für Porz nach vorn zu tragen, in den Schattenwind. Das macht man einfach nicht.

Wir werden Ihrem Änderungsantrag nicht zustimmen. Wir bleiben bei unserer Haltung. Wir werden uns da nicht verbiegen, sondern wir werden Porz weiterhin unterstützen, dass auch die alternativen Flächen bebaut werden und wir auch im schönen rechtsrheinischen Süden wenn ich das sagen darf - weiteren Wohnbau auf die Schnelle errichten können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt Fragebedarf.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Ja, wer möchte fragen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frenzel.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Ja, natürlich. lch lasse die Fragen zu.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau De Bellis-Olinger. Ich habe zwei Fragen, die mir im Laufe Ihres Vortrags gekommen sind.

Die eine Frage ist: Es ist richtig, dass ich in der Stadtentwicklungsausschusssitzung verhindert war, aber sehr wohl gibt es die Möglichkeit des Aktenstudiums. Deswegen möchte ich Sie gern fragen, ob Sie die Akten zu dieser Vorlage studiert haben. Ich meine konkret die Anlage 8 zu der heutigen Vorlage, Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Stadtentwicklungsausschusses, Beschlussergänzung BV Porz. Es



geht um die Bebauung Glashüttenstraße. Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Ja.

Michael Frenzel (SPD): Das war immer unsere Haltung, Frau De Bellis-Olinger. Deswegen ist meine Frage, ob Sie das vielleicht nicht gelesen haben.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Doch, Herr Frenzel, ich habe es gelesen. Aber dann möchte ich Sie an der Stelle auf den Finanzausschuss verweisen, der am 24. September - vier Tage nach der StEA-Sitzung - getagt hat. Dort hat die SPD für den Beschluss laut dem Stadtentwicklungsausschuss gestimmt, also auch gegen die Bebauung Glashüttenstraße.

(Beifall bei der CDU)

Man sollte bitte auch die Anlagen weiterlesen, die nicht nur den eigenen Ausschuss betreffen.

Hier gab es noch eine Wortmeldung. Entschuldigen Sie, Frau Oberbürgermeisterin.

(Zuruf: Ein Redebeitrag!)

- Ein Redebeitrag, gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein zieht zurück.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Ich habe alles gesagt und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Jahn das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es vom Platz aus, weil es relativ spät ist und nur noch wenige Zuschauer dort oben sind. In dem Fall braucht man diese Scharade jetzt nicht.

Das, was mich wirklich ärgert, ist, dass es mittlerweile anscheinend zur Tradition geworden ist, dass man, nachdem in den Fachausschüssen etwas ordentlich, sauber diskutiert worden ist, dies dann auch so abgestimmt worden ist, dass die unterschiedlichen Meinungen der Fraktionen deutlich wurden, wenn das Ergebnis einem nicht passt, das Thema einfach noch einmal in den Rat zieht. Ich finde, das ist eine Entwertung der Fachausschüsse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Lieber Michael Frenzel, ich darf dich beruhigen. Du hast eben gesagt: Wenn wir mit jedem B-Plan so umgehen. - Nein, wir gehen eben nicht mit jedem B-Plan so um. Du weißt, dass wir ganz viele Satzungsbeschlüsse auf die Reise bringen, dass wir ganz viele Beschlüsse fassen. Deswegen kann man auch beruhigt sein, dass der Wohnungsbau auch in Zukunft in dieser Stadt beflügelt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das Nächste ist: Ja, in der Anlage 8 ist der Stadtentwicklungsausschuss. Aber schauen Sie in die Anlage 7. Dort ist die Bezirksvertretung Porz, und da steht: einstimmig beschlossen. Ich gehe davon aus, dass auch SPD-Vertreterinnen und -Vertreter in der BV anwesend waren und dann sozusagen einstimmig zugestimmt haben. Unser Hauptziel war nämlich, den Schulstandort vor Ort an der Hauptstraße zu sichern und dort zu halten. Das war im Endeffekt unser Hauptziel.

Gegen eine BV - wenn sie einstimmig etwas beschließt - zu agieren, ist vielleicht nicht das Klügste, weil es nämlich auch um die Akzeptanz vor Ort geht. Das haben wir jetzt erreicht, und deswegen ist das ein guter Beschluss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ISEK, das für Porz verdammt wichtig ist, jetzt damit zu entweihen - so würde ich fast schon sagen -, finde ich echt traurig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein hat das Wort.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was mir bei der Debatte jetzt



auffällt, ist Folgendes: Frau De Bellis-Olinger, Sie haben gesagt, Blockrandbebauung in der Nähe der Papageiensiedlung sei schwierig.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Ja, das hat Frau De Bellis-Olinger gesagt.

(Zurufe)

Aber was haben Sie denn für eine Phantasie von Blockrandbebauung? Dass da Sozialwohnungen hinkommen? Die Hälfte der Kollegen, die hier im Rat sitzen, kann in eine Sozialwohnung in der Nähe von der Papageiensiedlung ziehen. Das heißt, es ist doch heutzutage gar nicht mehr die Frage, ob so etwas destabilisierend auf einen Bezirk wirkt. Von daher ist das Argument von Frau De Bellis-Olinger an diesem Punkt nicht stichhaltig.

Dann haben Sie gesagt: Na ja, dann bauen wir halt woanders. - Dazu muss ich sagen: Wir haben hier einen fertigen B-Plan, an dem das Amt von Frau Müller jahrelang gearbeitet hat. Sie halten dem entgegen: Ja, wir können vielleicht in der Nähe irgendwann einmal 120 Wohnungen bauen. - So können wir mit dem Wohnungsbau nicht umgehen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Eine Frage des Wohnungsbaus ist auch immer eine Frage von: Wann ist es zeitlich umsetzbar?

Dann komme ich zu dem unbeliebten Thema - das ist auch für uns ein unbeliebtes Thema - Spannungsfeld Bezirksvertretung, Stadtentwicklungsausschuss und Rat.

Ich möchte an das StEK Wohnen, an den Flächenpass erinnern, wie wir da gerungen und gekämpft haben, und zwar auch mit unseren eigenen Bezirksvertretern. Dort haben wir gesagt: Liebe Leute, es ist alles nachvollziehbar aus eurer Perspektive, aber wir haben in dieser Stadt auf dem Wohnungsmarkt so große Probleme, dass die örtlichen Interessen aufgrund der Gesamtinteressenlage zurückstehen müssen.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Ich hätte mir an der Stelle vom schwarz-grünen Bündnis auch ein bisschen mehr Mumm erwartet, dass sie sich nicht mit einer Selbstverständlichkeit, dass die Schulen am Ort bleiben, als Kompromiss abspeisen lassen. Das ist zu wenig.

(Einzelbeifall)

Ich muss die SPD nicht in Schutz nehmen -

(Zuruf)

- nein, das muss ich nicht; das kann sie schon selbst -, aber eine Sache muss doch noch einmal aufgeklärt werden. Warum soll die SPD oder eine andere Fraktion dagegen sein, wenn nachher das ISEK beschlossen wird? Das ISEK wird, wie Sie wissen, in erster Linie deswegen beschlossen, weil wir Fördergelder abrufen. Die Verwaltung hat uns völlig zu Recht ins Stammbuch geschrieben: Jetzt müsst ihr aber einmal dieses ISEK Porz beschließen. - Dann ist es doch nur folgerichtig, dass die SPD und wir zwar der Änderung nicht gefolgt sind, aber das ISEK in der Gesamtheit beschließen. Das ist doch wohl das Logischste auf der Welt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat doch keiner kritisiert!)

Aber das wurde doch eben kritisiert.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

- Du hast es doch kritisiert. Du hast gesagt: Das ISEK - -

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe gesagt, dass die Debatte geführt worden ist, und zwar ordentlich!)

- Moment, Moment! Es gab einen Änderungsantrag, der ist abgelehnt worden, und dann ist das ISEK beschlossen worden. Das ist doch genau folgerichtig. Zeitgleich ist der Bebauungsplan der Glashüttenstraße abgelehnt worden. Das wiederum hängt natürlich mit dem ISEK zusammen, ist aber inhaltlich falsch. Das kann bzw. muss man so auch durch sein Abstimmungsverhalten und einen Antrag dokumentieren. Von daher kann ich die ganze Aufregung überhaupt nicht verstehen.

Dass das Thema heute noch einmal auf der Tagesordnung ist, ist vielleicht etwas ungewöhnlich, aber es hat auch eine gesamtstädtische Dimension. Deswegen muss es hier noch einmal zur Sprache kommen. Ich danke der SPD, dass sie die Initiative für diesen Änderungsantrag in den Rat eingebracht hat. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Schönen Abend. Ich komme heute nicht noch einmal.

(Heiterkeit - Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind noch nicht fertig.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur noch einmal daran erinnern: Wir können über alles

42. Sitzung vom 27. September 2018



immer wieder sprechen, aber hier haben die BV und zwei Ausschüsse gleich entschieden. Das mag einem nicht gefallen, aber wenn wir die gleichen Debatten in allen Gremien führen, bringt es uns auch nicht weiter, wenn sich nicht die Mehrheiten ändern; und die ändern sich nur, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern.

(Beifall bei der CDU)

Gibt es noch etwas? - Herr Frenzel bitte.

(Zurufe von der FDP: Nein! Das ist doch wohl nicht wahr! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich glaube, der will sich unbeliebt machen!)

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrter Herr Frank, wenn es um das Themen Wohnen geht, mache ich mich bei Ihnen gern unbeliebt. Das kann ich Ihnen nur sagen.

(Vereinzelt Beifall - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber bei dem, was du hier machst, kommt keine einzige Wohnung heraus!)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bei Ihnen möchte ich mich nicht unbeliebt machen, muss ich ehrlich sagen. Ich denke nur, wenn der Rat der Stadt Köln nur noch ein Ausführungsorgan von Beschlüssen ist, die vorher in Fachausschüssen oder in Bezirksvertretungen diskutiert worden sind, dann brauchen wir hier gar nicht zu sitzen. Dann brauchen wir hier gar nicht zu sitzen, meine Damen und Herren.

(Zurufe)

Herr Weisenstein, es ist sicherlich so, es ist ungewöhnlich, das sehe ich auch so. Frau Jahn, es ist sicherlich ungewöhnlich, dass wir so ein Thema noch einmal aufmachen, aber das Thema Wohnungsbau ist auch verdammt noch einmal das wichtigste Thema, das wir in der Stadt im Moment haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist für uns ein strategisches Thema. Deswegen kämpfen wir hier auch um jede Wohnung.

Ich muss zur Debatte über das Thema Wohnungsbau und wie wir diese Prioritäten in der Stadt hier hinbekommen, um 200 000 Menschen unterzubringen, sagen - ich bitte um Entschuldigung, wenn ich den Bezirksbürgermeister mit seinem Einsatz worhin in meiner Aufzählung vergessen habe -, und zwar möchte ich das noch einmal sehr deutlich sagen, dass es hier um Wohnungsbau geht, der praktisch vor dem Sat-

zungsbeschluss steht, wo in zwei Jahren 120 Familien einziehen könnten. Diese Familien können nicht einziehen, weil es hier ein Bündnis gegen den Wohnungsbau in der Stadt gibt, und das ist klar benannt.

(Zurufe)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir Ihnen allen das angeboten haben. Ich habe weder von den Kollegen von der CDU noch von der Kollegin von den Grünen irgendein Argument heute gehört, warum dieser Wohnungsbau an dieser Stelle nicht kommen kann. Ich habe es nicht gehört.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das, was wir heute gehört haben, ist: Das macht man nicht, dass man so etwas überhaupt noch einmal anspricht.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Sehr konservativ, das Argument!)

Ja.

Das macht man nicht, es wird etwas entweiht. Es wird sich auf Formalien bezogen, dass die SPD natürlich für das Entwicklungskonzept steht. Ich selbst habe dafür zehn Jahre lang gekämpft, dass wir das bekommen, dass wir in Porz endlich wieder eine vernünftige Infrastruktur und stabile Verhältnisse schaffen, -

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

- dass wir den Ortsteil mit neuem Wohnungsbau stabilisieren, indem wir dort neue Familien hinbringen. Deswegen verstehe ich es umso weniger, meine Damen und Herren, warum sich einzelne hier heute im Rat nicht dazu durchringen können, eine Hängepartie, die wir jetzt seit Jahren gehabt haben, endlich mit einem guten Ergebnis, mit einem guten Ausgang zu beenden, -

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- sondern dass Sie hier, Herr Breite, auf dem Altar des politischen Kompromisses oder der Parteiräson den Wohnungsbau opfern.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, ja!)

Das ist wirklich ein Trauerspiel. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr van Benthem bitte.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Henk van Benthem (CDU): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal tut man sich ein bisschen schwer mit dem Wort "lieb".

Nachdem ich heute so viele Reden gehört habe, die ich eigentlich nicht hören musste, nehme ich mir jetzt auch einmal das Recht heraus, zwei Minuten länger zu reden.

Das, was heute Abend hier geschieht, liebe Freunde von der SPD, liebe Genossinnen und liebe Genossen, haut einen einfach aus den Schuhen. Man muss sich das einmal überlegen: Uns wird vorgeworfen, dass man in der Bezirksvertretung Porz ringt. Wenn die CDU, die FDP und die Grünen sagen, dass sie noch nicht alle Antworten von ISEK haben, diese aber erst einmal haben wollen und Dinge infrage stellen, die man später geklärt hat - also sauberer und normaler geht es nicht -, und wenn man sich dann noch überlegt, dass zu der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden Ihr Fraktionsvorsitzender immer von mir eingeladen wird, aber seit zwei Jahren unentschuldigt fehlt, dann sollten wir langsam bei den Schuldzuweisungen aufpassen.

Man kann sich dann noch überlegen, dass wir in der Bezirksvertretung eine Auszeit von 20 bis 25 Minuten hatten, weil ich gesagt habe: Leute, lasst uns Zeit, weil es wichtig ist. Wir hatten einen Antrag von Jamaika und einen Antrag von der SPD zur Diskussion. Dafür bedanke ich mich auch bei Herrn Dr. Bujanowski, genauso wie bei Werner Marx und den anderen. Man hat die übereinandergelegt, und man hat gerungen.

Natürlich, Herr Dr. Bujanowski, dass Sie viele Dinge vergessen, ist mir schon längst bekannt. Aber man kann diese Dinge so nicht laufen lassen. Man muss dazu stehen, dass man eine Entscheidung getroffen hat. Man kann nicht hier so tun, als ob einige, die nur kritisch gewesen sind, dagegen waren. Ja, das war ich auch, aber heute haben wir ein Konzept. Allerdings wird das mit der Schule nicht so schnell nicht gehen, weil die Container nicht zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, Redlichkeit im Umgang mit den Bürgern hier im Rat sieht eigentlich anders aus. Ich bin in den Rat eingetreten, um die Bezirke zu schützen und um die Bezirke zu stärken. Wir haben in der Bezirksvertretung einstimmig beschlossen - noch einmal: dankenswerterweise mit allen Fraktionen, die dazu beschließen konnten. Es jetzt so darzustellen, dass man das eigentlich so nicht wollte - meine Damen und Herren, es tut mir leid, darauf kann man nicht stolz sein. Ich bin froh, dass wir heute Abend beschließen werden.

Meine Damen und Herren von der SPD, wie Sie das den Porzerinnen und Porzern beibringen wollen, das weiß ich noch nicht. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es tut mir furchtbar leid -, -

(Zuruf: Nein, tut es nicht!)

- doch, es tut mir wirklich leid -, aber in der Art und Weise können wir nicht mit uns umgehen lassen.

(Zuruf)

- Nein, das weise ich im Namen der SPD-Fraktion, auch der Mitarbeiter und der Bezirksvertreter zurück. In dieser Art und Weise sowie mit irgendwelchen Fehlzeiten zu argumentieren, ist nicht in Ordnung. Es geht um einen ganz sachlichen Vorgang. Ich finde es völlig in Ordnung und richtig, dass hier das ISEK gemeinschaftlich beschlossen wurde. Das ist aus meiner Sicht ein schwieriger, aber am Ende erfolgreicher Weg gewesen; das ist gut so.

Dass es unterschiedliche Beschlussfassungen in der BV und im Rat gibt, das, meine Damen und Herren, haben wir doch jeden Tag. Tun Sie doch jetzt bitte nicht so, als wenn Sie als CDU oder Sie als FDP - oder wer auch immer - immer stringent den Meinungen und den Beschlüssen der Bezirksfraktionen folgen. Das ist doch hier auch eine Mär.

Das heißt, es gibt hier in der Tat unterschiedliche Schwerpunkte. Soweit ich informiert bin. hat Herr Bujanowski allerdings auch den Schwerpunkt Wohnen an der Stelle, über die wir jetzt reden, bereits in der BV artikuliert, aber hat des Konsenses willen in der Tat am Ende zugestimmt. Das ist auch in Ordnung, aber wir können doch als Ratsfraktion auch zu einem anderen Ergebnis kommen. Ich bitte Sie darum, auch noch einmal sehr selbstkritisch in die vergangenen



Wochen, Monate und Jahre zu schauen und zu überlegen, an welchen Stellen Sie Ihrer Bezirksfraktion in allen Bezirken zu 100 Prozent gefolgt sind, wenn es um B-Pläne ging. Das ist doch verlogen.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Ich möchte nur, dass wir hier sachlich und vernünftig miteinander diskutieren und nicht in irgendeiner Weise einen Popanz aufbauen und so tun, als wäre die SPD hier in sich unglaubwürdig oder zerstritten. Das ist sie nicht. Sie hat unterschiedliche Blickwinkel. Da ist der Porzer Blickwinkel im Zweifelsfall ein anderer als ein gesamtstädtischer Blickwinkel. 120 Wohnungen sind 120 Wohnungen, das sage ich als Porzer, der mit Sicherheit weiß, wie schwierig es in Porz ist. Gar keine Frage. 120 Wohnungen sind 120 Wohnungen; um die geht es und um nichts anderes. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt stimmen wir bitte ab, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der SPD, LINKEN, der Ratsgruppe BUNT und Herrn Wortmann.

Wer wünscht, dem zuzustimmen, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, das ist die Ratsgruppe BUNT, das ist Herr Wortmann, und das ist DIE LINKE. Enthaltungen? -Keine. Dann ist es abgelehnt.

Dann lasse ich über die ursprüngliche Vorlage abstimmen, wie StEA und auch der Finanzausschuss einstimmig bestätigt haben. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann haben wir das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

10.10 Umstellung des Linienbusnetzes auf alternative Antriebsformen 1094/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen wie im Verkehrsausschuss und Finanzausschuss. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Beschleunigungsmaßnahme Sonderprogramm , Maßnahmenpaket Schulbau' GU/TU - Schulstandort Severinswall 1214/2018/1

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? -Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Baubeschluss für die Erneuerung von 22 Fahrtreppenanlagen an den Stadtbahnhaltestellen Friesenplatz, Rudolfplatz, Venloer Straße/Gürtel, Äußere Kanalstraße, Dom/Hbf., Heumarkt und Leyendeckerstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV -1474/2018

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

10.14 Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Stadtbahnanbindung Rondorf/Meschenich-Nord 1. Bauabschnitt mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV -1614/2018

Wortmeldungen? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Hier steckt der Teufel im Detail. Es geht um die Stadtbahnquerung am Verteilerkreis Süd und die Weiterführung Richtung Meschenich.

Ich habe in mehreren Ausschüssen letztlich erreicht, dass zumindest das Workshop-Ergebnis vom 13.09. aufgenommen wird, und laut Zusage von Frau Blome - sie ist jetzt leider nicht da, aber Herr Greitemann kann sich vielleicht noch aus dem Stadtentwicklungsausschuss daran erinnern - sollte protokolliert werden, dass die Präsentation dieses Workshops von der Bürgerinitiative Colonia ELF aufgenommen und auch in das Prüfverfahren integriert wird.

Jetzt ist leider - ich habe es heute Morgen erst lesen können - in diesem Auszug aus dem Finanzausschuss, in dem das endlich beschieden worden ist, ein eklatanter Fehler enthalten. Darin steht nämlich:



Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung die von einer Anwohner-Initiative in einem Workshop am 13.09.2018 vorgeschlagene zusätzliche Planungsvariante 3 zu prüfen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Genau das steht darin.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Das ergibt keinen Sinn. Es sollte heißen:

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, die von einer Anwohner-Initiative in einem Workshop vorgeschlagene zusätzliche Planungsvariante zu prüfen.

So muss es heißen, dann ergibt es einen Sinn.

Ich habe Frau Blome und Herrn Müller schon informiert. Ich überlasse es Ihnen. Ich weiß es nicht formal, aber eigentlich kann diese Vorlage so nicht abgestimmt werden. Sie müsste zumindest noch einmal geändert werden, es sei denn, wir einigen uns heute darauf, dass die Änderung hier aufgenommen und protokolliert wird. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da ich im Finanzausschuss nicht anwesend war, würde ich gern den Vorsitzenden des Finanzausschusses dazu hören, wie es auszulegen ist.

(Martin Börschel [SPD]: Das muss ich noch einmal genau hören!)

- Okay.

Auf Seite 2, Anlage 7, dort ist wirklich so, wie Herr Wortmann es eben vorgelesen hat, protokolliert worden:

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung die von einer Anwohner-Initiative in einem Workshop am 13.09.2018 vorgeschlagene zusätzliche Planungsvariante 3 zu prüfen.

Herr Wortmann hatte eben eine andere Formulierung, die auch zu einem anderen Ergebnis führt.

Herr Wortmann, würden Sie Ihre Formulierung bitte noch einmal vortragen?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Der Einfachheit halber kann ich Ihnen auch sagen, was gestrichen werden müsste, damit es stimmt, nämlich die Passage hinter dem Wort "gebeten": "im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung". Wenn das gestrichen wird, dann stimmt es. Ansonsten kommt ein ganz anderer Duktus hinein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Prüfung ist nicht im Rahmen einer Bürgerbeteiligung entstanden?

(Zurufe: Nein!)

So ist es?

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Wir müssen die Variante mit ins Prüfverfahren aufnehmen. Das kann keine Bürgerbeteiligung machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, plausibel ist es.

Martin Börschel (SPD): Nach meiner Auffassung, Frau Oberbürgermeisterin, war die von Frau Blome im Ausschuss dargestellte Variante auch näher an dem, was Herr Wortmann sagt, als an dem, was protokolliert ist.

(Zuruf: Ja!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Kollegen, die im Finanzausschuss waren, bestätigen das.

Vielen Dank, Herr Börschel. Dann stimmen wir das so ab. Herr Wortmann, vielen Dank, dass Sie so aufmerksam waren.

(Beifall)

Dann lasse ich jetzt abstimmen wie Finanzausschuss, aber in der eben von Herrn Wortmann und dem Vorsitzenden des Finanzausschusses korrigierten Fassung. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln]: Vielen Dank im Namen der Bürgerbeteiligung!)

- Vielen Dank an Sie.



Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

42. Sitzung vom 27. September 2018

10.15 Generalinstandsetzung des Gebäudetraktes D mit Klassentrakt, Turnhalle und Aula sowie Erneuerung der Orthopädietechnikfachräume des Berufskollegstandortes Perlengraben 101 in 50667 Köln - Mehrkostenanzeige 1703/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.17 Projektverlängerung - Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte 2337/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - AfD-Fraktion. Enthaltungen? -Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 Bedarfsfeststellungsbeschluss für den Aufbau eines Verkehrszeichenkatasters als Grundlage für eine stadtverträgliche Lkw-Navigation sowie Beschluss zur Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung, hier: Finanzstelle 6601-Erstellung eines Ver-1201-0-1101, kehrszeichenkatasters 2374/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - AfD-Fraktion und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Houdainer Str. ohne Nr., 51143 Köln-Porz -**Planungsbeschluss** 2384/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Bauausschuss Anlage 4. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Zügigkeitserweiterung der Ohser-Grundschule, GGS Schulstraße gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 2 auf 3 Züge zum Schuljahr 2019/20 2392/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.21 Abriss und Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1 b, 50859 Köln-Weiden, **Planungsbeschluss** 2396/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Bauausschuss Anlage 4. Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.22 Weitere Förderung des Vereins zur Förderung abschlussbezogener Jugend- und Erwachsenenbildung e. V. (VfJ e. V.) im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung für die Jahre 2019 bis 2022 2440/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Von AfD. Enthaltungen? - Keine. Das ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.23 Schulrechtliche Errichtung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal zum Schuljahr 2019/20 bei gleichzeitiger auslaufender Schließung der Elsa-Brandström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule 2627/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Dann habe ich etwas mitzuteilen, aber vielleicht möchte er das auch mitteilen. - Ja, bitte.



Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe die Uhr. Ich will es hier vom Platz aus kurzmachen, aber ich fände es schade, wenn wir eine solch wichtige bildungspolitische Vorlage für unsere Stadt hier einfach so durchwinken.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Für unsere Fraktion hat diese Vorlage bzw. dieser Beschluss einen sehr hohen Stellenwert. Wir haben uns im Schulausschuss gemeinsam über ein Jahr über mögliche Handlungsoptionen unterhalten. Wir haben geprüft. Das war alles nicht zielführend. Wir sind jetzt zufrieden und froh, dass es im Zusammenspiel zwischen Politik und Verwaltung zu dieser Lösung gekommen ist. Wir wissen alle, dass für eine vernünftige und reale Umsetzung das eine oder andere Steinchen aus dem Weg geräumt werden muss. Das wird aber sicherlich gelingen - genauso gut, wie insbesondere an dem Standort Alter Militärring der Sportschulschwerpunkt dieser neuen Gesamtschule erfolgreich realisiert werden kann.

Ich bin kein Hellseher, aber ich bin ganz sicher, dass das nicht die letzte Zusammenführung von zwei Schulen zu einer neuen Schulform ist. Ich appelliere wirklich an alle Entscheidungsträger hier: Wenn vor Ort bei den Verantwortlichen einstimmige Schulkonferenzbeschlüsse vorliegen, wenn der Elternwille ganz deutlich ist, dann können diese Menschen von uns als Entscheidungsträger schnelle und konsequente Entscheidungen verlangen und auch einfordern. Ich denke, wir sollten dies auch tun angesichts des immer noch vorhandenen Schulbaunotstandes. Jedenfalls ist es aus unserer Sicht für heute Abend ein sehr schöner Beschluss für den Stadtbezirk Lindenthal aus Perspektive der Schulentwicklung. -Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und von Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Philippi.

Ich lasse abstimmen wie Schulausschuss, der heute Nachmittag einstimmig zugestimmt hat. Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? -Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.24 Bedarfsfeststellung für die Europawahl 2019 2650/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Flughafen Köln/Bonn GmbH hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages 2711/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Dann weise ich Sie darauf hin, dass die gewünschte Synopse jetzt als Anlage 2 vorliegt.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.26 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2018 / 2. Teil 2714/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Von AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.27 Zuschuss zu den Betriebskosten des Beratungscafés "Proberaum" im Sozialpsychiatrischen Zentrum Rodenkirchen 2754/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.28 Generalsanierung Drehbrücke Deutzer Hafen Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV -2408/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.29 Umweltbildungskonzept der Stadt Köln 0510/2018

Wortmeldungen? - Keine.



Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.30 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Straße 219a, 51063 Köln-Mülheim - Planungsbeschluss 0479/2018

Wortmeldungen? - Diese sehe ich nicht.

Ich lasse abstimmen wie Bauausschuss und auch wie Finanzausschuss. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.31 Zustimmung zur Konzeption zur Realisierung des Gedenkorts Deportationslager Köln-Müngersdorf, Bezuschussung der Umsetzung des Konzeptes sowie die Annahme der Schenkung des durch den Bürgerverein Köln-Müngersdorf e. V. fertiggestellten Gedenkorts 2036/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.32 Möblierung des kleinen und des großen Offenbachplatzes 2606/2018

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1366/2018

Es hat Frau Stahlhofen als Erste jetzt das Wort. Ich habe keine andere Wortmeldung dazu.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir sahen uns veranlasst, einen Änderungsantrag einzureichen, weil die Debatte in den einzelnen Ausschüssen doch sehr unterschiedlich war. Das ging von: "Der Platz ist für alle da", bis hin zu: "Für Senioren und Behinderte sind auch noch in der Umgebung irgendwelche Bänke vorhanden".

Das finde ich nicht fair. Ich glaube, wir vergeben uns nichts, wenn wir die Änderungen an der Stel-

le so aufnehmen und die Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die Seniorenvertretungen in die Beratung einbeziehen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Pakulat und anschließend Herr Dr. Elster.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Wir das im Stadtentwicklungsausschuss haben schon ausführlich diskutiert. Es ist so: Der Wettbewerb ist gelaufen, und dieses Modell ist ausgewählt worden. Man kann es aber jetzt nicht einfach behindertengerecht gestalten. Dafür ist es nicht gemacht. Es ist wirklich so - ich meine, ich fahre jeden Tag über diesen Platz -, es sind rundherum auch die gewohnten städtischen Bänke mit Rückenlehnen und Seitenlehnen vorhanden. Das sind Alternativen, wo auch ältere Leute sich gut hinsetzen können. Deshalb möchte ich Sie wirklich bitten, bei diesem Beschluss zu bleiben, den wir auch im StEA schon gefasst haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Vielleicht sollten wir die Fachverwaltung hören!)

Dr. Ralph Elster (CDU): Ja, genau. Die Fachverwaltung hat die Vorlage vorgestellt und mehrfach darauf hingewiesen, dass zum Beispiel visuell Behinderte - dadurch, dass die Bänke beleuchtet sind - auch abends sicher auf diesen Bänken Platz nehmen können. Gehbehinderten ist es möglich, mit dem Rollstuhl in diese Ringe hineinzufahren und dann auf diesen Bänken Platz zu nehmen. Es sind Aufstehhilfen an verschiedenen Bänken vorhanden. Ich weiß überhaupt nicht, woher jetzt diese Legendenbildung kommt, dass diese Bänke Behinderte und ältere Menschen ausschließen sollen. Das ist eben genau nicht der Fall. Es ist mehrfach in den Fachausschüssen so vorgestellt worden. Ich frage mich, warum jetzt dieser Änderungsantrag hier überhaupt hereinkommt.

(Zuruf)

42. Sitzung vom 27. September 2018



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sind Sie einverstanden, dass die Fachverwaltung zuerst Stellung dazu nimmt? - Herr Greitemann, und dann habe ich Herrn Professor Schäfer und Herrn Weisenstein auf der Rednerliste.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es hat ein Wettbewerb stattgefunden. Dabei sind alle Aspekte der Barrierefreiheit berücksichtigt worden. Der Platz ist barrierefrei. Es geht ausschließlich um die Sitzringe, aber auch die sind barrierefrei zugänglich. Sie sind auch nachts barrierefrei und kontrastreich. Wir befinden uns gerade im Wettbewerbsstadium in der detaillierten Planung, ob es weiter beleuchtet wird. In die detaillierte Planung solcher Plätze - das hatte ich mit Herrn Streitberger auch noch einmal durchgesprochen - wird automatisch der Schwerbehindertenbeauftragte mit einbezogen. Von daher habe ich keine Sorge, dass dort Barrierefreiheit kleingeschrieben wird.

Wir haben im Ausschuss dezidiert über Details gesprochen, über Arm- und Rückenlehnen. Es sind einige unglückliche Äußerungen gefallen. Das sage ich so deutlich, wie es ist. Rückenlehnen kann ich mir dort auch nicht vorstellen, aber das wird eine tiefergehende Planung zeigen. Ich bitte wirklich darum - aus meiner Warte heraus -, dem Verwaltungsvorschlag so zu folgen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Vielen Dank. - Ich glaube, dass es gar nicht so sehr um die Frage geht, ob man nun Veränderungen vornimmt. Das ist völlig klar, das kann man nicht mehr. Aber ich denke, dass es im Beratungsgang durchaus gegenüber der Seniorenvertretung und der Arbeitsgruppe Behindertenpolitik vernünftig wäre, deren Argumente noch einmal zu hören.

Ich sehe das wie Sie. Ich glaube nicht, dass dort noch mehr Veränderungsbedarf denkbar ist, aber dass man die Vertreter jedenfalls mithört.

Ich weiß von der letzten Gestaltungsoffensive, dass uns die Vertreterin der StadtAG Behindertenpolitik dabei sehr geholfen hat, weil diejenigen, die die Modelle entworfen haben, ganz bestimmte Aspekte vergessen hatten. Ich meine, man sollte sie hören, und dann ist es auch gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich war auf der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses dabei, als das von einer Vertreterin der Behindertenverbände angesprochen wurde. Sie hat es zunächst angesprochen. Es hat ihr dann die Vertreterin aus dem Seniorenausschuss beigepflichtet.

Es geht ganz simpel darum - in der Tat, Herr Greitemann hat es auch schon gesagt -, dass diese Bänke in dieser Wettbewerbsauslobung keine Rückenlehnen und keine Armlehnen haben. Darum ging es der Vertreterin auch. Der saloppe Hinweis, dass dort ja in der Nähe irgendwo Bänke mit Armlehnen seien, ist eigentlich nicht das, was wir unter einer inklusiven Stadtgesellschaft verstehen, wenn wir diese Begriffe jetzt wirklich ernst nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann nicht sagen: Wir haben jetzt einen schönen neuen Platz gemacht, dort gibt es tolle neue Bänke, aber leider nicht für euch, ihr könnt euch dort hinten an den Rand setzen. - So kann man es verstehen, überspitzt formuliert freilich, aber darum ging es bei dem Hinweis, dass diese Bänke eben nicht den Wünschen der Behindertenverbände entsprechen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Was ich im Moment nicht weiß, ist, ob auch Vertreter der Behindertenverbände und der Seniorenbeirat in dem Gremium waren, die die Auswahl getroffen haben.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das hat Herr Greitemann ja gerade gesagt!)

Ansonsten kann man sich natürlich fragen, bei allem, was ich für die Beteiligungskultur gerade dieser Gruppen übrighabe, was es dann noch nützt, denen eine fertige Vorlage zu geben. Das weiß ich auch nicht, aber gut. - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Im Prinzip hat der Kollege Zimmermann das Wesentliche gesagt. Ein wesentlicher Aspekt fehlt allerdings dabei.

Es ist nicht so gewesen, dass diese Aussage: "Na ja, für die Behinderten haben wir rund um



den Offenbachplatz noch genügend andere Bänke", nicht von irgendjemandem kam, sondern von einem hochrangigen Mitarbeiter aus der Verwaltung. Ich glaube, das ist einfach kein guter Stil, das muss man doch einmal sagen. Wir verstehen unter Barrierefreiheit: Wenn ein Platz neu gestaltet wird, dann muss er barrierefrei sein.

42. Sitzung vom 27. September 2018

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der ist doch barrierefrei! - Zuruf: Es ist nur blöd ausgedrückt!)

Man kann nicht sagen: Okay, ihr könnt dorthin gehen oder dorthin gehen. Herr Dr. Elster - -

- Das "blöd ausgedrückt", das haben Sie jetzt gesagt.

(Zuruf von Dr. Ralf Elster [CDU])

- Darf ich zu Ende führen? - Herzlichen Dank.

Hier kam der Zwischenruf, es sei blöd ausgedrückt. Mir ist wichtig, zu sagen, diese Einwände sind auf der Sitzung von den Behinderten- und Seniorenverbänden gekommen. Es mag sein, dass das zu spät war. Das ist auch gar nicht der Punkt. Aber damit kann man so nicht umgehen.

Ich bin heilfroh, dass wir diesen Antrag jetzt gestellt haben und genau diese Debatte haben: Wie gehen wir damit um, wenn wir diese Verbände in den Ausschüssen haben, meinetwegen auch formal mal etwas falsch einbringen? Dann kann man nicht darauf in dem Sinne antworten, dass man sagt: Wir haben um die Ecke etwas für euch. - Das ist nicht unser Verständnis von Inklusion.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber barrierefrei heißt nicht unbedingt gemütlich, was die Rückenlehne angeht. Also die Frage ist doch: Ist es benutzbar? - Herr Professor Schäfer.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Ich hatte eben schon gesagt, ich glaube - jedenfalls, soweit wir den Prozess verfolgt haben -, dort wird nichts mehr veränderbar sein.

Aber Ihre Einschätzung, Frau Oberbürgermeisterin, gilt dann auch für die anderen aufgelisteten Ausschüsse. Wenn nichts veränderbar ist, dann brauchen sie das auch nicht mehr. Insofern geht es doch um eine Beratungsbeteiligung. Das will ich noch einmal sagen. Da vergeben wir uns doch nichts. Deswegen würde ich dafür plädieren, hier jetzt keine Grundsatzdebatte zu führen,

weil wir alle vernünftig genug sind, um das lösen zu können. Uns geht es darum - der Antrag der LINKEN hat an dieser Stelle zwei Gruppierungen, über die wir immer wieder diskutieren -, dass wir bei Inklusion usw. -, -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Richtig ja, um Beteiligung.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): - Gelegenheit haben, eine Dialogform zu finden. Um nichts anderes geht es.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Pakulat hat es schon ausgeführt: Wir hatten im StEA eine intensive und auch sehr respektvolle und vernünftige Debatte darüber, dass uns natürlich wichtig ist, dass dieser Platz barrierefrei gestaltet wird. Die vertiefte Planung wird das noch einmal deutlich machen.

In der Jury waren natürlich auch Menschen der Behindertenverbände anwesend und dabei. Man kann immer noch einmal etwas später einbringen, das ist völlig richtig, und damit habe ich auch überhaupt kein Problem. Nur, wir haben diese Debatte im StEA ausführlich geführt, und hier kann ich wieder darauf verweisen, dass wir das dann immer noch einmal in den Rat einbringen. Die Verwaltung hat es auch mitgenommen. Es ist nicht so, dass das abgebügelt wurde oder nicht ernst genommen wurde.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Du warst doch gar nicht dabei.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Er hat sich vielleicht ein bisschen unglücklich ausgedrückt, aber er hat es dann zurückgenommen. Es wurde auch noch einmal völlig klargestellt von der Verwaltung, die auch hier die planende Hoheit hat, die den Platz gestalten wird. Ich denke, es wird ein Platz werden, auf dem alle Menschen dieser Stadt eine hohe Verweilgualität und Aufenthaltsqualität haben und Spaß haben, dabei zu sein. Man hat sich sehr viele Gedanken dazu gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Ich möchte noch einmal persönlich sagen, ich bin etwas verwundert über die Diskussion; denn es geht doch tatsächlich darum, noch einmal Verbände zu beteiligen, die Einwände formuliert haben.

Ich war Mitglied in der Jury, und ich meine mich sehr genau zu erinnern, dass das Thema bereits in der Jurysitzung - es wird so getan, als wäre das jetzt nachträglich eingegeben worden - zumindest angesprochen wurde und gesagt wurde, dass das im weiteren Verfahren geprüft werde. Ich finde, das ist auch sinnvoll. Es wurde zugesagt. In dem Antrag geht es nur darum, sie auch formal noch einmal zu beteiligen. Ich verstehe, ehrlich gesagt, nicht, dass Sie sich so schwertun. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Noch einmal Herr Greitemann, um das jetzt abzubinden.

Beigeordneter Markus Greitemann: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade definitiv gesagt, dass wir in den weiteren vertiefenden Planungen natürlich diese Verbände mit einbinden.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das haben wir alle gehört! Es steht auch im Protokoll!)

Das kann man, meine ich, in das Protokoll aufnehmen. Das hatte ich so abgestimmt, und das wird auch passieren. Ich sage nur klipp und klar: Der Platz und die Möbel sind barrierefrei. Inwieweit es seniorengerecht ist, das gilt es dann zu diskutieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann würde ich jetzt gern über den Tagesordnungspunkt 10.32 abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag.

(Zuruf: Der Antrag der Verwaltung!)

- Was heißt "der Antrag der Verwaltung"? Wir wissen jetzt alle, wie die Verwaltung handeln wird. Das ist deutlich und wird auch deutlich aus der Niederschrift hervorgehen.

(Zurufe)

Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wir vertrauen Herrn Greitemann und ziehen zurück.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Dann brauchen wir jetzt nur über die ursprüngliche Vorlage und nicht über den Änderungsantrag abzustimmen.

Gibt es Gegenstimmen? - AfD und Rot-Weiß. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.33 Generalsanierung der Zentralbibliothek der Stadt Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln; Baubeschluss gemäß Weiterplanungsbeschluss vom 24.03.2015 (2781/2014) und Ratsbeschluss vom 18.12.2012 (3142/2012) 0027/2018

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Von AfD. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.34 Betrauung der Kölner VerkehrsBetriebe (KVB) mit der Unterhaltung
und Instandhaltung der im städtischen
Eigentum stehenden oberirdischen
Haltestellen bzw. der darauf befindlichen baulichen Anlagen
2352/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 4. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.35 Koelnmesse GmbH hier: Gewährung eines Bürgschaftsrahmens für das Investitionsprojekt Koelnmesse 3.0 2940/2018

Wortmeldungen? - Keine.



Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der Ratsgruppe GUT. Dann ist das so beschlossen.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Bei TOP 10.33 ist eine Irritation entstanden. Da muss ich noch einmal in die Abstimmung gehen. Ich lasse über TOP 10.33 abstimmen. Wortmeldungen gab es nicht. Ich lasse über die Vorlage mit der ergänzten Beschlussformulierung in der Anlage 10 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? -AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Gleiches Abstimmungsverhalten wie eben. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.36 Änderung der Statuten des Umweltschutzpreises der Stadt Köln 2486/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.37 "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet -Maßnahmenpaket III - Stärkung und Ausbau der Verkehrssicherheit in den Stadtbezirken 0021/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltungen der FDP, der AfD und Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.38 Nationale Projekte des Städtebaus: "Lebenswertes Chorweiler - ein Zentrum im Wandel"; Umgestaltung des Liverpooler Platzes und des Pariser Platzes sowie des Lyoner Platzes; hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 0902 -Stadtentwicklung bei den Finanzstellen 1502-0902-6-0020 (Neugestaltung Pariser Platz), 1502-0902-6-0021 (Neugestaltung Liverpooler Platz) und 1502-(Neugestaltung Lyoner 0902-6-0022 Platz) sowie Beschluss der Freigabe der zusätzlichen Mittel 2942/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

- Bauleitpläne Anregungen / Satzungen
- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend 2. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 76390/02 Arbeitstitel: Antoniusstraße in Köln-Porz-Urbach, 2. Änderung 1515/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Be-(vorhabenbezobauungsplan-Entwurf gener Bebauungsplan) 64494/02, Arbeitstitel: "Autohaus Robert-Perthel-Straße" in Köln-Longerich/-Bilderstöckchen 2429/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 74393/04, Arbeitstitel: "Revitalisierung Innenstadt Köln-Porz" in Köln-Porz 2616/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

- 14 Erlass von Veränderungssperren
- 14.1 Satzung über eine Veränderungssperre: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen 2907/2018

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen? -Keine.

42. Sitzung vom 27. September 2018



Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Angelegenheiten
- 15.1 Vorlage Beschluss Integrierter Plan Deutzer Hafen 1512/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

- 16 KAG-Satzungen Erschließungsbeitragssatzungen
- 16.1 266. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1608/2018

Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu den Wahlen, meine Damen und Herren, und damit zu Tagesordnungspunkt

- 17 Wahlen
- 17.1 Wahl der Vertreter des Rates in der Jurysitzung des Umweltschutzpreises der Stadt Köln
 1848/2018

Dazu liegt mir ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor. Gibt es Wortmeldungen? - Herr Tritschler.

(Zuruf von Sven Tritschler [AfD])

- Lassen Sie mich erst den Wahlvorschlag vortragen?

(Sven Tritschler [AfD]: Ja!)

- Okay.

Es gibt einen gemeinsamen Wahlvorschlag von SPD, CDU, Grüne und LINKE. Für die SPD Herr Struwe und Herr Walter, für die CDU Frau Welcker und Herr Wieneritsch, für die Grünen Herr Schallehn, für DIE LINKE Frau Akbayir.

Jetzt hat Herr Tritschler das Wort.

Sven Tritschler (AfD): Für die AfD-Fraktion schlage ich Herrn Viktor Grimm vor, und nach § 25 (2) der Geschäftsordnung beantrage ich geheime Abstimmung.

(Heiterkeit)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Tritschler, würden Sie den Namen bitte noch einmal deutlich sagen?

Sven Tritschler (AfD): Herr Viktor Grimm, Viktor mit K wie Konrad und Grimm wie von den Märchen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt eine Beratungspause machen - so kurz wie möglich. Ich schätze, in fünf Minuten haben wir eine Lösung.

(Unterbrechung von 22.32 Uhr bis 22.39 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir in den Wahlakt eintreten, möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen: Machen Sie Ihre Wahlentscheidung bitte eindeutig durch ein Kreuz deutlich. Stimmzettel, die Zusätze oder mehr als ein Kreuz enthalten, sind ungültig, insbesondere, wenn Zusätze "ja" oder "nein" lauten.

Es wird abgestimmt über Liste 1, die ich gerade vorgelesen habe, die ich aber gleich noch einmal vorlesen werde, und Liste 2.

Wenn Sie sich der Wahl enthalten wollen, werfen Sie bitte den Stimmzettel ohne jede Kennzeichnung oder Vermerk, also blanko, in die Wahlurne. Ungültige Stimmen und Stimmenthaltungen zählen natürlich zur Berechnung nicht mit.

Ich bitte die Stimmzähler, nun zur Wahlurne zu gehen und diese zu überprüfen - das haben sie schon gemacht -, und unsere Schriftführerin, Frau Lange, die Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen.

Zum Schluss - so bitte ich - mögen die Stimmzähler zur Stimmabgabe aufgerufen werden. Frau Lange, ich bitte Sie, nun mit dem Aufruf der Ratsmitglieder zu beginnen.

Ich lese noch einmal die Listen vor.



Liste 1 ist die eben schon benannte gemeinsame Liste: Herr Struwe und Herr Walter für die SPD-Fraktion, Frau Welcker und Herr Wieneritsch für die CDU-Fraktion, Herr Schallehn für die Grünen und Frau Akbayir für Fraktion DIE LINKE.

42. Sitzung vom 27. September 2018

Die Liste 2, die Liste der AfD, ist benannt mit Herrn Viktor Grimm.

Jetzt sollten wir zur Wahl kommen. - Frau Lange bitte.

(Der Namensaufruf erfolgt)

Meine Damen und Herren, ich würde gern gleich die Wahlergebnisse verkünden und weiter in der Tagesordnung vorgehen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

17.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss 2234/2018

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen stellvertretend beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 2256/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Neuwahl eines stellvertretend stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 2612/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.5 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln 2677/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Neubesetzung von Ausschüssen"

AN/1359/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betr. "Umbesetzung des Aufsichtsrates der RheinEnergie" AN/1362/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der SPD-Fraktion betr. "Stadtwerke Köln GmbH: Neubesetzung des Aufsichtsrats" AN/1369/2018

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Das Ergebnis ist da.

Ich verkünde jetzt das Wahlergebnis.

Abgegebene Stimmen: 86

Stimmen für die Liste 1: 83

Stimmen für die Liste 2: 3

Das sind 86.

Damit sind Herr Struwe, Herr Walter, Frau Welcker, Herr Wieneritsch, Herr Schallehn und Frau Akbayir gewählt.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schließe den öffentlichen Teil. Dringlichkeitsentscheidungen haben wir keine zu genehmigen. Ich würde gern die Nichtöffentlichkeit herstellen und Herrn Baumanns verabschieden.

(Schluss: 23.07 Uhr)